REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 20;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, Artikel 7;

Aufgrund des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz, Artikel 13 Absatz 4, Artikel 28 Absatz 4, Artikel 30 §§1 Absatz 4 und 2 Absatz 4, Artikel 32 Absatz 3, Artikel 34 Absatz 3, Artikel 40 §2 Absatz 5, Artikel 50 §3, Artikel 52 Absatz 2, Artikel 53 Absatz 2, Artikel 59 §3 Absatz 4, Artikel 66 §2 Absatz 5, Artikel 86 Absatz 1 Nummern 1 und 6 sowie Absatz 3, Artikel 87 §1 Absatz 2 und §4, Artikel 88 §1 Absatz 3, Artikel 89 Absatz 1 Nummer 4 sowie Absatz 2, Artikel 90 §2, Artikel 91 Absatz 2, Artikel 94 §4, Artikel 95 Absatz 2, Artikel 96 §§1 Absatz 1 und 2 Absatz 1, Artikel 97 Absatz 2, Artikel 101 Absatz 3, Artikel 102 Absatz 3, Artikel 103 Absatz 4, Artikel 104, Artikel 105 §§1 Absatz 2 und 2 Absatz 2, Artikel 107, Artikel 109 Absatz 2, Artikel 110 §1 Absätze 2 und 3, Artikel 111 Absatz 2, Artikel 112 §§1 Absatz 2 und 2 Absatz 2, Artikel 113 Absatz 2, Artikel 114 Absatz 2, Artikel 115 §2, Artikel 116 §2 Absatz 2, Artikel 117 §2, Artikel 120 §4 sowie Artikel 123;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 14. Mai 2009 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 1. September 2016 über die Rückerstattung der Fahrtkosten für die Pflegefamilien;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens der Datenschutzbehörde vom [Datum];

Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Soziales;

Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Begriffsbestimmungen

Zusätzlich zu den in Artikel 3 des Dekrets erwähnten Begriffsbestimmungen versteht man für die Anwendung des vorliegenden Erlasses unter:

1. Dekret: das Dekret vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz;
2. Minister: der für die Jugendhilfe und den Jugendschutz zuständige Minister der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft.

KAPITEL 2 – PRÄVENTION

Art. 2 – Koordination

Der Fachbereich koordiniert geplante und laufende Präventionsmaßnahmen. Zu diesem Zweck kann er:

1. Koordinationsversammlungen mit betroffenen Akteuren organisieren;
2. Informationen zu geplanten oder laufenden Präventionsmaßnahmen sammeln;
3. die Umsetzung der Präventionsmaßnahmen begleiten;
4. den Informationsaustausch zwischen den betroffenen Akteuren fördern.

Art. 3 – Planung, Durchführung und Auswertung

Bei der Planung von Präventionsmaßnahmen achtet der Fachbereich auf folgende Qualitätsmerkmale:

1. eine Beschreibung der Ausgangslage und der Präventionsmaßnahme;
2. eine klare Zieldefinition;
3. die Stimmigkeit von Ziel und Methode;
4. die nachhaltige Wirkung der Präventionsmaßnahme;
5. die Auswertungskriterien.

Der Fachbereich kann eine natürliche oder juristische Person im Rahmen von besonderen Initiativen mit der Planung und Durchführung von Präventionsmaßnahmen beauftragen.

Art. 4 – Finanzierung

§1 - Die Regierung kann im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel Präventionsmaßnahmen finanzieren, wenn sie einem festgestellten Bedarf im Bereich der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes entsprechen.

Für den Erhalt der Finanzierung reicht die natürliche oder juristische Person, die die Präventionsmaßnahme umsetzt, einen schriftlichen Antrag beim Fachbereich ein. Dem Antrag sind folgende Unterlagen und Angaben beigefügt:

1. Daten zur Identität und Kontaktangaben des Antragstellers;
2. ein Nachweis des Bedarfs für die Präventionsmaßnahme;
3. die in Artikel 3 Absatz 1 erwähnten Qualitätsmerkmale;
4. die Dauer der Präventionsmaßnahme;
5. eine Kostenschätzung und einen Finanzierungsplan.

§2 - Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags auf Finanzierung der Präventionsmaßnahme. Ist der Antrag vollständig, übermittelt der Fachbereich

dem Antragsteller eine Bestätigung. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt der Fachbereich die fehlenden Angaben beim Antragsteller an.

Der Fachbereich erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs über die Finanzierung der Präventionsmaßnahme.

Der Beschluss über die Finanzierung der Präventionsmaßnahme wird dem Antragsteller unverzüglich übermittelt.

Spätestens 30 Tage nach Beendigung der Präventionsmaßnahme reicht der Antragsteller einen Abschlussbericht bei der Regierung ein. Dieser Bericht enthält eine qualitative Auswertung auf Grundlage der in Artikel 3 Absatz 1 erwähnten Qualitätsmerkmale sowie eine finanzielle Bilanz.

KAPITEL 3 – EINVERNEHMLICHE UND GERICHTLICHE JUGENDHILFE

Abschnitt 1 – Einvernehmliche Jugendhilfe

Art. 5 – Anfragen

Anfragen von natürlichen oder juristischen Personen können persönlich, schriftlich und telefonisch erfolgen.

Geht aus der Anfrage hervor, dass sie durch bestehende niederschwellige Hilfsangebote gedeckt werden kann, orientiert der Fachbereich den Anfragenden an die Dienstleister weiter, die eine geeignete Hilfe anbieten können.

Ist eine Information ausreichend und angebracht, erfolgt diese in Form von drei persönlichen, schriftlichen oder telefonischen Kontakten.

Art. 6 – Beratung

Ist eine Orientierung oder Information unzureichend oder unangebracht, kann der Fachbereich den von der Anfrage betroffenen Kindern, jungen Erwachsenen oder ihren Erziehungsberechtigten eine Beratung anbieten. Diese umfasst:

1. eine Ermittlung der Bedürfnisse der betroffenen Kinder, jungen Erwachsenen oder ihrer Erziehungsberechtigten;
2. die Suche und Aktivierung von eigenen Lösungen, Zielen und Ressourcen;
3. gegebenenfalls die Weiterorientierung an Dienstleister, die eine geeignete Hilfe anbieten können.

Die Dauer der Beratung ist auf höchstens 90 Tage begrenzt und einmal verlängerbar.

Art. 7 – Inhalt des Jugendhilfevertrags

Zusätzlich zu den in Artikel 30 §1 des Dekrets erwähnten Angaben enthält der Jugendhilfevertrag folgende Angaben:

1. Name, Vorname, Geburtsdatum und Wohnsitz der von dem Jugendhilfevertrag betroffenen Kinder;

2. Name, Vorname, Geburtsdatum und Wohnsitz der Erziehungsberechtigten der von dem Jugendhilfevertrag betroffenen Kinder;

3. die Angaben der Jugendhilfeanbieter und Dienstleister, die mit der Umsetzung der Jugendhilfemaßnahme beauftragt sind;

4. die Modalitäten zur Auswertung der Umsetzung des Jugendhilfevertrags;

5. gegebenenfalls die Modalitäten der in Artikel 32 des Dekrets erwähnten Koordination;

6. die Angaben zu den in Artikel 112 des Dekrets erwähnten Sonderauslagen und Ausgaben von Erziehungsberechtigten und der in Artikel 114 des Dekrets erwähnten finanziellen Unterstützung;

7. gegebenenfalls die in Artikel 49 erwähnten Finanzierungsmodalitäten der Lebenshaltungskosten.

Art. 8 – Unterzeichnung des Jugendhilfevertrags

Das in Artikel 30 §2 Absatz 2 Nummer 2 des Dekrets erwähnte offensichtliche Desinteresse wird durch eines oder mehrere der folgenden Elemente festgestellt:

1. der Erziehungsberechtigte hatte seit einem Jahr keinen persönlichen Kontakt mehr zum Kind, obwohl dies nach den Erkenntnissen des Fachbereichs möglich gewesen wäre;

2. der Erziehungsberechtigte übt keinen Einfluss auf das Leben des Kindes aus;

3. der Erziehungsberechtigte teilt dem Fachbereich sein Desinteresse schriftlich mit.

Art. 9 – Modalitäten zur Durchführung der Koordination

Zur Durchführung der in Artikel 32 des Dekrets erwähnten Koordination kann der Fachbereich:

1. Informationen über die Arbeit anderer Dienstleister einholen, die mit dem betroffenen Kind und seinen Erziehungsberechtigten arbeiten;

2. eine gemeinsame Zielsetzung für das Kind und seine Erziehungsberechtigten entwickeln;

3. die Verteilung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten aller beteiligten Jugendhilfeanbieter und Dienstleister klären;

4. die Einhaltung der vereinbarten Aufgaben überprüfen.

Das Kind, das das erforderliche Urteilsvermögen besitzt, und seine Erziehungsberechtigten werden über die Koordinationsversammlungen und ihren Inhalt informiert. Sie werden bei Bedarf zu den Koordinationsversammlungen eingeladen.

Art. 10 – Modalitäten des Antrags auf ein Klärungsgespräch

Der in Artikel 34 Absatz 1 des Dekrets erwähnte Antrag auf ein Klärungsgespräch wird innerhalb von fünf Arbeitstagen ab Erhalt der in Artikel 34 Absatz 1 des Dekrets erwähnten schriftlichen Mitteilung beim Fachbereich eingereicht. Das Datum des Poststempels oder des elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Fachbereich übermittelt dem in Artikel 34 Absatz 2 des Dekrets erwähnten Mediator unmittelbar den Antrag auf ein Klärungsgespräch.

Art. 11 – Modalitäten des Klärungsgesprächs

Das Klärungsgespräch findet innerhalb von zehn Arbeitstagen ab Erhalt des in Artikel 10 erwähnten Antrags durch den Mediator statt.

Der Mediator lädt das betroffene Kind, seine Erziehungsberechtigten und den Fachbereich zum Klärungsgespräch ein.

Der Mediator übermittelt den Parteien innerhalb von fünf Arbeitstagen nach Abschluss des Klärungsgesprächs einen Bericht über das Ergebnis des Klärungsgesprächs.

Abschnitt 2 – Gerichtliche Jugendhilfe

Art. 12 – Inhalt des Vertrags

Zusätzlich zu den in Artikel 40 §2 Absatz 3 des Dekrets erwähnten Angaben enthält der Vertrag folgende Angaben:

1. Name, Vorname, Geburtsdatum und Wohnsitz der von dem Vertrag betroffenen Kinder;
2. Name, Vorname, Geburtsdatum und Wohnsitz der Erziehungsberechtigten der von dem Vertrag betroffenen Kinder;
3. die Angaben der Jugendhilfeanbieter und Dienstleister, die mit der Umsetzung der gerichtlichen Jugendhilfemaßnahme beauftragt sind;
4. das Ziel und die Dauer der gerichtlichen Jugendhilfemaßnahmen;
5. die Modalitäten zur Auswertung der Umsetzung des Vertrags;
6. gegebenenfalls die Modalitäten der in Artikel 40 §2 Absatz 1 des Dekrets erwähnten Koordination;
7. die Angaben zur der in Artikel 110 des Dekrets erwähnten Kostenbeteiligung;
8. die Angaben zu den in Artikel 112 des Dekrets erwähnten Sonderauslagen und Ausgaben der Erziehungsberechtigten und der in Artikel 114 des Dekrets erwähnten finanziellen Unterstützung;
9. gegebenenfalls die in Artikel 49 erwähnten Finanzierungsmodalitäten der Lebenshaltungskosten.

Abschnitt 3 - Verlängerung der Begleitung bei Erreichen der Volljährigkeit

Art. 13 – Verlängerungsantrag

Der Fachbereich prüft den gemäß Artikel 50 §2 des Dekrets eingereichten Verlängerungsantrag innerhalb einer Frist von 15 Tagen nach Erhalt des Verlängerungsantrags im Hinblick auf die in Artikel 50 §1 Absatz 2 des Dekrets erwähnte Zielsetzung. Zu diesem Zweck kann er eine Stellungnahme bei den mit der Umsetzung der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme beauftragten Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbietern oder Dienstleistern beantragen.

Der Fachbereich erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb der in Absatz 1 erwähnten Frist ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist über die Genehmigung der Verlängerung und ihre Dauer oder über die Verweigerung der Verlängerung.

Der Beschluss zur Genehmigung der Verlängerung und ihrer Dauer oder zur Verweigerung der Verlängerung wird dem Kind oder dem Jugendlichen unverzüglich übermittelt. Bei fehlendem Beschluss nach Ablauf der in Absatz 3 erwähnten Frist gilt die Verlängerung als genehmigt.

Der Minister kann die Genehmigung der Verlängerung an Auflagen knüpfen, die durch den jungen Erwachsenen einzuhalten sind.

Art. 14 – Erneuerung der Verlängerung

§1 - Der schriftliche Antrag auf Erneuerung der Verlängerung wird spätestens einen Monat vor Ablauf der in Artikel 13 Absatz 3 erwähnten Dauer der Verlängerung beim Fachbereich eingereicht.

Der Fachbereich prüft den eingereichten Antrag gemäß Artikel 13 Absatz 1.

Der Fachbereich erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb einer Frist von 15 Tagen nach Erhalt des Antrags auf Erneuerung der Verlängerung ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als positiv.

Der Minister entscheidet innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in Absatz 3 erwähnten Frist über die Genehmigung der Erneuerung der Verlängerung und ihre Dauer oder über die Verweigerung der Erneuerung der Verlängerung.

Der Beschluss zur Genehmigung der Erneuerung der Verlängerung und ihrer Dauer oder zur Verweigerung der Erneuerung der Verlängerung wird dem jungen Erwachsenen unverzüglich übermittelt. Bei fehlendem Beschluss nach Ablauf der in Absatz 4 erwähnten Frist gilt die Erneuerung der Verlängerung als genehmigt.

§2 - Der Minister kann die Genehmigung der Erneuerung der Verlängerung an Auflagen knüpfen, die durch den jungen Erwachsenen einzuhalten sind.

Art. 15 – Beendigung der Verlängerung

Die vorzeitige Beendigung der Verlängerung durch den Fachbereich erfolgt schriftlich anhand einer mit Gründen versehenen Mitteilung.

Der Fachbereich kann die Verlängerung beenden, wenn der junge Erwachsene die in Artikel 13 Absatz 5 oder Artikel 14 §2 erwähnten Auflagen nicht einhält oder wenn die in Artikel 50 §1 Absatz 2 des Dekrets erwähnte Zielsetzung, die der Verlängerung zu Grunde liegt, erreicht ist.

Die Beendigung der Verlängerung hat die Beendigung aller Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen für den jungen Erwachsenen zur Folge.

KAPITEL 4 – JUGENDSCHUTZ

Abschnitt 1 – Behandlung der Sache durch die Staatsanwaltschaft

Art. 16 – Vertrag zur Umsetzung bestimmter Auflagen

Zusätzlich zu den in Artikel 59 §3 Absatz 3 des Dekrets erwähnten Angaben enthält der Vertrag folgende Angaben:

1. Name, Vorname, Geburtsdatum und Wohnsitz des von den Auflagen betroffenen tatverdächtigen Jugendlichen;
2. Name, Vorname, Geburtsdatum und Wohnsitz der Erziehungsberechtigten des von den Auflagen betroffenen tatverdächtigen Jugendlichen;
3. die Angaben des Jugendschutzanbieters oder Dienstleisters, der bei der Organisation und Überprüfung der Auflagen mitwirkt;

4. das in Artikel 59 §1 Absatz 2 des Dekrets erwähnte Ziel der Auflagen sowie die Frist für ihre Durchführung;

5. die Modalitäten zur Auswertung und zur Überprüfung der Einhaltung der Auflagen durch den tatverdächtigen Jugendlichen;

6. die Angaben zur der in Artikel 110 des Dekrets erwähnten Kostenbeteiligung;

7. die Angaben zu den in Artikel 112 des Dekrets erwähnten Sonderauslagen.

Abschnitt 2 – Behandlung der Sache durch den Jugendrichter und das Jugendgericht

Art. 17 – Vertrag zur Umsetzung und Koordination der Jugendschutzmaßnahmen

Zusätzlich zu den in Artikel 66 §2 Absatz 3 des Dekrets erwähnten Angaben enthält der Vertrag folgende Angaben:

1. Name, Vorname, Geburtsdatum und Wohnsitz des von dem Vertrag betroffenen Jugendlichen;

2. Name, Vorname, Geburtsdatum und Wohnsitz der Erziehungsberechtigten des von dem Vertrag betroffenen Jugendlichen;

3. die Angaben der Jugendschutzanbieter und Dienstleister, die mit der Umsetzung der Jugendschutzmaßnahme beauftragt sind;

4. das Ziel und die Dauer der Jugendschutzmaßnahmen;

5. die Modalitäten zur Auswertung der Umsetzung des Vertrags;

6. gegebenenfalls die Modalitäten der in Artikel 66 §2 Absatz 1 des Dekrets erwähnten Koordination;

7. die Angaben zur der in Artikel 110 des Dekrets erwähnten Kostenbeteiligung;

8. die Angaben zu den in Artikel 112 des Dekrets erwähnten Sonderauslagen und Ausgaben von Erziehungsberechtigten;

9. gegebenenfalls die in Artikel 49 erwähnten Finanzierungsmodalitäten der Lebenshaltungskosten.

KAPITEL 5 – ANERKENNUNG UND BEZUSCHUSSUNG

Abschnitt 1 – Anerkennung von Jugendhilfe- und Jugendschutzanbietern

Unterabschnitt 1 – Anerkennung

Art. 18 – Qualifikationsbedingungen

§1 – Zum Erhalt der Anerkennung als Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter erfüllt die juristische Person, die im deutschen Sprachgebiet hauptsächlich im Bereich der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes tätig ist, folgende Qualifikationsbedingungen:

1. der Leiter der juristischen Person verfügt mindestens über das Diplom eines Bachelors mit sozialer Ausrichtung oder über einen gleichgestellten Studiennachweis und über mindestens drei Jahre Berufserfahrung im sozialen Bereich;

2. mindestens 60 % des Personals der juristischen Person, das mit der ambulanten, teilstationären oder stationären Behandlung, Begleitung oder Betreuung beauftragt ist, verfügt mindestens über das Diplom eines Bachelors mit sozialer Ausrichtung oder über einen gleichgestellten Studiennachweis;

3. das verbleibende Personal, das mit der ambulanten, teilstationären oder stationären Behandlung, Begleitung oder Betreuung beauftragt ist, verfügt mindestens über das Abschlusszeugnis der Oberstufe des allgemeinbildenden oder technischen Sekundarunterrichts oder über einen gleichgestellten Studiennachweis.

In Abweichung von Absatz 1 Nummern 2 und 3 kann der Minister Inhaber anderer Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnlich nützliche Berufserfahrung, eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion oder ein nachgewiesener Arbeitskräftemangel für die geforderte Qualifikation vorliegt. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als genehmigt.

§2 – Zum Erhalt der Anerkennung als Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter verfügt die natürliche Person, die im deutschen Sprachgebiet hauptsächlich im Bereich der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes tätig ist, mindestens über das Diplom eines Bachelors mit sozialer Ausrichtung oder über einen gleichgestellten Studiennachweis.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Minister Inhaber anderer Qualifikationen zulassen, insofern eine außergewöhnlich nützliche Berufserfahrung, eine besondere Ausbildung für die betroffene Funktion oder ein nachgewiesener Arbeitskräftemangel für die geforderte Qualifikation vorliegt. Der Minister entscheidet nach einem Gutachten des Fachbereichs innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen schriftlichen Antrags. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als genehmigt.

Art. 19 – Bedingungen in Bezug auf die Infrastruktur

Die Infrastruktur der juristischen Person ist derart gestaltet, dass sie die Durchführung der in den Artikeln 9, 10 oder 11 des Dekrets erwähnten Formen der Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen gewährleistet. Hierfür wird sichergestellt, dass die Räumlichkeiten:

1. den Schutz des Privatlebens der Kinder, Jugendlichen, jungen Erwachsenen und ihrer Erziehungsberechtigten gewährleisten;
2. altersgerecht und bedarfsgerecht ausgestattet sind;
3. sich in einem guten Zustand befinden und sauber sind;
4. so gestaltet sind, dass eine maximale Sicherheit gewährleistet ist. Dazu sind die juristischen Personen darauf bedacht, alle möglichen Gefahren und Risiken ausfindig zu machen. Sie treffen alle notwendigen Maßnahmen, um ein sicheres Umfeld mit vermindertem Unfallrisiko zu schaffen.

Art. 20 – Anerkennungsverfahren

§1 – Für den Erhalt der Anerkennung als Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter reichen die natürlichen oder juristischen Personen einen schriftlichen Antrag beim Fachbereich ein.

§2 – Zusätzlich zu den in Artikel 87 §1 Absatz 2 des Dekrets erwähnten Unterlagen ist dem Antrag die Beschreibung der Arbeitsweise beigefügt, die mindestens folgende Informationen umfasst:

1. wenn es sich um juristische Personen handelt, die Organisationsstruktur;
2. die Kriterien zur Gewährleistung der Qualitätssicherung und der Qualitätsentwicklung;
3. das Leitbild und die Zielsetzung;
4. wenn es sich um juristische Personen handelt, die Funktionsbeschreibung des Personals;
5. das Profil der Nutznießer;
6. die Betreuungskapazität;
7. die Vorgehensweisen und Methoden im Rahmen der ambulanten, teilstationären oder stationären Behandlung, Begleitung oder Betreuung;
8. ein Konzept zum Schutz vor Gewalt, zu geeigneten Verfahren der Selbstvertretung und Beteiligung der Nutznießer sowie zum Umgang mit Beschwerden;
9. die Vorgehensweisen in der Zusammenarbeit mit den Auftraggebern sowie anderen Dienstleistern und Akteuren;

10. ein Konzept zur Umsetzung der deontologischen Vorgaben;
11. die Finanzierungsmodalitäten.

§3 – Der Antrag wird auf dem Postweg oder in elektronischer Form eingereicht. Das Datum des Poststempels beziehungsweise des elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

§4 – Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags auf Anerkennung sowie die beigefügten Unterlagen und Angaben. Ist der Antrag vollständig, übermittelt der Fachbereich dem Antragsteller innerhalb von 30 Tagen eine Bestätigung. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt der Fachbereich die fehlenden Angaben beziehungsweise Unterlagen beim Antragsteller an.

Der Fachbereich erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als positiv.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in Absatz 2 erwähnten Frist über die Erteilung oder die Verweigerung der Anerkennung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als erteilt.

Der Beschluss zur Erteilung oder zur Verweigerung der Anerkennung wird dem Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter unverzüglich übermittelt.

Art. 21 – Verfahren zur Abänderung der Anerkennung

Wenn gemäß Artikel 87 §3 Nummer 2 des Dekrets festgestellt wird, dass die in der Anerkennung erwähnten Angaben nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmen oder aus anderen Gründen die Notwendigkeit besteht, die in der Anerkennung erwähnten Angaben abzuändern, reicht der Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter für die Abänderung der Anerkennung einen neuen Antrag auf Anerkennung beim Fachbereich ein.

Der Antrag enthält die in Artikel 87 §1 Absatz 2 des Dekrets und Artikel 20 §2 erwähnten Unterlagen und Angaben, insofern diese sich vom ursprünglichen Antrag unterscheiden.

Der Antrag wird auf dem Postweg oder in elektronischer Form eingereicht. Der Fachbereich bestätigt den Erhalt des Antrags innerhalb von 30 Tagen. Das Datum des Poststempels beziehungsweise des elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Fachbereich prüft, ob eine Abänderung der Anerkennung gerechtfertigt ist und übermittelt dem Minister innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Antrags ein Gutachten. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als positiv.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in Absatz 4 erwähnten Frist über die Genehmigung oder die Verweigerung der Abänderung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Abänderung als genehmigt.

Der Beschluss zur Genehmigung oder zur Verweigerung der Abänderung wird dem Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter unverzüglich übermittelt.

Der Fachbereich hält jede Genehmigung oder Verweigerung der Abänderung, ihre Begründung sowie ihre Dauer schriftlich fest.

Art. 22 – Verfahren zur Erneuerung der Anerkennung

Für die Erneuerung der Anerkennung reicht der Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter spätestens drei Monate vor Ablauf der Anerkennung einen neuen Antrag auf Anerkennung beim Fachbereich ein.

Der Antrag enthält:
1. die in 87 §1 Absatz 2 des Dekrets und Artikel 20 §2 erwähnten Unterlagen und Angaben, insofern diese sich vom ursprünglichen Antrag unterscheiden;
2. Unterlagen, aus denen hervorgeht, dass die in Artikel 89 des Dekrets und Artikel 25 erwähnten Verpflichtungen weiterhin erfüllt sind.

Artikel 20 §§3 und 4 sind entsprechend anwendbar.

Art. 23 – Verfahren zur Gleichstellung der Anerkennung

Für die Gleichstellung der Anerkennung zur Niederlassung des Dienstes im deutschen Sprachgebiet reichen die in Artikel 88 §1 Absatz 1 des Dekrets erwähnten Antragsteller einen schriftlichen Antrag bei der Regierung ein. Dieser enthält folgende Angaben und Unterlagen:
1. die Anerkennung, die durch eine Behörde einer anderen Gemeinschaft, eines anderen Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Beitrittslandes eines mit der Europäischen Union abgeschlossenen Assoziationsabkommens ausgestellt wurde;
2. die in deutscher Sprache übersetzte Anerkennung;
3. die in deutscher Sprache übersetzten Rechtsbestimmungen, die der Anerkennung zugrunde liegen;
4. die Angaben der Behörde, die die Anerkennung erteilt hat;
5. die in Artikel 20 §2 erwähnte Beschreibung der Arbeitsweise.

Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags auf Gleichstellung der Anerkennung. Ist der Antrag vollständig, übermittelt der Fachbereich dem Antragsteller eine Bestätigung. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt der Fachbereich die fehlenden Unterlagen beziehungsweise Informationen beim Antragsteller an.

Der Fachbereich erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als positiv.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in Absatz 3 erwähnten Frist über die Gleichstellung der Anerkennung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als gleichgestellt.

Der Beschluss zur Gleichstellung der Anerkennung oder zur Verweigerung der Gleichstellung der Anerkennung wird dem Antragsteller unverzüglich zugestellt.

Sollten Übersetzungen erforderlich sein, werden die dadurch entstehenden Kosten durch den Antragsteller getragen.

Art. 24 – Einspruchsmöglichkeiten

Der Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter kann im Fall einer Verweigerung der Anerkennung, einer Verweigerung der Abänderung der Anerkennung oder einer Verweigerung

der Gleichstellung der Anerkennung bei der Regierung Einspruch einlegen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter übermittelt der Regierung den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 21 Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des in Artikel 20 §4 Absatz 4 erwähnten Beschlusses zur Verweigerung der Anerkennung, des in Artikel 21 Absatz 6 erwähnten Beschlusses zur Verweigerung der Abänderung der Anerkennung oder des in Artikel 23 Absatz 5 erwähnten Beschlusses zur Verweigerung der Gleichstellung der Anerkennung.

Die Regierung informiert den Fachbereich über den Einspruch. Dieser übermittelt der Regierung innerhalb einer von ihr festgelegten Frist eine Stellungnahme.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über die Erteilung der Anerkennung, die Genehmigung der Abänderung der Anerkennung oder über die Gleichstellung der Anerkennung.

In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Beschluss, gegen den der Einspruch eingereicht wurde, als bestätigt.

Art. 25 – Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung

Für die in Artikel 89 Absatz 1 des Dekrets erwähnte Aufrechterhaltung der Anerkennung halten die anerkannten Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter mindestens folgende weiteren Verpflichtungen ein:

1. sie erfüllen ihre Aufgaben und Dienstleistungen mit Respekt gegenüber den Personen und ihrem Privat- und Familienleben und ohne Diskriminierung;
2. sie halten die in den Artikeln 9, 10 und 11 des Dekrets erwähnten Ziele der Jugendhilfe- und Jugendschutzmaßnahmen, für die sie die Anerkennung erhalten haben, ein;
3. sie führen für jeden Nutznießer eine individuelle Akte;
4. sie bringen dem Fachbereich jedes Ereignis zur Kenntnis, das Auswirkungen auf die Ausübung ihrer Aufgaben und Dienstleistungen haben könnte oder das die Integrität der Kinder und Jugendlichen verletzen könnte;
5. sie nehmen externe Beratungen in Anspruch, wenn eine individuelle Situation es erfordert.

Art. 26 – Tätigkeitsbericht

Der in Artikel 89 Absatz 1 Nummer 4 des Dekrets erwähnte Bericht über die Umsetzung der Aufgaben zum vorherigen Jahr kann dem Fachbereich in schriftlicher Form übermittelt werden oder mündlich im Rahmen eines Dialogs mit dem Fachbereich erfolgen.

Der Bericht enthält mindestens folgende Angaben:

1. die Anzahl der Behandlungen, Begleitungen oder Betreuungen;
2. eine Beschreibung der Projekte und bearbeiteten Thematiken zum vorherigen Jahr;
3. eine Gesamtanalyse zur Effizienz der Behandlungen, Begleitungen oder Betreuungen und die sich daraus ergebenden Herausforderungen.

Art. 27 – Inspektionstreffen

Im Rahmen der in Artikel 89 Absatz 1 Nummer 5 des Dekrets erwähnten Inspektionstreffen überprüft der Fachbereich, ob die in Artikel 86 des Dekrets erwähnten Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde liegen, die in Artikel 89 Absatz 1 des Dekrets erwähnten

weiteren Verpflichtungen, sowie die in Artikel 25 erwähnten Verpflichtungen weiterhin erfüllt sind.

Der anerkannte Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter übermittelt dem Fachbereich auf Anfrage alle erforderlichen Auskünfte und Unterlagen, die für die Prüfung erforderlich sind.

Die Inspektionstreffen finden in Form eines Qualitätsdialogs zwischen dem Fachbereich und dem anerkannten Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter statt.

Zu den Inspektionstreffen kann der Fachbereich bei Bedarf externe Fachleute hinzuziehen.

Unterabschnitt 2 – Aussetzung und Entzug der Anerkennung

Art. 28 – Aussetzung der Anerkennung

§1 – Kommt der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter den im Dekret oder den im vorliegenden Erlass aufgeführten Verpflichtungen nicht nach, fordert der Fachbereich ihn auf, den Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen.

Auf begründeten Antrag hin kann der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter spätestens zehn Tage vor Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen beim Fachbereich beantragen.

Der Minister wird vom Fachbereich über die Nichteinhaltung informiert.

§2 – Kommt der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter nach der in §1 Absatz 1 erwähnten Aufforderung weiterhin den Verpflichtungen nicht nach, setzt der Minister aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die Anerkennung aus.

Vor der Aussetzung teilt der Minister dem betroffenen Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter per Einschreiben seine Absicht mit. Dieser kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 erwähnten Frist über die Aussetzung der Anerkennung und die Dauer dieser Aussetzung.

Der Beschluss zur Aussetzung der Anerkennung wird dem Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter unverzüglich übermittelt.

§3 – Der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter informiert unverzüglich die Personen, die die Behandlung, Begleitung oder Betreuung bereits vor Notifizierung des Beschlusses zur Aussetzung der Anerkennung in Anspruch genommen haben, schriftlich über die Gründe der Aussetzung und weist dem Fachbereich dies nach.

§4 – Gemäß Artikel 90 §3 des Dekrets bietet der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter während der Dauer der Aussetzung der Anerkennung keine neuen Dienstleistungen mehr an.

Während der Dauer der Aussetzung der Anerkennung werden dem Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter für seine Dienstleistungen keine Zuschüsse mehr ausgezahlt.

§5 – Kommt der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter den Verpflichtungen nach, beendet der Minister die Aussetzung der Anerkennung und kann die zwischenzeitlich nicht ausgezahlten Zuschüsse rückwirkend auszahlen.

§6 – Der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter kann im Fall einer Aussetzung der Anerkennung bei der Regierung Einspruch einlegen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter übermittelt der Regierung den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 21 Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des in §2 Absatz 4 erwähnten Beschlusses zur Aussetzung der Anerkennung.

Die Regierung informiert den Fachbereich über den Einspruch. Dieser übermittelt der Regierung innerhalb einer von ihr festgelegten Frist eine Stellungnahme.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über die Aufrechterhaltung oder die Beendigung der Aussetzung der Anerkennung.

In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Beschluss, gegen den der Einspruch eingereicht wurde, als bestätigt.

Art. 29 – Entzug der Anerkennung

§1 – Kommt der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter seinen Verpflichtungen nach Ablauf der in Artikel 28 §2 Absatz 3 erwähnten Dauer der Aussetzung der Anerkennung weiterhin nicht nach, entzieht der Minister ihm aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die Anerkennung.

Vor dem Entzug der Anerkennung teilt der Minister dem betroffenen Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter per Einschreiben seine Absicht mit. Dieser kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 erwähnten Frist über den Entzug der Anerkennung.

Der Beschluss zum Entzug der Anerkennung wird dem Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter unverzüglich übermittelt.

§2 – Der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter informiert unverzüglich die Personen, die die Behandlung, Begleitung oder Betreuung bereits vor Einleitung des Entzugsverfahrens in Anspruch genommen haben, schriftlich über die Gründe des Entzugsverfahrens und weist dem Fachbereich dies nach.

§3 – Mit dem Entzug der Anerkennung wird die Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft beendet.

§4 – Der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter kann im Fall eines Entzugs der

Anerkennung bei der Regierung Einspruch einlegen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter übermittelt der Regierung den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 21 Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des in §1 Absatz 4 erwähnten Beschlusses zum Entzug der Anerkennung.

Die Regierung informiert den Fachbereich über den Einspruch. Dieser übermittelt der Regierung innerhalb einer von ihr festgelegten Frist eine Stellungnahme.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über den Entzug der Anerkennung.

In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Beschluss, gegen den der Einspruch eingereicht wurde, als bestätigt.

Art. 30 – Beendigung der Dienstleistungen

Der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter teilt dem Fachbereich jede freiwillige zeitweilige oder definitive Einstellung seiner Dienste, die nicht auf einen Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 29 zurückzuführen ist, schriftlich mit. Ausgenommen sind Urlaubsperioden und Feiertage.

Das Vorhaben des Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieters wird dem Minister mindestens drei Monate vor der geplanten zeitweiligen Einstellung und sechs Monate vor der geplanten definitiven Einstellung schriftlich mitgeteilt.

Die definitive Einstellung hat den Entzug der Anerkennung von Rechts wegen und die Beendigung der etwaigen Bezuschussung durch die Deutschsprachige Gemeinschaft zur Folge.

Der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, dessen Anerkennung entzogen wurde oder abgelaufen ist, oder der zeitweilig seine Dienste einstellt, trifft im Einvernehmen mit dem Fachbereich jede geeignete Maßnahme, um die Kontinuität der Behandlung, Begleitung oder Betreuung im Interesse der betroffenen Personen zu gewährleisten und übermittelt dem Fachbereich unverzüglich alle Akten, die sich in seinem Besitz befinden.

Abschnitt 2 – Anerkennung von Pflegefamilien

<u>Unterabschnitt 1 – Anerkennung</u>

Art. 31 – Anerkennungsverfahren

Für den Erhalt der Anerkennung als Pflegefamilie schließen die in Artikel 93 des Dekrets erwähnten natürlichen Personen die Pflegschaftsvorbereitung ab.

Gilt die Pflegschaftsvorbereitung gemäß Artikel 42 §4 Absatz 3 als abgeschlossen, erteilt der Minister innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der in Artikel 42 §4 Absatz 5 erwähnten Mitteilung über den Abschluss der Pflegschaftsvorbereitung durch die Pflegefamilienkandidaten die Anerkennung.

Gilt die Pflegschaftsvorbereitung gemäß Artikel 42 §4 Absatz 4 als nicht abgeschlossen, verweigert der Minister innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der in Artikel 42 §4 Absatz 5 erwähnten Mitteilung über den Nicht-Abschluss der Pflegschaftsvorbereitung durch die Pflegefamilienkandidaten die Anerkennung.

Der Beschluss zur Anerkennung oder zur Verweigerung der Anerkennung wird den Pflegefamilienkandidaten unverzüglich übermittelt.

Art. 32 – Verfahren zur Abänderung der Anerkennung

Wenn die in der Anerkennung erwähnten Angaben nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmen oder aus anderen Gründen die Notwendigkeit besteht, die in der Anerkennung erwähnten Angaben abzuändern, reicht die Pflegefamilie einen Antrag auf Abänderung der Anerkennung beim Fachbereich ein.

Der Antrag enthält die Unterlagen und Angaben, die die Abänderung der Anerkennung rechtfertigen.

Der Antrag wird auf dem Postweg oder in elektronischer Form eingereicht. Der Fachbereich bestätigt den Erhalt des Antrags innerhalb von 30 Tagen. Das Datum des Poststempels beziehungsweise des elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Fachbereich prüft, ob eine Abänderung der Anerkennung gerechtfertigt ist und übermittelt dem Minister innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Antrags ein Gutachten. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als positiv.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in Absatz 4 erwähnten Frist über die Genehmigung oder die Verweigerung der Abänderung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Abänderung als genehmigt.

Der Beschluss zur Genehmigung oder zur Verweigerung der Abänderung wird der Pflegefamilie unverzüglich übermittelt.

Der Fachbereich hält jede Genehmigung oder Verweigerung der Abänderung, ihre Begründung sowie ihre Dauer schriftlich fest.

Art. 33 – Verfahren zur Erneuerung der Anerkennung

Für die Erneuerung der Anerkennung reicht die Pflegefamilie spätestens einen Monat vor Ablauf der Anerkennung einen Antrag zur Erneuerung der Anerkennung beim Fachbereich ein.

Der Antrag wird auf dem Postweg oder in elektronischer Form eingereicht. Das Datum des Poststempels beziehungsweise des elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Dem Antrag sind Unterlagen beigefügt, aus denen hervorgeht, dass die in Artikel 93 des Dekrets erwähnten Bedingungen und die in Artikel 95 des Dekrets erwähnten Verpflichtungen weiterhin erfüllt sind.

Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags zur Erneuerung der Anerkennung sowie die beigefügten Unterlagen. Ist der Antrag vollständig, übermittelt der Fachbereich der Pflegefamilie eine Bestätigung. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt der Fachbereich die fehlenden Unterlagen bei der Pflegefamilie an.

Der Fachbereich erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als positiv.

Der Minister entscheidet innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in Absatz 5 erwähnten Frist über die Erneuerung oder die Verweigerung der Erneuerung der Anerkennung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Anerkennung als erneuert.

Der Beschluss zur Erneuerung oder zur Verweigerung der Erneuerung der Anerkennung wird der Pflegefamilie unverzüglich übermittelt.

Art. 34 – Einspruchsmöglichkeiten

Die Pflegefamilienkandidaten oder Pflegefamilien können im Fall einer Verweigerung der Anerkennung, einer Verweigerung der Abänderung der Anerkennung oder einer Verweigerung der Erneuerung der Anerkennung bei der Regierung Einspruch einlegen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Pflegefamilienkandidaten oder Pflegefamilien übermitteln der Regierung den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 21 Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des in Artikel 31 Absatz 4 erwähnten Beschlusses zur Verweigerung der Anerkennung, des in Artikel 32 Absatz 6 erwähnten Beschlusses zur Verweigerung der Abänderung der Anerkennung oder des in Artikel 33 Absatz 7 erwähnten Beschlusses zur Verweigerung der Erneuerung der Anerkennung.

Die Regierung informiert den Fachbereich über den Einspruch. Dieser übermittelt der Regierung innerhalb einer von ihr festgelegten Frist eine Stellungnahme.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über die Erteilung der Anerkennung, die Genehmigung der Abänderung der Anerkennung oder über die Erneuerung der Anerkennung.

In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Beschluss, gegen den der Einspruch eingereicht wurde, als bestätigt.

Art. 35 – Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Anerkennung

Für die in Artikel 95 Absatz 2 des Dekrets erwähnte Aufrechterhaltung der Anerkennung verpflichten sich die die Pflegefamilien, dem Fachbereich jedes Ereignis zur Kenntnis zu bringen, das Auswirkungen auf die Betreuung haben kann oder das die Integrität der Kinder und Jugendlichen verletzen könnte.

Unterabschnitt 2 – Aussetzung und Entzug der Anerkennung

Art. 36 – Aussetzung der Anerkennung

§1 – Kommt die Pflegefamilie den im Dekret oder den im vorliegenden Erlass aufgeführten Verpflichtungen nicht nach, fordert der Fachbereich sie auf, den Verpflichtungen innerhalb von 30 Tagen nachzukommen.

Auf begründeten Antrag hin kann die Pflegefamilie spätestens zehn Tage vor Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist eine einmalige Verlängerung der Frist von höchstens 30 Tagen beim Fachbereich beantragen.

Der Minister wird vom Fachbereich über die Nichteinhaltung informiert.

§2 – Kommt die Pflegefamilie nach der in §1 Absatz 1 erwähnten Aufforderung weiterhin den Verpflichtungen nicht nach, setzt der Minister aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die Anerkennung aus.

Vor der Aussetzung teilt der Minister der betroffenen Pflegefamilie per Einschreiben seine Absicht mit. Diese kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 erwähnten Frist über die Aussetzung der Anerkennung und die Dauer dieser Aussetzung.

Der Beschluss zur Aussetzung der Anerkennung wird der Pflegefamilie unverzüglich übermittelt.

§3 – Während der Dauer der Aussetzung der Anerkennung:
1. wird der Pflegefamilie für ihre Dienstleistungen kein Pflegschaftsgeld mehr ausgezahlt;
2. darf die Pflegefamilie keine neuen Pflegekinder betreuen.

§4 – Kommt die Pflegefamilie den Verpflichtungen nach, beendet der Minister die Aussetzung der Anerkennung und kann das zwischenzeitlich nicht ausgezahlte Pflegschaftsgeld rückwirkend auszahlen.

§5 – Die Pflegefamilie kann im Fall einer Aussetzung der Anerkennung bei der Regierung Einspruch einlegen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Pflegefamilie übermittelt der Regierung den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 21 Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des in §2 Absatz 4 erwähnten Beschlusses zur Aussetzung der Anerkennung.

Die Regierung informiert den Fachbereich über den Einspruch. Dieser übermittelt der Regierung innerhalb einer von ihr festgelegten Frist eine Stellungnahme.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über die Aufrechterhaltung oder die Beendigung der Aussetzung der Anerkennung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Beschluss, gegen den der Einspruch eingereicht wurde, als bestätigt.

Art. 37 – Entzug der Anerkennung

§1 – Kommt die Pflegefamilie ihren Verpflichtungen nach Ablauf der in Artikel 36 §2 Absatz 3 erwähnten Aussetzung der Anerkennung weiterhin nicht nach, entzieht der Minister ihr aufgrund eines Gutachtens des Fachbereichs die Anerkennung.

Vor dem Entzug der Anerkennung teilt der Minister der betroffenen Pflegefamilie per Einschreiben seine Absicht mit. Diese kann innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der Absichtserklärung, einen Antrag auf Anhörung beim Minister einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach dem Versand des Einschreibens statt. Das Datum des Poststempels beziehungsweise elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach dieser Anhörung beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 erwähnten Frist über den Entzug der Anerkennung.

Der Beschluss zum Entzug der Anerkennung wird der Pflegefamilie unverzüglich übermittelt.

§2 – Mit dem Entzug der Anerkennung wird die Auszahlung des Pflegschaftsgelds durch die Deutschsprachige Gemeinschaft beendet.

§3 – Die Pflegefamilie kann im Fall eines Entzugs der Anerkennung bei der Regierung Einspruch einlegen. Der Einspruch hat keine aufschiebende Wirkung.

Die Pflegefamilie übermittelt der Regierung den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 21 Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des in §1 Absatz 4 erwähnten Beschlusses zum Entzug der Anerkennung.

Die Regierung informiert den Fachbereich über den Einspruch. Dieser übermittelt der Regierung innerhalb einer von ihr festgelegten Frist eine Stellungnahme.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über den Entzug der Anerkennung.

In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Beschluss, gegen den der Einspruch eingereicht wurde, als bestätigt.

Art. 38 – Beendigung der Pflegschaft

Die Pflegefamilie teilt dem Fachbereich jede freiwillige zeitweilige oder definitive Einstellung ihrer Dienste, die nicht auf einen Entzug der Anerkennung gemäß Artikel 37 zurückzuführen ist, mit.

Das Vorhaben der Pflegefamilie wird dem Minister unverzüglich mitgeteilt.

Die definitive Einstellung hat den Entzug der Anerkennung von Rechts wegen und die Beendigung der etwaigen Auszahlung des Pflegschaftsgelds durch die Deutschsprachige Gemeinschaft zur Folge.

Die Pflegefamilie, dessen Anerkennung entzogen wurde oder abgelaufen ist, oder die zeitweilig ihre Dienste einstellt, trifft im Einvernehmen mit dem Fachbereich jede geeignete Maßnahme, um die zukünftige Betreuung im Interesse der betroffenen Kinder, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen zu gewährleisten.

Unterabschnitt 3 – Pflegschaftsvorbereitung

Art. 39 – Fragebogen

Der Minister stellt den in Artikel 101 des Dekrets erwähnten Fragebogen zur Verfügung, in dem folgende Angaben und Unterlagen über die Pflegefamilienkandidaten abgefragt werden:

1. Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Personenstand, Haushaltszusammensetzung;
2. Muttersprache und Informationen zu anderen Sprachkenntnissen;
3. Informationen zur Religionszugehörigkeit oder zur philosophischen Auffassung;
4. Wohnort und Historie der Wohnortswechsel;
5. Telefonnummer und E-Mail-Adresse;
6. Informationen zur familiären Situation und zum sozialen Umfeld;
7. Informationen über die Wohnsituation;
8. Schulabschluss, Ausbildung und Studiennachweise;
9. Informationen zur beruflichen Situation und zu den finanziellen Ressourcen;
10. Interessen, Hobbies, Vereinsleben;
11. Informationen zum Gesundheitszustand und zur psychologischen und körperlichen Entwicklung;
12. Informationen zur Familiengeschichte;
13. Motivation, Beweggründe und Verständnis der Pflegschaft;
14. Informationen über die Pflegschaftsform.

Art. 40 – Dokumente zur Einschreibung

Um sich für die Pflegschaftsvorbereitung einschreiben zu können, legen die Pflegefamilienkandidaten dem Fachbereich folgende Dokumente vor:

1. den in Artikel 39 erwähnten ausgefüllten Fragebogen;
2. eine Abschrift der Haushaltszusammensetzung, die nicht älter als drei Monate ist;
3. die in Artikel 93 Nummern 1 und 4 des Dekrets erwähnten Auszüge aus dem Strafregister gemäß Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuchs, die nicht älter als drei Monate sind;
4. ein Foto der Pflegefamilienkandidaten;
5. in Anwendung von Artikel 93 Nummer 5 des Dekrets, ein ärztliches Attest, das nicht älter als drei Monate ist und aus dem hervorgeht, dass die Mitglieder der Pflegefamilie, die dem Haushalt angehören, frei sind von Suchtproblemen oder Krankheiten, die die Integrität des Kindes oder Jugendlichen ernsthaft gefährden könnten.

Art. 41 – Stellungnahme des Fachbereichs

Wenn natürliche Personen die Pflegschaft eines verwandten oder vertrauten Kindes oder Jugendlichen übernehmen wollen, aber nicht die in Artikel 93 des Dekrets erwähnten Anerkennungsbedingungen erfüllen, erstellt der Fachbereich innerhalb von 30 Tagen ab Erhalt der in Artikel 40 erwähnten Dokumente eine Stellungnahme zur Teilnahme der Pflegefamilienkandidaten an der Pflegschaftsvorbereitung, die er dem Minister übermittelt. Bei fehlender Stellungnahme nach Ablauf dieser Frist gilt diese als positiv.

Der Fachbereich prüft auf Grundlage seiner Erkenntnisse, ob die Nichterfüllung der Anerkennungsbedingungen die Integrität des Kindes oder Jugendlichen gefährden könnte.

Zu diesem Zweck kann der Fachbereich ein oder mehrere Treffen mit den Pflegefamilienkandidaten und dem Kind oder Jugendlichen organisieren.

Der Minister entscheidet innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt der Stellungnahme des Fachbereichs oder nach Ablauf der in Absatz 1 erwähnten Frist über die Genehmigung oder

die Verweigerung der Teilnahme an der Pflegschaftsvorbereitung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Teilnahme als genehmigt.

Der Beschluss zur Genehmigung oder zur Verweigerung der Teilnahme an der Pflegschaftsvorbereitung wird den Pflegefamilienkandidaten unverzüglich übermittelt.

Art. 42 – Inhalt, Modalitäten und Dauer der Pflegschaftsvorbereitung

§1 – Die in Artikel 103 des Dekrets erwähnte Pflegschaftsvorbereitung beinhaltet:
1. mindestens ein persönliches Vorbereitungsgespräch mit dem Fachbereich;
2. ein Vorbereitungsseminar;
3. mindestens ein persönliches Abschlussgespräch mit dem Fachbereich.

§2 – Innerhalb von vier Monaten nach Erhalt der in Artikel 40 erwähnten Dokumente führt der Fachbereich mindestens ein persönliches Vorbereitungsgespräch mit den Pflegefamilienkandidaten an ihrem Wohnort durch. Sollte der Fachbereich es für notwendig befinden, können zusätzliche Gespräche geführt werden.

Bei diesen Gesprächen prüft der Fachbereich mit den Pflegefamilienkandidaten ihr Pflegschaftsprojekt.

§3 – Das in §1 Nummer 2 erwähnte Vorbereitungsseminar zielt darauf ab:
1. die Pflegefamilienkandidaten über die rechtlichen und kontextuellen Aspekte der Pflegschaft zu informieren;
2. die Pflegefamilienkandidaten zu den psychologischen, familiären und zwischenmenschlichen Herausforderungen des Pflegschaftsverhältnisses zu sensibilisieren;
3. die Beweggründe der Pflegefamilienkandidaten zur Übernahme einer Pflegschaft zu reflektieren.

Im Rahmen des Vorbereitungsseminars führt der Fachbereich mindestens ein persönliches Gespräch zur sozialpsychologischen Einschätzung der Pflegefamilienkandidaten und verfasst im Anschluss eine schriftliche sozialpsychologische Stellungnahme.

Die sozialpsychologische Stellungnahme enthält folgende Angaben über die Pflegefamilienkandidaten:
1. Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Personenstand, Haushaltszusammensetzung;
2. Informationen zur familiären Situation und zum sozialen Umfeld;
3. Informationen zur psychologischen Entwicklung;
4. Informationen zur Familiengeschichte;
5. Informationen zu den sozialpsychologischen Fähigkeiten und Interessen;
6. Motivation, Beweggründe und Verständnis der Pflegschaft.

§4 – Innerhalb von vier Monaten nach Abschluss des Vorbereitungsseminars führt der Fachbereich mindestens ein persönliches Abschlussgespräch mit den Pflegefamilienkandidaten. Sollte der Fachbereich es für notwendig befinden, können zusätzliche Gespräche geführt werden.

Bei diesen Gesprächen teilt der Fachbereich den Pflegefamilienkandidaten seine Erkenntnisse aus dem Vorbereitungsseminar mit sowie die daraus resultierende positive oder negative Einschätzung über die Eignung zur Übernahme einer Pflegschaft.

Im Falle einer positiven Einschätzung über die Eignung gilt die Pflegschaftsvorbereitung als abgeschlossen.

Im Falle einer negativen Einschätzung über die Eignung gilt die Pflegschaftsvorbereitung als nicht abgeschlossen.

Der Fachbereich informiert den Minister über den Abschluss oder den Nicht-Abschluss der Pflegschaftsvorbereitung.

§5 – Die Dauer der Pflegschaftsvorbereitung beträgt mindestens 20 Stunden.

Art. 43 – Gleichstellung einer Vorbereitung

Gemäß Artikel 104 des Dekrets kann eine andere Pflegschaftsvorbereitung oder die Vorbereitung auf eine andere Form der Aufnahme von Kindern der Pflegschaftsvorbereitung des Fachbereichs ganz oder teilweise gleichgestellt werden, insofern sie zu den psychologischen, familiären und zwischenmenschlichen Herausforderungen der Aufnahme eines Kindes sensibilisiert.

Für die Gleichstellung einer Vorbereitung reichen die Pflegefamilienkandidaten einen schriftlichen Antrag beim Fachbereich ein. Dieser enthält folgende Angaben und Unterlagen:

1. die in Artikel 40 erwähnten Dokumente;
2. Angaben zum Organisator der Vorbereitung;
3. eine Abschrift der Teilnahmebescheinigung;
4. Informationen zum Inhalt der Vorbereitung.

Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags auf Gleichstellung sowie die Erfüllung der in Absatz 1 erwähnten Bedingung. Ist der Antrag vollständig, übermittelt der Fachbereich den Pflegefamilienkandidaten eine Bestätigung. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt der Fachbereich die fehlenden Angaben beziehungsweise Unterlagen bei den Pflegefamilienkandidaten an.

Der Fachbereich erstellt auf Grundlage seiner Erkenntnisse innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das er dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als positiv.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Fachbereichs oder nach Ablauf der in Absatz 4 erwähnten Frist über die Gleichstellung der Vorbereitung. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Vorbereitung als vollständig gleichgestellt.

Der Beschluss zur vollständigen oder teilweisen Gleichstellung der Vorbereitung oder zur Verweigerung der Gleichstellung der Vorbereitung wird dem Antragsteller unverzüglich übermittelt.

Im Falle einer teilweisen Gleichstellung der Vorbereitung, teilt der Fachbereich den Pflegefamilienkandidaten mit, welche Teile der Pflegschaftsvorbereitung sie noch absolvieren müssen.

Abschnitt 3 – Vertrag

Art. 44 – Rahmen und Inhalt

Zusätzlich zu den in Artikel 105 §1 Absatz 1 des Dekrets erwähnten Angaben enthält der Vertrag zwischen der Regierung und den anerkannten Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbietern mindestens folgende weiteren Angaben:

1. die Nutznießer der Dienstleistungen;
2. den Personalkader;
3. die Betreuungskapazität;
4. die qualitativen und quantitativen Vorgaben zur Durchführung der Dienstleistungen;
5. die Vorgaben zur Buchführung;
6. die Vorgaben zur Bewertung der Umsetzung des Vertrags;
7. die Vorgaben zum Datenschutz;
8. die Folgen bei Nichteinhaltung des Vertrags;
9. die Dauer des Vertrags.

Art. 45 – Rahmen und Inhalt

Zusätzlich zu den in Artikel 105 §2 Absatz 1 des Dekrets erwähnten Angaben enthält der Vertrag zwischen der Regierung und den anerkannten Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbietern oder Dienstleistern mindestens folgende weiteren Angaben:

1. die Aufgabenbeschreibung;
2. die Nutznießer der Dienstleistungen;
3. den Personalkader;
4. die qualitativen und quantitativen Vorgaben zur Ausführung der Dienstleistungen;
5. die Höhe der Kostenübernahme;
6. die Vorgaben zur Bewertung der Umsetzung des Vertrags;
7. die Vorgaben zum Datenschutz;
8. die Folgen bei Nichteinhaltung des Vertrags;
9. die Dauer des Vertrags.

KAPITEL 6 – FINANZIELLE BESTIMMUNGEN

Abschnitt 1 – Bezuschussung, Kostenübernahme und Pflegschaftsgeld

Art. 46 – Zuschussbedingungen und Bedingungen zur Kostenübernahme

Für den Erhalt des in Artikel 107 Absatz 1 des Dekrets erwähnten Zuschusses und für die Übernahme der in Artikel 107 Absatz 2 des Dekrets erwähnten Kosten muss der anerkannte Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter oder der Dienstleister gewährleisten, dass seine Dienstleistungen geeignet, ausreichend, zweckmäßig und wirtschaftlich sind. Die Bezuschussung und die Kostenübernahme müssen leistungsgerecht sein.

Art. 47 – Pflegschaftsgeld

§1 – Betreut eine Pflegefamilie ein Kind, einen Jugendlichen oder einen jungen Erwachsenen oder gleichzeitig höchstens zwei Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene erhält sie je nach Pflegschaftsform und Alter der betreuten Kinder, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen Pflegschaftsgeld gemäß nachfolgender Tabelle:

	Pflegschaftsform		
Alter	**Langzeitpflege**	**Bereitschafts-pflege**	**Teilzeitpflege**
0 bis 5 Jahre	23,65 Euro	35,65 Euro	29,73 Euro
6 bis 11 Jahre	24,83 Euro	35,65 Euro	29,73 Euro

ab 12 Jahre	26,01 Euro	35,65 Euro	29,73 Euro

§2 – Betreut eine Pflegefamilie gleichzeitig drei oder mehr Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene erhält sie je nach Pflegschaftsform und Alter der betreuten Kinder, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, Pflegschaftsgeld gemäß nachfolgender Tabelle:

	Pflegschaftsform		
Alter	**Langzeitpflege**	**Bereitschafts-pflege**	**Teilzeitpflege**
0 bis 5 Jahre	26,27 Euro	39,61 Euro	29,73 Euro
6 bis 11 Jahre	27,58 Euro	39,61 Euro	29,73 Euro
ab 12 Jahre	28,90 Euro	39,61 Euro	29,73 Euro

§3 – Betreut eine Pflegefamilie im Rahmen einer Langzeitpflege ein oder mehrere Kinder, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, die kein Anrecht auf das in Artikel 8 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen erwähnte Basiskindergeld eröffnen, erhält sie in Abweichung von §§1 und 2, ungeachtet des Alters des betreuten Kindes, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen, Pflegschaftsgeld in Höhe von 29,73 Euro.

Die Pflegefamilie übermittelt dem Fachbereich jedes sachdienliche Dokument, das Auskunft über das in Absatz 1 erwähnte fehlende Anrecht auf Basiskindergeld gibt.

§4 – Das Pflegschaftsgeld wird monatlich ausgezahlt.

§5 – Die in §§1, 2 und 3 erwähnten Beträge werden am 1. Januar eines jeden Jahres auf der Grundlage der Schwankungen des Verbraucherpreisindexes angepasst. Als Referenz für diese Anpassung gilt der Verbraucherpreisindex 129,45 zum 1. Dezember 2023, der der Basis 100 im Jahr 2013 entspricht.

Abschnitt 2 – Kostenbeteiligung

Art. 48 – Kostenbeteiligung der Unterhaltspflichtigen

§1 – Die Kostenbeteiligung der Unterhaltspflichtigen an den stationären Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen erfolgt in Form einer zu zahlenden Monatspauschale gemäß der im Anhang aufgeführten Tabelle.

Für die Kostenbeteiligung werden nur volle Monate der stationären Betreuung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen berücksichtigt.

Die Höhe der Kostenbeteiligung wird vom Fachbereich aufgrund der monatlichen Nettoeinkünfte des Unterhaltspflichtigen festgelegt.

Bilden die Unterhaltspflichtigen einen gemeinsamen Haushalt, wird die Höhe der Kostenbeteiligung vom Fachbereich aufgrund der kumulierten monatlichen Nettoeinkünfte der Unterhaltspflichtigen und der Anzahl der zu Lasten der Unterhaltspflichtigen gehenden Kinder, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen festgelegt. Jeder der Unterhaltspflichtigen ist solidarisch für die Zahlung der Kostenbeteiligung verantwortlich.

Als Nettoeinkünfte gelten für die Anwendung des vorliegenden Artikels die in Artikel 6 des Einkommenssteuergesetzbuchs 1992 erwähnten Nettoeinkünfte.

§2 – In Abweichung von §1 Absatz 1 sind folgende Beteiligungssätze anwendbar:

1. werden mehrere unterhaltsberechtigte Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsenen gleichzeitig stationär behandelt oder betreut, beträgt die Kostenbeteiligung für das/den erste/n 100%, für das/den zweite/n 70% und für jedes weitere Kind, jeden weiteren Jugendlichen oder jeden weiteren jungen Erwachsenen 40% der gemäß §1 Absatz 1 festgelegten Monatspauschale;

2. für Unterhaltspflichtige, die mindestens zwei unterhaltsberechtigte Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene zu Lasten haben, wird die gemäß Nummer 1 festgelegte Monatspauschale um 30% gekürzt. Nicht als zu Lasten gelten für die Festlegung der Höhe der Kostenbeteiligung die Kinder, Jugendlichen oder jungen Erwachsene, die im Rahmen des Dekrets stationär behandelt oder betreut werden.

§3 – Als Referenzmonat für die Festlegung der Höhe der Kostenbeteiligung gilt der Monat, der dem Beginn der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme vorausgeht. Ist dieser aufgrund der aktuellen Situation des Unterhaltspflichtigen oder des Haushalts nicht repräsentativ, gilt der nächstfolgende repräsentative Monat.

Der Fachbereich sorgt dafür, dass die Unterhaltspflichtigen bei Beginn der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme die entsprechenden Einkommensbelege und die Belege über die Haushaltszusammensetzung einreichen. Werden diese Belege nicht eingereicht, wird die höchste Kostenbeteiligung festgelegt.

Anstelle dieser Belege kann der Fachbereich auch den letzten Steuerbescheid annehmen. Spätestens am 1. Juli jeden Jahres werden die Einkünfte des neuen Steuerbescheids berücksichtigt.

§4 – Die Höhe der Kostenbeteiligung kann jederzeit an eine Änderung der monatlichen Nettoeinkünfte oder der Haushaltszusammensetzung angepasst werden.

Der Fachbereich weist die Unterhaltspflichtigen darauf hin, dass jede Änderung der monatlichen Nettoeinkünfte oder der Haushaltszusammensetzung dem Fachbereich unverzüglich mitzuteilen ist. Der Fachbereich ändert die Höhe der Kostenbeteiligung ab dem Monat nach Eintreten der Veränderung entsprechend ab.

§5 – In Abweichung von §1 kann der Fachbereich eine Kostenbeteiligung festlegen, die der niedrigsten Monatspauschale der im Anhang aufgeführten Tabelle entspricht, wenn der Unterhaltspflichtige belegt, dass besondere Umstände seine besondere finanzielle Situation rechtfertigen.

§6 – In Abweichung von §§1 und 2 kann der Fachbereich die Kostenbeteiligung ganz erlassen, wenn:

1. der Unterhaltspflichtige nachweisen kann, dass die monatlichen Nettoeinkünfte des Unterhaltspflichtigen oder des Haushalts unter dem gesetzlich festgelegten Eingliederungseinkommen liegen;

2. der Unterhaltspflichtige nachweisen kann, dass er über einen längeren Zeitraum regelmäßig Schulden abzahlt, die im Verhältnis zu seinen monatlichen Nettoeinkünften bedeutend sind;

3. ansonsten das Ziel der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme gefährdet wäre;

4. anzunehmen ist, dass der damit verbundene Verwaltungsaufwand in keinem angemessenen Verhältnis zu der Kostenbeteiligung stehen wird.

§7 – Der Unterhaltspflichtige überweist die Kostenbeteiligung monatlich auf das vom Fachbereich mitgeteilte Konto.

Die Beträge der Kostenbeteiligung können ab dem in Artikel 110 §2 des Dekrets erwähnten Datum rückwirkend eingefordert werden.

§8 – Wurde der Unterhaltspflichtige bereits vor Beginn der Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme zur Zahlung von Unterhalt für ein Kind, einen Jugendlichen oder einen jungen Erwachsenen verpflichtet, entspricht die Kostenbeteiligung in Abweichung von §§1 bis 4 dem Betrag dieser Unterhaltszahlung.

§9 – Ist das Kind, der Jugendliche oder der junge Erwachsene nicht mehr unterhaltsberechtigt, wird die Höhe seiner Kostenbeteiligung gemäß der in §§1 bis 8 festgelegten Regelung festgelegt.

Abschnitt 3 – Finanzielle Beihilfen

Art. 49 – Lebenshaltungskosten

Die in Artikel 111 des Dekrets erwähnte Kostenentschädigung entspricht einem pauschalen Tagessatz. Die Höhe des Tagessatzes entspricht dem Betrag des Eingliederungseinkommens für die in Artikel 14 §1 Absatz 1 Nummer 2 des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung erwähnte Kategorie von Empfängern auf Jahresbasis geteilt durch 365 Tage.

Für den Erhalt des Tagessatzes richtet der Jugendhilfeanbieter, Jugendschutzanbieter oder Dienstleister, der das Kind oder den Jugendlichen ambulant begleitet, einen monatlichen schriftlichen Antrag an den Fachbereich. Dieser enthält folgende Angaben:

1. Name, Vorname und Wohnort des Kindes oder Jugendlichen;
2. Anzahl Tage, für die die Kostenentschädigung beantragt wird;
3. Name des Kontoinhabers und Kontonummer, auf den der Tagessatz ausgezahlt werden soll.

Der Tagessatz wird monatlich ausgezahlt.

Die weiteren Finanzierungsmodalitäten des Tagessatzes werden in den in den Artikeln 7, 12 oder 17 erwähnten Verträgen festgelegt.

Der Jugendhilfeanbieter, Jugendschutzanbieter oder Dienstleister, der das Kind oder den Jugendlichen begleitet, verwaltet den Tagessatz gemeinsam mit dem Kind oder Jugendlichen.

Art. 50 – Sonderauslagen von Erziehungsberechtigten bei ambulanten und teilstationären Maßnahmen

§1 – Gemäß Artikel 112 §1 des Dekrets können Erziehungsberechtigte, deren Kind im Rahmen des Dekrets ambulant oder teilstationär behandelt, betreut oder begleitet wird, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel eine Finanzierung der in §5 erwähnten Sonderauslagen erhalten, insofern folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. das durchschnittliche Haushaltseinkommen des Antragstellers übersteigt nicht den Betrag des Eingliederungseinkommens für die in Artikel 14 §1 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung erwähnte Kategorie von Empfängern auf Monatsbasis;
2. der Antragsteller reicht die Einkommensbelege ein;

3. das Kind ist ordnungsgemäß bei einer Krankenkasse versichert, insofern es sich um einen Antrag auf Finanzierung der in §5 Nummern 1 bis 6 erwähnten Sonderauslagen handelt;
4. eine positive Stellungnahme des Fachbereichs liegt vor.

Das in Absatz 1 Nummer 1 erwähnte durchschnittliche Haushaltseinkommen wird wie folgt errechnet:
1. im Falle einer Erstattung: das Haushaltseinkommen des letzten Monats des in §2 Absatz 1 Nummer 3 erwähnten Zeitraums, geteilt durch die Anzahl Haushalsmitglieder;
2. im Falle eines Vorschusses: das Haushaltseinkommen des Monats, in dem das Angebot eingeholt wurde, geteilt durch die Anzahl Haushalsmitglieder.

Als Haushaltseinkommen gilt die Summe aller Nettoeinkünfte, über die der Haushalt des Antragstellers verfügt.

Als Nettoeinkünfte gelten für die Anwendung des vorliegenden Artikels die in Artikel 6 des Einkommenssteuergesetzbuchs 1992 erwähnten Nettoeinkünfte.

In Abweichung von Absatz 1 Nummer 1 können die Antragsteller eine Finanzierung erhalten, wenn das durchschnittliche Haushaltseinkommen des Antragstellers den Betrag des Eingliederungseinkommens für die in Artikel 14 §1 Absatz 1 Nummer 1 des Gesetzes vom 26. Mai 2002 über das Recht auf soziale Eingliederung erwähnte Kategorie von Empfängern auf Monatsbasis übersteigt, insofern der Antragsteller belegt, dass besondere Umstände, die nicht auf ein vorsätzliches Fehlverhalten zurückzuführen sind, seine besondere finanzielle Situation rechtfertigen.

§2 – Für die Finanzierung der Sonderauslagen reichen die Erziehungsberechtigten einen schriftlichen Antrag auf Erstattung oder Vorschuss beim Fachbereich ein. Dieser enthält folgende Unterlagen und Angaben:
1. Name und Vorname des Erziehungsberechtigten;
2. Name und Vorname des Kindes;
3. der vom Antrag betroffene Zeitraum, der sechs Monate nicht überschreiten darf;
4. im Falle einer Erstattung, die Einkommensbelege des letzten Monats des in Nummer 3 erwähnten Zeitraums oder, im Falle eines Vorschusses, die Einkommensbelege des Monats, in dem das Angebot eingeholt wurde;
5. Name und Vorname der Haushalsmitglieder;
6. Name des Kontoinhabers und Kontonummer, auf die die Erstattung oder der Vorschuss ausgezahlt werden soll;
7. Belege der getätigten Ausgaben, Forderungsanmeldungen, Angebote, Rechnungen oder andere beweiskräftige Unterlagen für den in Nummer 3 erwähnten Zeitraum.

Der Fachbereich kann bei Bedarf zusätzliche Unterlagen beim Antragsteller anfragen, um die in §1 Absatz 1 Nummer 3 und die in §5 Absatz 3 Nummern 1 bis 4 erwähnten Bedingungen zu prüfen.

§3 – Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt der Fachbereich die fehlenden Angaben beziehungsweise Unterlagen beim Antragsteller an.

Innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags erstellt der Fachbereich eine Stellungnahme, aus der hervorgeht, ob die Finanzierung dieser Sonderauslagen zur Erreichung des Ziels der Jugendhilfe im Sinne von Artikel 7 des Dekrets beiträgt und übermittelt diese dem Minister.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der Stellungnahme oder nach Ablauf der in Absatz 2 erwähnten Frist über die Genehmigung oder die Verweigerung der Finanzierung der Sonderauslagen. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Finanzierung als genehmigt.

§4 – Die Finanzierung erfolgt rückwirkend ab dem Datum des Beginns der ambulanten Jugendhilfemaßnahme.

§5 – Folgende Sonderauslagen können finanziert werden:

1. Kosten für Zahnarztbesuche oder -eingriffe, einschließlich der Kosten für Prothesen. Die Finanzierung der Prothesen beträgt für einen Zeitraum von zwei Jahren höchstens 750 Euro pro Kind;

2. Kosten für Kieferorthopädie: die Finanzierung beträgt für einen Zeitraum von zwei Jahren höchstens 1.000 Euro pro Kind;

3. Kosten für Konsultationen oder Eingriffe bei einem Augenarzt sowie Kosten für verordnete Brillengläser, Brillengestelle und verordnete Kontaktlinsen. Die Finanzierung der Brillengläser beträgt für einen Zeitraum von zwei Jahren höchstens 150 Euro pro Kind. Die Finanzierung der Brillengestelle beträgt für einen Zeitraum von zwei Jahren höchstens 150 Euro pro Kind. Die Kosten für Austausch-Kontaktlinsen beträgt höchstens 50 Euro pro Kind pro Quartal.

4. Kosten für Konsultationen und Behandlungen bei einem HNO-Arzt sowie Hörgeräte. Die Finanzierung der Hörgeräte beträgt für einen Zeitraum von fünf Jahren höchstens 500 Euro pro Ohr pro Kind.

5. Kosten für paramedizinische Behandlungen und Leistungen gemäß dem Königlichen Erlass vom 2. Juli 2009 zur Festlegung der Liste der Heilhilfsberufe;

6. Kosten für Behandlungen und Leistungen im Rahmen nicht konventioneller Praktiken gemäß dem Gesetz vom 29. April 1999 über die nicht konventionellen Praktiken in den Bereichen Heilkunde, Arzneikunde, Heilgymnastik, Krankenpflege und im Bereich der Heilhilfsberufe. Die Finanzierung von Prothesen, Schuhe und Einlagen im Rahmen der orthopädischen Leistungen beträgt für einen Zeitraum von zwei Jahren höchstens 150 Euro pro Kind.

7. Ausgaben für sportliche und kulturelle Aktivitäten sowie Ferienlager und Ferienbetreuung bis höchstens 500 Euro pro Kind pro Jahr;

8. Kosten im Rahmen der schulischen Ausbildung, der schulischen Aktivitäten und der Lehre;

9. Kosten für Nachhilfestunden in schulischen Belangen bis höchstens 1.500 Euro pro Kind pro Jahr;

10. Kosten für Fahrten des Kindes mit einem öffentlichen Verkehrsmittel. Die Kosten für Fahrten der Nationalen Gesellschaft der Belgischen Eisenbahnen werden auf Grundlage des Preises einer Fahrt 2. Klasse erstattet.

Unbeschadet der in Absatz 1 erwähnten Höchstbeträge werden die Sonderauslagen in Höhe der Beträge erstattet, die in den gesetzlichen Bestimmungen und Regelungen zur Kranken- und Invalidenversicherung festgelegt sind auf der Grundlage der bei einem konventionierten Pflegeerbringer zulässigen Honorarsätze.

In Abweichung von den Absätzen 1 und 2 werden die Kosten nicht finanziert, insofern:

1. eine andere natürliche oder juristische Person gesetzlich, vertraglich oder aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung zu deren Erstattung verpflichtet ist;

2. sie durch andere Zuschüsse der öffentlichen Hand gedeckt werden;

3. sie bereits durch einen Versicherungsvertrag gedeckt sind;

4. sie auf ein vorsätzliches Fehlverhalten des Kindes zurückzuführen sind.

§6 – Der Fachbereich kann eine Abweichung von den in §5 erwähnten Höchstbeträgen oder Zeiträumen genehmigen, wenn dies zur Erreichung des Ziels der Jugendhilfe im Sinne von Artikel 7 des Dekrets erforderlich ist.

§7 – Die in §5 Absatz 1 erwähnten Höchstbeträge können am 1. Januar eines jeden Jahres auf der Grundlage der Schwankungen des Verbraucherpreisindexes angepasst werden. Als Referenz für diese Anpassung gilt der Verbraucherpreisindex 129,45 zum 1. Dezember 2023, der der Basis 100 im Jahr 2013 entspricht.

Art. 51 – Ausgaben von Erziehungsberechtigten bei stationären Maßnahmen

§1 – Gemäß Artikel 112 §2 des Dekrets können Erziehungsberechtigte, deren Kind oder Jugendlicher sich in einer stationären Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme befindet, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel eine Finanzierung folgender Ausgaben beantragen:

1. Kosten für Fahrten im Rahmen von Besuchskontakten;
2. Kosten für die Fahrten im Auftrag des Fachbereichs.

Für den Erhalt der Erstattung reichen die Erziehungsberechtigten einen schriftlichen Antrag beim Fachbereich ein. Dieser enthält folgende Unterlagen und Angaben:

1. Name, Vorname und Wohnort des Erziehungsberechtigten;
2. Name und Vorname des Kindes oder Jugendlichen;
3. Name des Kontoinhabers und Kontonummer, auf die die Erstattung ausgezahlt werden soll;
4. Belege der Fahrten.

Die entstandenen Fahrtkosten der Erziehungsberechtigten, die ein öffentliches Verkehrsmittel für die in Absatz 1 angeführten Fahrten benutzen, werden unabhängig von der zurückgelegten Distanz auf Vorlage eines Beleges eines öffentlichen Verkehrsunternehmens erstattet. Die Kosten für Fahrten der Nationalen Gesellschaft der Belgischen Eisenbahnen werden auf Grundlage des Preises einer Fahrt 2. Klasse erstattet.

Die Fahrtentschädigung für Fahrten mit dem Privatfahrzeug wird in derselben Höhe und nach denselben Modalitäten errechnet, wie sie für die Dienstfahrten der Beamten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehen sind.

§2 – Die Erstattung der Ausgaben erfolgt erst, nachdem der Fachbereich die eingereichten Belege geprüft hat.

Die Erstattung der Ausgaben kann verweigert werden, wenn die Erziehungsberechtigten der in Artikel 48 erwähnten Kostenbeteiligung nicht nachkommen.

Art. 52 – Ausgaben von stationären Anbietern, Dienstleistern sowie Pflegefamilien

§1 – Gemäß Artikel 113 des Dekrets können Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, Dienstleister sowie Pflegefamilien, die Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene stationär behandeln, begleiten oder betreuen, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel eine Finanzierung der in §4 erwähnten Ausgaben beantragen.

Zu diesem Zweck reicht der Jugendhilfe- oder Jugendschutzanbieter, der Dienstleister oder die Pflegefamilie einen schriftlichen Antrag auf Erstattung oder Vorschuss beim Fachbereich ein. Dieser enthält folgende Unterlagen und Angaben:

1. Name und Vorname des Kindes, des Jugendlichen oder des jungen Erwachsenen;
2. der vom Antrag betroffene Zeitraum, der sechs Monate nicht überschreiten darf;

3. Name des Kontoinhabers und Kontonummer, auf die die Erstattung oder Kostenübernahme ausgezahlt werden soll;
4. Belege der getätigten Ausgaben, Forderungsanmeldungen, Angebote, Rechnungen oder andere beweiskräftige Unterlagen für den in Nummer 2 erwähnten Zeitraum.

Der Fachbereich kann bei Bedarf zusätzliche Unterlagen beim Antragsteller anfragen, um die in §4 Absatz 3 Nummern 1 bis 3 erwähnten Bedingungen zu prüfen.

§2 – Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt der Fachbereich die fehlenden Unterlagen bzw. Angaben beim Antragsteller an.

Betrifft der Antrag die Finanzierung der in §4 Nummern 4, 8 bis 12 oder 17 bis 21 erwähnten Ausgaben, erstellt der Fachbereich innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags eine Stellungnahme, aus der hervorgeht, ob die Finanzierung dieser Ausgaben zur Erreichung des Ziels der Jugendhilfe oder des Jugendschutzes im Sinne von Artikel 7 des Dekrets beiträgt.

Der Minister entscheidet innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des Antrags beziehungsweise innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der in Absatz 2 erwähnten Stellungnahme oder nach Ablauf der in Absatz 2 erwähnten Frist über die Genehmigung oder die Verweigerung der Finanzierung der Ausgaben. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt die Finanzierung als genehmigt.

§3 – Die Finanzierung erfolgt rückwirkend ab dem Datum des Beginns der stationären Maßnahme.

§4 – Folgende Ausgaben können finanziert werden:
1. Kosten für den Krankenhausaufenthalt des Kindes, des Jugendlichen oder des jungen Erwachsenen in einem Mehrbettzimmer, außer wenn besondere Umstände vorliegen, die auf der Grundlage eines ärztlichen Attests den Aufenthalt in einem Einbettzimmer rechtfertigen;
2. Kosten für einen Krankenwagen oder einen Krankentransport, dessen medizinische Notwendigkeit nachgewiesen ist;
3. Kosten für Zahnarztbesuche oder -eingriffe, einschließlich der Kosten für Prothesen;
4. Kosten für Kieferorthopädie;
5. Kosten für Konsultationen oder Eingriffe bei einem Augenarzt sowie Kosten für verordnete Brillengläser, Brillengestelle und verordnete Kontaktlinsen. Die Finanzierung der Brillengestelle beträgt für einen Zeitraum von zwei Jahren höchstens 150 Euro pro Kind, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen;
6. Kosten für Konsultationen und Behandlungen bei einem HNO-Arzt sowie Hörgeräte;
7. Kosten für Konsultationen und Behandlungen bei einem Allgemeinmediziner oder einem Facharzt;
8. Kosten für paramedizinische Behandlungen und Leistungen gemäß dem Königlichen Erlass vom 2. Juli 2009 zur Festlegung der Liste der Heilhilfsberufe;
9. Kosten für Behandlungen und Leistungen im Rahmen nicht konventioneller Praktiken gemäß dem Gesetz vom 29. April 1999 über die nicht konventionellen Praktiken in den Bereichen Heilkunde, Arzneikunde, Heilgymnastik, Krankenpflege und im Bereich der Heilhilfsberufe;
10. Kosten für psychologische Konsultationen;
11. Kosten für Psychotherapie und andere Therapiekosten;
12. Kosten für Psychomotorik;
13. Kosten für die vom Belgischen Hohen Gesundheitsrat empfohlenen Impfungen;
14. Kosten für Arzneimittel, die von einem Arzt verordnet wurden;

15. Kosten für jährliche Vorsorgeuntersuchungen;
16. Ausgaben für sportliche und kulturelle Aktivitäten sowie Ferienlager und Ferienbetreuung bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 500 Euro pro Kind, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen;
17. Kosten im Rahmen der schulischen Ausbildung, der schulischen Aktivitäten und der Lehre;
18. Kosten für Nachhilfestunden in schulischen Belangen bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 1.500 Euro pro Kind, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen;
19. Kosten für Fahrten des Kindes, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen mit einem öffentlichen Verkehrsmittel. Die Kosten für Fahrten der Nationalen Gesellschaft der Belgischen Eisenbahnen werden auf Grundlage des Preises einer Fahrt 2. Klasse erstattet;
20. Ausgaben für die Erstausstattung bei Aufnahme eines Pflegekindes bis zu einem einmaligen Höchstbetrag von 700 Euro pro Pflegekind;
21. Ausgaben für die Ausstattung des Kindes, Jugendlichen oder jungen Erwachsenen bei besonderen Bedarfen bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 100 Euro;
22. Kosten für eine Krankenhausaufenthaltsversicherung;
23. Kosten für eine Zahnpflegeversicherung.

Unbeschadet der in Absatz 1 erwähnten Höchstbeträge werden die Sonderauslagen in Höhe der Beträge erstattet, die in den gesetzlichen Bestimmungen und Regelungen zur Kranken- und Invalidenversicherung festgelegt sind auf der Grundlage der bei einem konventionierten Pflegeerbringer zulässigen Honorarsätze.

In Abweichung von §4 Absatz 1 werden die Kosten nicht finanziert, insofern:
1. eine andere natürliche oder juristische Person gesetzlich, vertraglich oder aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung zu deren Erstattung verpflichtet ist;
2. sie bereits durch Zuschüsse der öffentlichen Hand gedeckt sind;
3. sie bereits durch einen Versicherungsvertrag gedeckt sind.

§5 – Der Fachbereich kann eine Abweichung der in §4 erwähnten Höchstbeträge oder Zeiträume genehmigen, wenn dies zur Erreichung des Ziels der Jugendhilfe im Sinne von Artikel 7 des Dekrets erforderlich ist.

§6 – Die in §4 Absatz 1 erwähnten Höchstbeträge können am 1. Januar eines jeden Jahres auf der Grundlage der Schwankungen des Verbraucherpreisindexes angepasst werden. Als Referenz für diese Anpassung gilt der Verbraucherpreisindex 129,45 zum 1. Dezember 2023, der der Basis 100 im Jahr 2013 entspricht.

Art. 53 – Finanzierung der Fahrtkosten und Weiterbildungen von Pflegefamilien

§1 – In Anwendung von Artikel 113 des Dekrets können Pflegefamilien, die Kinder, Jugendliche oder junge Erwachsene teilstationär oder stationär behandeln, begleiten oder betreuen, im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel eine Finanzierung der folgender Ausgaben beantragen:
1. Kosten für Fahrten im Rahmen der Pflegschaft, die 200 km pro Monat übersteigen. Folgende Fahrten können finanziert werden:
a) für die gesundheitliche Pflege des Pflegekindes;
b) für die Einhaltung von Besuchskontakten;
c) für die Fahrten im Rahmen einer Teilzeitpflege, um das Pflegekind abzuholen und zurückzubringen;
d) für Fahrten zu Gerichtssitzungen;
e) für Fahrten zu Gesprächen mit oder im Auftrag des Fachbereichs;
f) für Fahrten zur Schule im Rahmen einer Bereitschaftspflege, die das Pflegekind bereits vor Beginn der Bereitschaftspflege besucht hat oder für Fahrten zu Freizeitaktivitäten im

Rahmen einer Bereitschaftspflege, die durch eine Vereinigung angeboten werden und die das Pflegekind bereits vor Beginn der Bereitschaftspflege ausgeübt hat.

2. Kosten für die Teilnahme an Weiterbildungen bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 150 Euro pro Pflegeelternteil. Um finanziert werden zu können, müssen die Weiterbildungen für das Zusammenleben in der Pflegefamilie und die Entwicklung des Pflegekindes nützlich sein. Folgende Weiterbildungsausgaben werden berücksichtigt:

a) Einschreibegebühren;
b) Prüfungsgebühren;
c) Dokumentation/Material, insofern es in direktem Bezug zur Weiterbildung steht;
d) Übernachtungskosten;
e) Fahrtkosten, die gemäß §2 Absätze 2 und 3 errechnet werden.

Bei der Finanzierung der in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Kosten handelt es sich um eine Erstattung.

Bei der Finanzierung der in Absatz 1 Nummer 2 erwähnten Kosten handelt es sich um einen Vorschuss.

§2 – Für den Erhalt der in §1 Absatz 2 erwähnten Erstattung reicht die Pflegefamilie einen schriftlichen Antrag beim Fachbereich ein. Dieser enthält folgende Unterlagen und Angaben:

1. Name der Pflegefamilie;
2. Name und Vorname des Pflegekindes;
3. Name des Kontoinhabers und Kontonummer, auf die die Erstattung ausgezahlt werden soll;
4. Belege der Fahrten.

Die entstandenen Fahrtkosten der Pflegefamilien, die ein öffentliches Verkehrsmittel für die in §1 Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Fahrten benutzen, werden unabhängig von der zurückgelegten Distanz auf Vorlage eines Beleges eines öffentlichen Verkehrsunternehmens erstattet. Die Kosten für Fahrten der Nationalen Gesellschaft der Belgischen Eisenbahnen werden auf Grundlage des Preises einer Fahrt 2. Klasse erstattet.

Die Fahrtentschädigung für Fahrten mit dem Privatfahrzeug wird in derselben Höhe und nach denselben Modalitäten errechnet, wie sie für die Dienstfahrten der Beamten des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgesehen sind.

Die Erstattung der Ausgaben erfolgt erst, nachdem der Fachbereich die eingereichten Belege geprüft hat.

Für Teilzeitpflegefamilien wird die in §1 Absatz 2 erwähnte Erstattung anteilmäßig anhand der Anwesenheitstage des Pflegekindes in der Teilzeitpflegefamilie berechnet.

§3 – Für den Erhalt des in §1 Absatz 3 erwähnten Vorschusses reicht die Pflegefamilie vor Beginn der Weiterbildung einen schriftlichen Antrag beim Fachbereich ein. Dieser enthält folgende Unterlagen und Angaben:

1. Name der Pflegefamilie;
2. Programm, Ort, Beginn, Ende, Zielpublikum, Preis und Anbieter der Weiterbildung;
3. die voraussichtlich anfallenden förderbaren Weiterbildungsausgaben;
4. Name des Kontoinhabers und Kontonummer, auf den der Vorschuss ausgezahlt werden soll.

Der Fachbereich prüft die Vollständigkeit des eingereichten Antrags. Ist der Antrag nicht vollständig, fragt der Fachbereich die fehlenden Unterlagen bzw. Angaben beim Antragsteller an.

Der Fachbereich erstellt innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags eine Stellungnahme über die Genehmigung und die Höhe des Vorschusses oder die Verweigerung des Vorschusses und übermittelt diese dem Minister.

Der Minister entscheidet innerhalb von 15 Tagen nach Erhalt der in Absatz 2 erwähnten Stellungnahme über die Genehmigung oder die Verweigerung des Vorschusses. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Vorschuss als genehmigt.

Zur Abrechnung der Ausgaben reicht der Antragsteller innerhalb von 30 Tagen nach Abschluss der Weiterbildung die entsprechenden Belege sowie einer Teilnahmebescheinigung beim Fachbereich ein.

Der nicht belegte Gesamtbetrag wird nach Mitteilung des Fachbereichs vom Antragsteller zurückgefordert.

Art. 54 – Finanzielle Unterstützung der stationär betreuten Kinder

§1 – Für Kinder, die sich während mindestens 30 aufeinanderfolgenden Tagen in einer stationären Jugendhilfemaßnahme befinden, wird ab Datum des Beginns der Jugendhilfemaßnahme eine finanzielle Unterstützung in Form eines pauschalen Tagessatzes pro Betreuungstag in Höhe von 1,95 Euro angespart.

Die finanzielle Unterstützung wird monatlich gebucht.

Ist das Kind gemäß Artikel 28 §3 oder Artikel 116 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen Empfänger des Kindergeldes, entfällt der Anspruch auf die in Absatz 1 erwähnte finanzielle Unterstützung.

Der Tagessatz wird am 1. Januar eines jeden Jahres auf der Grundlage der Schwankungen des Verbraucherpreisindexes angepasst. Als Referenz für diese Anpassung gilt der Verbraucherpreisindex 129,45 zum 1. Dezember 2023, der der Basis 100 im Jahr 2013 entspricht.

§2 – Die angesparte finanzielle Unterstützung kann frühestens bei Erreichen der Volljährigkeit ausgezahlt werden.

Der Fachbereich informiert den jungen Erwachsenen über die Höhe der angesparten finanziellen Unterstützung, legt mit ihm die Modalitäten der Auszahlung fest und berät ihn bezüglich der Zweckbestimmung dieser finanziellen Unterstützung.

In Abweichung von Absatz 1 kann der Fachbereich auf einen mit Gründen versehenen Antrag des Kindes hin eine Auszahlung vor Erreichen der Volljährigkeit gewähren.

KAPITEL 7 – BESCHWERDEN

Art. 55 – Verfahren

§1 – Die in Artikel 115 §1 Absätze 2 und 3 des Dekrets erwähnten Beschwerden werden auf dem Postweg oder in elektronischer Form beim Fachbereich eingereicht. Der

Fachbereich bestätigt den Erhalt der Beschwerde innerhalb von 15 Tagen. Das Datum des Poststempels beziehungsweise des elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

§2 – Der Fachbereich prüft die Zulässigkeit der Beschwerde. Die Beschwerde ist zulässig, wenn sie:

1. eine konkrete Amtshandlung oder Arbeitsweise einer natürlichen oder juristischen Person, die mit der Umsetzung von Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahmen oder einer Beratung beauftragt wurde, oder eine Amtshandlung oder Arbeitsweise des Fachbereichs betrifft;
2. eine Beschreibung der Angelegenheit enthält, die Anlass zur Beschwerde gibt.

Innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der Beschwerde teilt der Fachbereich dem Beschwerdeführer per Einschreiben die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der Beschwerde mit.

Ist die Beschwerde zulässig, kann der Beschwerdeführer innerhalb von sieben Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand des in Absatz 2 erwähnten Einschreibens einen Antrag auf Anhörung beim Fachbereich einreichen. Diese Anhörung findet innerhalb von 30 Tagen nach Versand des Einschreibens statt.

Ist die Beschwerde unzulässig, teilt der Fachbereich dem Beschwerdeführer die Gründe der Unzulässigkeit mit.

Der Fachbereich untersucht die zulässige Beschwerde innerhalb von 15 Tagen nach der Anhörung oder nach Ablauf der in Absatz 3 erwähnten Frist und informiert den Beschwerdeführer schriftlich über das Ergebnis, einschließlich der Gründe, sowie die daraus gegebenenfalls folgenden Maßnahmen.

KAPITEL 8 – BERUFSGEHEIMNIS UND AKTENEINSICHT

Art. 56 – Einwilligung

Bei der in Artikel 116 §2 Absatz 1 Nummer 1 des Dekrets erwähnten Einholung der Einwilligung wird die betroffene Person über den weiterzugebenden Sachverhalt, den Empfänger dieses Sachverhalts und den Grund für die Weitergabe informiert.

Die Einwilligung erfolgt durch eine schriftliche Erklärung, entweder digital oder in Papierform.

Die betroffene Person hat das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Weitergabe nicht berührt. Die betroffene Person wird vor Abgabe der Einwilligung hiervon in Kenntnis gesetzt.

Art. 57 – Modalitäten des Einsichtsverfahrens

Der in Artikel 4 §1 des Dekrets vom 16. Oktober 1995 erwähnte Antrag wird auf dem Postweg oder in elektronischer Form beim Fachbereich eingereicht. Das Datum des Poststempels beziehungsweise des elektronischen Zeitstempels ist ausschlaggebend.

Wird diesem Antrag stattgegeben, teilt der Fachbereich dem Antragsteller innerhalb von 14 Tagen nach Eingang des Antrags den Ort und den Zeitpunkt für die Einsicht, Erklärung oder den Erhalt der Abschrift mit.

In Abweichung von Absatz 2 kann die Abschrift eines Verwaltungsdokuments dem Antragsteller innerhalb von 14 Tagen nach Eingang des Antrags auf dem Postweg oder in elektronischer Form auf dessen Ersuchen zugesandt werden.

Ist der Antragsteller minderjährig, kann er sich bei der Einsicht oder der Erklärung von einer volljährigen Vertrauensperson seiner Wahl begleiten lassen.

Art. 58 – Einspruchsverfahren

Wird der Antrag gemäß Artikel 5 §5 Absatz 1 des Dekrets vom 16. Oktober 1995 vom Fachbereich abgelehnt, kann der Antragsteller bei der Regierung Einspruch einlegen.

Der Antragsteller übermittelt der Regierung den begründeten Einspruch mit allen relevanten Unterlagen per Einschreiben oder gegen Empfangsbestätigung innerhalb von 21 Tagen, beginnend ab dem dritten Tag nach Versand der in Artikel 5 §5 Absatz 1 des Dekrets vom 16. Oktober 1995 erwähnten Mitteilung der Ablehnung.

Die Regierung informiert den Fachbereich über den Einspruch. Dieser übermittelt der Regierung innerhalb einer von ihr festgelegten Frist eine Stellungnahme.

Die Regierung entscheidet innerhalb von 60 Tagen nach Erhalt des Einspruchs über den Einspruch.

In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Beschluss, gegen den der Einspruch eingereicht wurde, als bestätigt.

KAPITEL 9 – DATENSCHUTZ

Art. 59 – Datenkategorien

§1 – Gemäß Artikel 120 §1 des Dekrets können die Regierung, der Prokurator des Königs, der Jugendrichter, das Jugendgericht, die Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, die Dienstleister und die Pflegefamilien für die in Artikel 120 §1 Absatz 2 des Dekrets erwähnten Zwecke und die in Artikel 122 Absatz 1 des Dekrets erwähnte Dauer folgende Daten der Kinder, Jugendlichen und ihrer Erziehungsberechtigten sowie der jungen Erwachsenen verarbeiten:

1. Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Personenstand, Haushaltszusammensetzung, Wohnort, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;
2. familiäre Situation;
3. Verhalten, persönliche Entwicklung;
4. Gesundheitszustand, psychologische und körperliche Entwicklung;
5. Schulabschluss, Ausbildung, Studiennachweise;
6. Sprachkenntnisse;
7. soziales Umfeld, berufliche Situation, finanzielle Ressourcen;
8. Interessen, Hobbies, Vereinsleben;
9. rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen;
10. strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten.

§2 – Gemäß Artikel 120 §2 des Dekrets können die Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter für die in Artikel 120 §2 Absatz 2 des Dekrets erwähnten Zwecke und die in Artikel 122 Absatz 2 des Dekrets erwähnte Dauer folgende Daten der Personalmitglieder verarbeiten:

1. Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Personenstand, Haushaltszusammensetzung, Wohnort, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;
2. Schulabschluss, Ausbildung, Studiennachweise;
3. berufliche Situation, finanzielle Ressourcen;
4. strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten.

§3 – Gemäß Artikel 120 §2 Absatz 2 des Dekrets kann die Regierung für die in Artikel 122 Absatz 2 des Dekrets erwähnte Dauer folgende Daten der Personalmitglieder der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter verarbeiten:
1. Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Personenstand, Haushaltszusammensetzung, Wohnort, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;
2. Schulabschluss, Ausbildung, Studiennachweise;
3. berufliche Situation, finanzielle Ressourcen;
4. strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten.

§4 – Gemäß Artikel 120 §2 Absatz 2 des Dekrets kann die Regierung für die in Artikel 122 Absatz 2 des Dekrets erwähnte Dauer folgende Daten der Jugendhilfe- und Jugendschutzanbieter, Pflegefamilienkandidaten und Pflegefamilien verarbeiten:
1. Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Personenstand, Haushaltszusammensetzung, Wohnort, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;
2. Name, Unternehmensnummer, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;
3. Schulabschluss, Ausbildung, Studiennachweise;
4. berufliche Situation, finanzielle Ressourcen;
5. strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten.

§5 – Im Auftrag der Regierung kann der in Artikel 34 Absatz 2, 57 §2 Absatz 4 und 76 §2 Absatz 4 des Dekrets erwähnte Mediator für die in Artikel 122 Absatz 1 des Dekrets erwähnte Dauer folgende Daten der Kinder, Jugendlichen und ihrer Erziehungsberechtigten verarbeiten:
1. Name, Vorname, Geschlecht, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeit, Personenstand, Haushaltszusammensetzung, Wohnort, Adresse, Telefonnummer, E-Mail-Adresse;
2. familiäre Situation;
3. Verhalten, persönliche Entwicklung;
4. Gesundheitszustand, psychologische und körperliche Entwicklung;
5. Schulabschluss, Ausbildung, Studiennachweise;
6. Sprachkenntnisse;
7. soziales Umfeld, berufliche Situation, finanzielle Ressourcen;
8. Interessen, Hobbies, Vereinsleben;
9. rassische oder ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder philosophische Überzeugungen;
10. strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten.

KAPITEL 10 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 60 – Aufhebungsbestimmung

Der Erlass der Regierung vom 14. Mai 2009 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz, abgeändert durch die Erlasse der Regierung vom 12. Oktober 2017, 29. November 2018, 6. Februar 2020, 17. Juni 2021 und 15. Dezember 2022, wird aufgehoben.

Art. 61 – Aufhebungsbestimmung

Der Ministerielle Erlass vom 1. September 2016 über die Rückerstattung der Fahrtkosten für die Pflegefamilien, abgeändert durch den Ministeriellen Erlass vom 17. Februar 2023, wird aufgehoben.

Art. 62 – Übergangsbestimmung

In Abweichung von Artikel 48 bleiben die Artikel 50 bis 53 des Erlasses der Regierung vom 14. Mai 2009 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz auf die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses bereits festgelegten Kostenbeteiligungen bis zum Ende der stationären Jugendhilfe- oder Jugendschutzmaßnahme anwendbar.

Art. 63 – Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt am 1. September 2024 in Kraft.

Art. 64 – Durchführungsbestimmung

Der Minister für Soziales wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den …

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

Lydia Klinkenberg

Digital unterschrieben von Lydia Klinkenberg
Datum: 2024.07.15 11:59:21 +02'00'

Anhang zum Erlass der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz

Nettoeinkünfte des Unterhaltspflichtigen		
Einkommensgruppe	Monatliche Nettoeinkünfte in Euro	Monatliche Kostenbeteiligung in Euro
1	bis 1 524,99	45
2	1 525,00 bis 1 800,99	75
3	1 801,00 bis 2 000,99	130
4	2 001,00 bis 2 200,99	215
5	2 201,00 bis 2 400,99	300
6	2 401,00 bis 2 700,99	375
7	2 701,00 bis 3 000,99	455
8	3 001,00 bis 3 300,99	540
9	3 301,00 bis 3 600,99	615
10	3 601,00 und mehr	695

Gesehen, um dem Erlass der Regierung zur Ausführung des Dekrets vom 13. November 2023 über die Jugendhilfe und den Jugendschutz beigefügt zu werden.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

Lydia Klinkenberg

Digital unterschrieben von Lydia Klinkenberg
Datum: 2024.07.15 10:50:42 +02'00'

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[Nummer Erlassregister]

Voorontwerp van een besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de bijzondere wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen, artikel 20;

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, artikel 7;

Gelet op het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming, artikel 13, vierde lid, artikel 28, vierde lid, artikel 30, § 1, vierde lid, en § 2, vierde lid, artikel 32, derde lid, artikel 34, derde lid, artikel 40, § 2, vijfde lid, artikel 50, § 3, artikel 52, tweede lid, artikel 53, tweede lid, artikel 59, § 3, vierde lid, artikel 66, § 2, vijfde lid, artikel 86, eerste lid, 1° en 6°, alsook derde lid, artikel 87, § 1, tweede lid, en § 4, artikel 88, § 1, derde lid, artikel 89, eerste lid, 4°, alsook tweede lid, artikel 90, § 2, artikel 91, tweede lid, artikel 94, § 4, artikel 95, tweede lid, artikel 96, § 1, eerste lid, en § 2, eerste lid, artikel 97, tweede lid, artikel 101, derde lid, artikel 102, derde lid, artikel 103, vierde lid, artikel 104, artikel 105, § 1, tweede lid, en § 2, tweede lid, artikel 107, artikel 109, tweede lid, artikel 110, § 1, tweede en derde lid, artikel 111, tweede lid, artikel 112, § 1, tweede lid, en § 2, tweede lid, artikel 113, tweede lid, artikel 114, tweede lid, artikel 115, § 2, artikel 116, § 2, tweede lid, artikel 117, § 2, artikel 120, § 4, alsook artikel 123;

Gelet op het besluit van de Regering van 14 mei 2009 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming;

Gelet op het ministerieel besluit van 1 september 2016 betreffende de terugbetaling van de reiskosten voor pleeggezinnen;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op [datum];

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. [datum];

Gelet op het advies van de Gegevensbeschermingsautoriteit, gegeven op [datum];

Gelet op advies [nummer] van de Raad van State, gegeven op [datum], met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden;

Na beraadslaging,

Besluit:

HOOFDSTUK 1 – ALGEMENE BEPALINGEN

Artikel 1 – Definities

Naast de definities vermeld in artikel 3 van het decreet wordt voor de toepassing van dit besluit verstaan onder:

1° decreet: het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming;

2° Minister: de Minister van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap bevoegd voor Jeugdbijstand en Jeugdbescherming.

HOOFDSTUK 2 – PREVENTIE

Art. 2 – Coördinatie

Het departement coördineert geplande en lopende preventiemaatregelen. Daartoe kan het:

1° coördinatievergaderingen met betrokken actoren organiseren;

2° informatie over geplande of lopende preventiemaatregelen verzamelen;

3° de uitvoering van de preventiemaatregelen begeleiden;

4° de informatie-uitwisseling tussen de betrokken actoren bevorderen.

Art. 3 – Planning, uitvoering en evaluatie

Bij het plannen van preventiemaatregelen let het departement op de volgende kwaliteitskenmerken:

1° een beschrijving van de uitgangssituatie en van de preventiemaatregel;

2° een duidelijke omschrijving van het doel;

3° de consistentie van doel en methode;

4° het blijvende effect van de preventiemaatregel;

5° de evaluatiecriteria.

In het kader van bijzondere initiatieven kan het departement een natuurlijke persoon of rechtspersoon belasten met de planning en uitvoering van preventiemaatregelen.

Art. 4 – Financiering

§ 1 – Binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen kan de Regering preventiemaatregelen financieren, als ze tegemoetkomen aan een vastgestelde behoefte inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming.

De natuurlijke persoon of rechtspersoon die de preventiemaatregel uitvoert, dient een schriftelijke aanvraag in bij het departement om de financiering te ontvangen. Bij de aanvraag worden de volgende stukken en gegevens gevoegd:

1° identiteitsgegevens en contactgegevens van de aanvrager;

2° een bewijs van de noodzaak van de preventiemaatregel;

3° de kwaliteitskenmerken vermeld in artikel 3, eerste lid;

4° de duur van de preventiemaatregel;

5° een kostenraming en een financieringsplan.

§ 2 – Het departement controleert of de ingediende aanvraag tot financiering van de preventiemaatregel volledig is. Indien de aanvraag volledig is, bezorgt het departement de aanvrager een bevestiging. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt het departement de aanvrager om de ontbrekende gegevens.

Binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister.

Binnen dertig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het advies van het departement, beslist de Minister over de financiering van de preventiemaatregel.

De beslissing over de financiering van de preventiemaatregel wordt onmiddellijk overgezonden aan de aanvrager.

Uiterlijk dertig dagen na beëindiging van de preventiemaatregel dient de aanvrager een eindverslag in bij de Regering. Dat verslag bevat een kwaliteitsevaluatie op basis van de kwaliteitskenmerken vermeld in artikel 3, eerste lid, en een financiële balans.

HOOFDSTUK 3 – CONSENSUELE EN GERECHTELIJKE JEUGDBIJSTAND

Afdeling 1 – Consensuele jeugdbijstand

Art. 5 – Aanvragen

Aanvragen van natuurlijke personen of rechtspersonen zijn persoonlijk, schriftelijk en telefonisch mogelijk.

Als uit de aanvraag blijkt dat ze kan worden gedekt door een bestaand laagdrempelig hulpaanbod, verwijst het departement de aanvrager door naar de dienstverrichters die geschikte hulp kunnen bieden.

Als een informatieverstrekking toereikend en aangewezen is, dan gebeurt dat in de vorm van drie persoonlijke, schriftelijke of telefonische contactmomenten.

Art. 6 – Adviesverlening

Als een doorverwijzing of informatieverstrekking ontoereikend of niet aangewezen is, kan het departement een adviesverlening aanbieden aan de kinderen, jongvolwassenen of personen belast met hun opvoeding op wie de aanvraag betrekking heeft. Die omvat:

1° een analyse van de behoeften van de betrokken kinderen, jongvolwassenen of personen belast met hun opvoeding;

2° het zoeken naar en het activeren van eigen oplossingen, doelstellingen en ressources;

3° in voorkomend geval, het verder doorverwijzen naar dienstverrichters die geschikte hulp kunnen bieden.

De duur van de adviesverlening is beperkt tot hoogstens negentig dagen en kan eenmaal worden verlengd.

Art. 7 – Inhoud van de jeugdbijstandsovereenkomst

Naast de gegevens vermeld in artikel 30, § 1, van het decreet bevat de jeugdbijstandsovereenkomst de volgende gegevens:

1° naam, voornaam, geboortedatum en woonplaats van de kinderen op wie de jeugdbijstandsovereenkomst betrekking heeft;

2° naam, voornaam, geboortedatum en woonplaats van de personen belast met de opvoeding van de kinderen op wie de jeugdbijstandsovereenkomst betrekking heeft;

3° de gegevens van de aanbieders van jeugdbijstand en dienstverrichters die belast zijn met de uitvoering van de jeugdbijstandsmaatregel;

4° de nadere regels voor de evaluatie van de uitvoering van de jeugdbijstandsovereenkomst;

5° in voorkomend geval, de nadere regels voor de coördinatie vermeld in artikel 32 van het decreet;

6° de gegevens over de bijzondere onkosten en uitgaven van personen belast met de opvoeding vermeld in artikel 112 van het decreet en de financiële ondersteuning vermeld in artikel 114 van het decreet;

7° in voorkomend geval, de in artikel 49 vermelde nadere regels voor de financiering van de kosten voor het levensonderhoud.

Art. 8 – Ondertekening van de jeugdbijstandsovereenkomst

Het duidelijke gebrek aan belangstelling vermeld in artikel 30, § 2, tweede lid, 2°, van het decreet wordt vastgesteld door een of meer van de volgende elementen:

1° de persoon belast met de opvoeding had al een jaar geen persoonlijk contact meer met het kind, hoewel dat volgens de bevindingen van het departement mogelijk was geweest;

2° de persoon belast met de opvoeding oefent geen invloed uit op het leven van het kind;

3° de persoon belast met de opvoeding deelt zijn gebrek aan belangstelling schriftelijk mee aan het departement.

Art. 9 – Nadere regels voor de uitvoering van de coördinatie

Voor de uitvoering van de coördinatie vermeld in artikel 32 van het decreet kan het departement:

1° inlichtingen inwinnen over het werk van andere dienstverrichters die met het betrokken kind en de personen belast met zijn opvoeding werken;

2° een gemeenschappelijke doelstelling voor het kind en de personen belast met zijn opvoeding ontwikkelen;

3° de verdeling van de taken en verantwoordelijkheden van alle betrokken aanbieders van jeugdbijstand en dienstverrichters duidelijk omschrijven;

4° de naleving van de overeengekomen taken controleren.

Het kind met het nodige beoordelingsvermogen en de personen belast met zijn opvoeding worden ingelicht over de coördinatievergaderingen en de inhoud ervan. Zo nodig worden ze uitgenodigd op de coördinatievergaderingen.

Art. 10 – Nadere regels voor het verzoek om een verhelderingsgesprek

Het verzoek om een verhelderingsgesprek vermeld in artikel 34, eerste lid, van het decreet wordt bij het departement ingediend binnen vijf werkdagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de schriftelijke mededeling vermeld in artikel 34, eerste lid. De datum van de poststempel of van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Het departement zendt het verzoek om een verhelderingsgesprek onmiddellijk over aan de bemiddelaar vermeld in artikel 34, tweede lid, van het decreet.

Art. 11 – Nadere regels voor het verhelderingsgesprek

Het verhelderingsgesprek vindt plaats binnen tien werkdagen, te rekenen vanaf de dag dat de bemiddelaar het verzoek vermeld in artikel 10 heeft ontvangen.

De bemiddelaar nodigt het betrokken kind, de personen belast met zijn opvoeding en het departement uit voor het verhelderingsgesprek.

Binnen vijf werkdagen na beëindiging van het verhelderingsgesprek zendt de bemiddelaar een verslag over het resultaat van het verhelderingsgesprek aan de partijen.

Afdeling 2 – Gerechtelijke jeugdbijstand

Art. 12 – Inhoud van de overeenkomst

Naast de gegevens vermeld in artikel 40, § 2, derde lid, van het decreet bevat de overeenkomst de volgende gegevens:

1° naam, voornaam, geboortedatum en woonplaats van de kinderen op wie de overeenkomst betrekking heeft;

2° naam, voornaam, geboortedatum en woonplaats van de personen belast met de opvoeding van de kinderen op wie de overeenkomst betrekking heeft;

3° de gegevens van de aanbieders van jeugdbijstand en dienstverrichters die belast zijn met de uitvoering van de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregel;

4° het doel en de duur van de gerechtelijke jeugdbijstandsmaatregelen;

5° de nadere regels voor de evaluatie van de uitvoering van de overeenkomst;

6° in voorkomend geval, de nadere regels voor de coördinatie vermeld in artikel 40, § 2, eerste lid, van het decreet;

7° de gegevens over de kostenbijdrage vermeld in artikel 110 van het decreet;

8° de gegevens over de bijzondere onkosten en uitgaven van personen belast met de opvoeding vermeld in artikel 112 van het decreet en de financiële ondersteuning vermeld in artikel 114 van het decreet;

9° in voorkomend geval, de in artikel 49 vermelde nadere regels voor de financiering van de kosten voor het levensonderhoud.

Afdeling 3 – Verlenging van de begeleiding bij het bereiken van de meerderjarigheid

Art. 13 – Aanvraag tot verlenging

Het departement onderzoekt de overeenkomstig artikel 50, § 2, van het decreet ingediende aanvraag tot verlenging binnen een termijn van vijftien dagen, te rekenen vanaf de ontvangst ervan, met het oog op de doelstelling vermeld in artikel 50, § 1, tweede lid, van het decreet. Daartoe kan het departement de aanbieders van jeugdbijstand of jeugdbescherming of dienstverrichters die belast zijn met de uitvoering van de maatregel inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming vragen om hun standpunt te kennen te geven.

Binnen de termijn vermeld in het eerste lid stelt het departement op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister.

Binnen vijftien dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in het eerste lid beslist de Minister over de goedkeuring van de verlenging en de duur ervan of over de weigering van de verlenging.

De beslissing over de goedkeuring van de verlenging en de duur ervan of over de weigering van de verlenging wordt onmiddellijk overgezonden aan het kind of de jongere. Indien binnen de termijn vermeld in het derde lid geen beslissing wordt genomen, wordt de verlenging als goedgekeurd beschouwd.

De Minister kan door de jongvolwassene na te leven voorwaarden verbinden aan de goedkeuring van de verlenging.

Art. 14 – Hernieuwing van de verlenging

§ 1 – Uiterlijk een maand voordat de duur van de verlenging vermeld in artikel 13, derde lid, verstrijkt, wordt de schriftelijke aanvraag tot hernieuwing van de verlenging ingediend bij het departement.

Het departement onderzoekt de ingediende aanvraag overeenkomstig artikel 13, eerste lid.

Binnen vijftien dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de aanvraag tot hernieuwing van de verlenging, stelt het departement op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een positief advies.

Binnen vijftien dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in het derde lid beslist de Minister over de goedkeuring van de hernieuwing van de verlenging en de duur ervan of over de weigering van de hernieuwing van de verlenging.

De beslissing over de goedkeuring van de hernieuwing van de verlenging en de duur ervan of over de weigering van de hernieuwing van de verlenging wordt onmiddellijk overgezonden aan de jongvolwassene. Indien binnen de termijn vermeld in het vierde lid geen beslissing wordt genomen, wordt de hernieuwing van de verlenging als goedgekeurd beschouwd.

§ 2 – De Minister kan door de jongvolwassene na te leven voorwaarden verbinden aan de goedkeuring van de hernieuwing van de verlenging.

Art. 15 – Beëindiging van de verlenging

De vervroegde beëindiging van de verlenging door het departement geschiedt schriftelijk door middel van een met redenen omklede mededeling.

Het departement kan de verlenging beëindigen als de jongvolwassene de voorwaarden vermeld in artikel 13, vijfde lid, of artikel 14, § 2, niet naleeft of als de doelstelling vermeld in artikel 50, § 1, tweede lid, van het decreet, die aan de verlenging ten grondslag ligt, bereikt is.

De beëindiging van de verlenging heeft tot gevolg dat alle maatregelen inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming voor de jongvolwassene worden beëindigd.

HOOFDSTUK 4 – JEUGDBESCHERMING

Afdeling 1 – Behandeling van de zaak door het openbaar ministerie

Art. 16 – Overeenkomst tot uitvoering van bepaalde voorwaarden

Naast de gegevens vermeld in artikel 59, § 3, derde lid, van het decreet bevat de overeenkomst de volgende gegevens:

1° naam, voornaam, geboortedatum en woonplaats van de verdachte jongere op wie de voorwaarden betrekking hebben;

2° naam, voornaam, geboortedatum en woonplaats van de personen belast met de opvoeding van de verdachte jongere op wie de voorwaarden betrekking hebben;

3° de gegevens van de aanbieder van jeugdbescherming of dienstverrichter die meewerkt aan de organisatie en controle van de voorwaarden;

4° het doel en de uitvoeringstermijn van de voorwaarden vermeld in artikel 59, § 1, tweede lid, van het decreet;

5° de nadere regels voor de evaluatie en voor de controle van de naleving van de voorwaarden door de verdachte jongere;

6° de gegevens over de kostenbijdrage vermeld in artikel 110 van het decreet;

7° de gegevens over de bijzondere onkosten vermeld in artikel 112 van het decreet.

Afdeling 2 – Behandeling van de zaak door de jeugdrechter of de jeugdrechtbank

Art. 17 – Overeenkomst tot uitvoering en coördinatie van de jeugdbeschermingsmaatregelen

Naast de gegevens vermeld in artikel 66, § 2, derde lid, van het decreet bevat de overeenkomst de volgende gegevens:

1° naam, voornaam, geboortedatum en woonplaats van de jongere op wie de overeenkomst betrekking heeft;

2° naam, voornaam, geboortedatum en woonplaats van de personen belast met de opvoeding van de jongere op wie de overeenkomst betrekking heeft;

3° de gegevens van de aanbieders van jeugdbescherming en dienstverrichters die belast zijn met de uitvoering van de jeugdbijstandsmaatregel;

4° het doel en de duur van de jeugdbeschermingsmaatregelen;

5° de nadere regels voor de evaluatie van de uitvoering van de overeenkomst;

6° in voorkomend geval, de nadere regels voor de coördinatie vermeld in artikel 66, § 2, eerste lid, van het decreet;

7° de gegevens over de kostenbijdrage vermeld in artikel 110 van het decreet;

8° de gegevens over de bijzondere onkosten en uitgaven van de personen belast met de opvoeding vermeld in artikel 112 van het decreet;

9° in voorkomend geval, de in artikel 49 vermelde nadere regels voor de financiering van de kosten voor het levensonderhoud.

HOOFDSTUK 5 – ERKENNING EN SUBSIDIËRING

Afdeling 1 – Erkenning van aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming

Onderafdeling 1 – Erkenning

Art. 18 – Kwalificatievereisten

§ 1 – Voor het verkrijgen van de erkenning als aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming voldoet de rechtspersoon die in het Duitse taalgebied hoofdzakelijk werkzaam is op het gebied van jeugdbijstand of jeugdbescherming, aan de volgende kwalificatievereisten:

1° het hoofd van de rechtspersoon heeft minstens een bachelordiploma uit een sociale richting of een daarmee gelijkgesteld studiegetuigschrift en minstens drie jaar beroepservaring in de sociale sector;

2° minstens 60% van het personeel van de rechtspersoon dat belast is met de ambulante, semi-residentiële of residentiële behandeling, begeleiding of opvang heeft minstens een bachelordiploma uit een sociale richting of een daarmee gelijkgesteld studiegetuigschrift;

3° het overige personeel dat belast is met de ambulante, semi-residentiële of residentiële behandeling, begeleiding of opvang heeft minstens een getuigschrift van het hoger secundair onderwijs van het algemeen of technisch secundair onderwijs of een daarmee gelijkgesteld studiegetuigschrift.

In afwijking van het eerste lid, 2° en 3°, kan de Minister houders van andere kwalificaties toelaten, voor zover die een buitengewoon nuttige beroepservaring of een bijzondere opleiding voor de

betrokken functie hebben of voor zover er een bewezen tekort aan arbeidskrachten voor de vereiste kwalificatie is. De Minister beslist na een advies van het departement binnen zestig dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, wordt de aanvraag als goedgekeurd beschouwd.

§ 2 – Voor het verkrijgen van de erkenning als aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming heeft de natuurlijke persoon die in het Duitse taalgebied hoofdzakelijk werkzaam is op het gebied van jeugdbijstand of jeugdbescherming minstens een bachelordiploma uit een sociale richting of een daarmee gelijkgesteld studiegetuigschrift.

In afwijking van het eerste lid kan de Minister houders van andere kwalificaties toelaten, voor zover die een buitengewoon nuttige beroepservaring of een bijzondere opleiding voor de betrokken functie hebben of voor zover er een bewezen tekort aan arbeidskrachten voor de vereiste kwalificatie is. De Minister beslist na een advies van het departement binnen zestig dagen na ontvangst van de volledige schriftelijke aanvraag. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, wordt de aanvraag als goedgekeurd beschouwd.

Art. 19 – Infrastructuurvereisten

De infrastructuur van de rechtspersoon is van dien aard dat de vormen van jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen vermeld in de artikelen 9, 10 of 11 van het decreet kunnen worden uitgevoerd. Hiervoor wordt gegarandeerd dat de ruimten:

1° de bescherming van de persoonlijke levenssfeer van de kinderen, jongeren, jongvolwassenen en de personen belast met hun opvoeding waarborgen;

2° qua uitrusting aangepast zijn aan de leeftijd en de behoeften;

3° zich in een goede toestand bevinden en proper zijn;

4° een maximale veiligheid garanderen. Daartoe letten de rechtspersonen erop dat alle potentiële gevaren en risico's worden opgespoord. Ze nemen alle nodige maatregelen om een veilige omgeving te scheppen waarin risico's op ongevallen zoveel mogelijk verminderd worden.

Art. 20 – Erkenningsprocedure

§ 1 – Voor het verkrijgen van de erkenning als aanbieder van jeugdbijstand of jeugdbescherming dienen de natuurlijke personen of rechtspersonen een schriftelijke aanvraag in bij het departement.

§ 2 – Bij de aanvraag worden, naast de documenten vermeld in artikel 87, § 1, tweede lid, van het decreet, de beschrijving van de werkwijze gevoegd, die minstens de volgende inlichtingen omvat:

1° als het om rechtspersonen gaat: de organisatiestructuur;

2° de criteria voor het waarborgen van de kwaliteitsbewaking en kwaliteitsontwikkeling;

3° de missie, visie en doelstelling;

4° als het om rechtspersonen gaat: de functiebeschrijving van het personeel;

5° het profiel van de gebruiker;

6° de begeleidingscapaciteit;

7° de aanpak en methoden in het kader van de ambulante, semi-residentiële of residentiële behandeling, begeleiding of opvang;

8° een concept voor de bescherming tegen geweld, voor geschikte procedures voor zelfrepresentatie en participatie van de gebruikers en voor de behandeling van klachten;

9° hoe te werk wordt gegaan in de samenwerking met de opdrachtgevers en andere dienstverrichters en actoren;

10° een concept voor de implementatie van de deontologische vereisten;

11° de nadere regels voor de financiering.

§ 3 – De aanvraag wordt per post of elektronisch ingediend. De datum van de poststempel of van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

§ 4 – Het departement onderzoekt of de ingediende aanvraag om erkenning volledig is en onderzoekt de bijgevoegde stukken en gegevens. Indien de aanvraag volledig is, bezorgt het departement de aanvrager binnen dertig dagen een bevestiging. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt het departement de aanvrager om de ontbrekende gegevens of ontbrekende stukken.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een positief advies.

Binnen dertig dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in het tweede lid beslist de Minister of de erkenning wordt geweigerd of wordt toegekend. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als toegekend.

De beslissing over de toekenning of weigering van de erkenning wordt onmiddellijk aan de aanbieder van jeugdbijstand of jeugdbescherming bezorgd.

Art. 21 – Procedure om de erkenning te wijzigen

Als overeenkomstig artikel 87, § 3, 2°, van het decreet vastgesteld wordt dat de in de erkenning vermelde gegevens niet meer kloppen of als de in de erkende vermelde gegevens om andere redenen moeten worden gewijzigd, dient de aanbieder van jeugdbijstand of jeugdbescherming een nieuwe aanvraag om erkenning in bij het departement om de erkenning te wijzigen.

De aanvraag bevat de stukken en gegevens vermeld in artikel 87, § 1, tweede lid, van het decreet en in artikel 20, § 2, voor zover die verschillen van de stukken en gegevens in de oorspronkelijke aanvraag.

De aanvraag wordt per post of elektronisch ingediend. Het departement bevestigt de ontvangst van de aanvraag binnen dertig dagen. De datum van de poststempel of van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Het departement onderzoekt of een wijziging van de erkenning gerechtvaardigd is en bezorgt de Minister een advies binnen zestig dagen na ontvangst van de aanvraag. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een positief advies.

Binnen dertig dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in het vierde lid beslist de Minister of de wijziging wordt goedgekeurd of wordt geweigerd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, wordt de wijziging als goedgekeurd beschouwd.

De beslissing over de goedkeuring of weigering van de wijziging wordt onmiddellijk aan de aanbieder van jeugdbijstand of jeugdbescherming bezorgd.

Het departement legt elke goedkeuring of weigering van de wijziging, alsook de motivering en de duur ervan, schriftelijk vast.

Art. 22 – Procedure om de erkenning te hernieuwen

Om de erkenning te hernieuwen, dient de aanbieder van jeugdbijstand of jeugdbescherming een

nieuwe aanvraag om erkenning in bij het departement en dit uiterlijk drie maanden voordat de erkenning afloopt.

De aanvraag bevat:

1° de stukken en gegevens vermeld in artikel 87, § 1, tweede lid, van het decreet en in artikel 20, § 2, voor zover die verschillen van de stukken en gegevens in de oorspronkelijke aanvraag;

2° stukken waaruit blijkt dat nog steeds wordt voldaan aan de verplichtingen vermeld in artikel 89 van het decreet en in artikel 25.

De paragrafen 3 en 4 van artikel 20 gelden mutatis mutandis.

Art. 23 – Procedure voor de gelijkstelling van de erkenning

Om de erkenning tot vestiging van de dienst in het Duitse taalgebied gelijkwaardig te verklaren, dienen de aanvragers vermeld in artikel 88, § 1, eerste lid, van het decreet een schriftelijke aanvraag in bij de Regering. Die bevat de volgende stukken en gegevens:

1° de erkenning die is afgegeven door een overheid van een andere Gemeenschap, een andere lidstaat van de Europese Unie of een land dat is toegetreden tot een met de Europese Unie gesloten associatieovereenkomst;

2° de naar het Duits vertaalde erkenning;

3° de naar het Duits vertaalde rechtsbepalingen die ten grondslag liggen aan de erkenning;

4° de gegevens van de overheid die de erkenning heeft afgegeven;

5° de beschrijving van de werkwijze vermeld in artikel 20, § 2.

Het departement controleert of de ingediende aanvraag tot gelijkstelling van de erkenning volledig is. Indien de aanvraag volledig is, bezorgt het departement de aanvrager een bevestiging. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt het departement de aanvrager om de ontbrekende stukken of ontbrekende gegevens.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een positief advies.

Binnen dertig dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in het derde lid beslist de Minister of de gelijkstelling van de erkenning wordt geweigerd of wordt toegekend. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de erkenning als gelijkgesteld.

De beslissing over de gelijkstelling van de erkenning of tot weigering van de gelijkstelling van de erkenning wordt onmiddellijk aan de aanvrager bezorgd.

Als vertalingen noodzakelijk zijn, worden de kosten die daardoor ontstaan, door de aanvrager gedragen.

Art. 24 – Mogelijkheid om beroep in te stellen

De aanbieder van jeugdbijstand of jeugdbescherming kan beroep instellen bij de Regering in geval van weigering van de erkenning, weigering van de wijziging van de erkenning of weigering van de gelijkstelling van de erkenning. Het beroep is niet opschortend.

De aanbieder van jeugdbijstand of jeugdbescherming zendt het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, aangetekend of tegen ontvangstbewijs aan de Regering en dit binnen 21 dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de in artikel 20, § 4, vierde lid,

vermelde beslissing waarbij de erkenning geweigerd wordt, de in artikel 21, zesde lid, vermelde beslissing waarbij de wijziging van de erkenning geweigerd wordt of de in artikel 23, vijfde lid, vermelde beslissing waarbij de gelijkstelling van de erkenning geweigerd wordt.

De Regering licht het departement over het beroep in. Het departement bezorgt de Regering, binnen een door haar gestelde termijn, een standpunt.

De Regering beslist binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, over de toekenning van de erkenning, de goedkeuring van de wijziging van de erkenning of de gelijkstelling van de erkenning.

Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing wordt genomen, wordt de beslissing waartegen beroep is ingesteld, als bevestigd beschouwd.

Art. 25 – Verplichtingen voor het behoud van de erkenning

Voor het behoud van de erkenning vermeld in artikel 89, eerste lid, van het decreet komen de erkende aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming minstens de volgende verdere verplichtingen na:

1° ze vervullen hun taken en verstrekken hun diensten met respect voor de personen en hun privé- en gezinsleven en zonder te discrimineren;

2° ze houden zich aan de in de artikelen 9, 10 en 11 van het decreet vermelde doelstellingen van de jeugdbijstandsmaatregelen en jeugdbeschermingsmaatregelen waarvoor ze de erkenning gekregen hebben;

3° ze houden voor elke gebruiker een individueel dossier bij;

4° ze stellen het departement in kennis van elke gebeurtenis die uitwerkingen zou kunnen hebben op de uitoefening van hun taken en verstrekking van hun diensten of die de integriteit van de kinderen en jongeren zou kunnen schenden;

5° ze doen een beroep op externe adviesverlening als een individuele situatie dat vereist.

Art. 26 – Activiteitenverslag

Het verslag over de uitvoering van hun taken in het voorgaande jaar, vermeld in artikel 89, eerste lid, 4°, van het decreet, kan schriftelijk aan het departement worden bezorgd of kan in het kader van een dialoog met het departement mondeling worden uitgebracht.

Het verslag bevat minstens de volgende gegevens:

1° de behandelingen, begeleidingen of opvang, uitgedrukt in getallen;

2° een beschrijving van de projecten en onderwerpen waaraan het afgelopen jaar is gewerkt;

3° een algemene analyse van de efficiëntie van de behandelingen, begeleidingen of opvang en de daaruit voortvloeiende uitdagingen.

Art. 27 – Inspectiebijeenkomsten

In het kader van de inspectiebijeenkomsten vermeld in artikel 89, eerste lid, 5°, van het decreet onderzoekt het departement of nog altijd wordt voldaan aan de erkenningsvoorwaarden vermeld in artikel 86 van het decreet, de verdere verplichtingen vermeld in artikel 89, eerste lid, van het decreet en de verplichtingen vermeld in artikel 25.

De erkende aanbieders van jeugdbijstand of jeugdbescherming bezorgen het departement op verzoek alle nodige inlichtingen en documenten die voor het onderzoek noodzakelijk zijn.

De inspectiebijeenkomsten vinden plaats in de vorm van een kwaliteitsdialoog tussen het departement en de erkende aanbieder van jeugdbijstand of jeugdbescherming.

Het departement kan zo nodig externe deskundigen betrekken bij de inspectiebijeenkomsten.

Onderafdeling 2 – Schorsing en intrekking van de erkenning

Art. 28 – Schorsing van de erkenning

§ 1 – Indien de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming de verplichtingen vervat in het decreet of in dit besluit niet nakomt, maant het departement hem aan om die verplichtingen binnen dertig dagen na te komen.

Op gemotiveerd verzoek kan de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming, uiterlijk tien dagen voor het verstrijken van de in het eerste lid gestelde termijn, het departement vragen om de termijn eenmaal met hoogstens dertig dagen te verlengen.

De Minister wordt door het departement op de hoogte gesteld van de niet-naleving.

§ 2 – Indien de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming na de aanmaning vermeld in § 1, eerste lid, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, schorst de Minister de erkenning op basis van een advies van het departement.

Vóór de schorsing deelt de Minister zijn voornemen aangetekend mee aan de betrokken aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming. Deze kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na het verzenden van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt geschorst en voor hoelang.

De beslissing over de schorsing van de erkenning wordt onmiddellijk aan de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming bezorgd.

§ 3 – Aan de personen die al een beroep deden op de behandeling, begeleiding of opvang voordat de beslissing tot schorsing van de erkenning ter kennis werd gebracht, deelt de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming zo snel mogelijk schriftelijk mee waarom de erkenning wordt geschorst en hij bewijst het departement dat hij dit heeft meegedeeld.

§ 4 – Overeenkomstig artikel 90, § 3, van het decreet biedt de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming tijdens de duur van de schorsing van de erkenning geen nieuwe diensten meer aan.

Tijdens de duur van de schorsing van de erkenning worden geen subsidies meer uitbetaald aan de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming.

§ 5 – Indien de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming de verplichtingen nakomt, maakt de Minister een einde aan de schorsing van de erkenning en kunnen de tussentijds niet uitbetaalde subsidies met terugwerkende kracht uitbetaald worden.

§ 6 – Als de erkenning wordt geschorst, kan de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming beroep instellen bij de Regering. Het beroep is niet opschortend.

De aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming zendt het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, aangetekend of tegen ontvangstbewijs aan de Regering en dit binnen 21 dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de in § 2, vierde lid, vermelde beslissing waarbij de erkenning wordt geschorst.

De Regering licht het departement over het beroep in. Het departement bezorgt de Regering, binnen een door haar gestelde termijn, een standpunt.

De Regering beslist binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, over het behoud of de beëindiging van de schorsing van de erkenning.

Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing wordt genomen, wordt de beslissing waartegen beroep is ingesteld, als bevestigd beschouwd.

Art. 29 – Intrekking van de erkenning

§ 1 – Indien de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming na het verstrijken van de duur van de schorsing van de erkenning vermeld in artikel 28, § 2, derde lid, zijn verplichtingen nog altijd niet nakomt, trekt de Minister zijn erkenning in op basis van een advies van het departement.

Vóór de intrekking van de erkenning deelt de Minister zijn voornemen aangetekend mee aan de betrokken aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming. Deze kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na het verzenden van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt ingetrokken.

De beslissing over de intrekking van de erkenning wordt onmiddellijk aan de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming bezorgd.

§ 2 – Aan de personen die al een beroep deden op de behandeling, begeleiding of opvang voordat de intrekkingsprocedure werd ingesteld, deelt de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming zo snel mogelijk schriftelijk mee waarom de intrekkingsprocedure werd ingesteld en hij bewijst het departement dat hij dit heeft meegedeeld.

§ 3 – Met de intrekking van de erkenning wordt de subsidiëring door de Duitstalige Gemeenschap stopgezet.

§ 4 – Als de erkenning wordt ingetrokken, kan de aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming beroep instellen bij de Regering. Het beroep is niet opschortend.

De aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming zendt het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, aangetekend of tegen ontvangstbewijs aan de Regering en dit binnen 21 dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de in § 1, vierde lid, vermelde beslissing waarbij de erkenning wordt ingetrokken.

De Regering licht het departement over het beroep in. Het departement bezorgt de Regering, binnen een door haar gestelde termijn, een standpunt.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, beslist de Regering of de

erkenning wordt ingetrokken.

Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing wordt genomen, wordt de beslissing waartegen beroep is ingesteld, als bevestigd beschouwd.

Art. 30 – Beëindiging van de dienstverlening

De aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming deelt elke vrijwillige tijdelijke of definitieve stopzetting van zijn dienstverlening die niet aan een intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 29 te wijten is, schriftelijk mee aan het departement. Een uitzondering daarop vormen vakantieperioden en feestdagen.

De aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming deelt zijn voornemen minstens drie maanden voor de geplande tijdelijke stopzetting en zes maanden voor de geplande definitieve stopzetting schriftelijk mee aan de Minister.

De definitieve stopzetting heeft tot gevolg dat de erkenning van rechtswege wordt ingetrokken en dat de eventuele subsidiëring door de Duitstalige Gemeenschap wordt beëindigd.

De aanbieder van jeugdbijstand en jeugdbescherming waarvan de erkenning ingetrokken werd of afgelopen is of de aanbieder die zijn dienstverlening tijdelijk stopzet, neemt in overleg met het departement alle passende maatregelen om in het belang van de betrokkenen de continuïteit van de behandeling, begeleiding of opvang te waarborgen en draagt alle dossiers die in zijn bezit zijn, onmiddellijk over aan het departement.

Afdeling 2 – Erkenning van pleeggezinnen

Onderafdeling 1 – Erkenning

Art. 31 – Erkenningsprocedure

Voor het verkrijgen van de erkenning als pleeggezin voltooien de natuurlijke personen vermeld in artikel 93 van het decreet de voorbereiding op de pleegzorg.

Als de voorbereiding op de pleegzorg overeenkomstig artikel 42, § 4, derde lid, als voltooid wordt beschouwd, kent de Minister de erkenning toe binnen dertig dagen na ontvangst van de in artikel 42, § 4, vijfde lid, vermelde mededeling dat de pleeggezinkandidaten de voorbereiding op de pleegzorg hebben voltooid.

Als de voorbereiding op de pleegzorg overeenkomstig artikel 42, § 4, vierde lid, als niet-voltooid wordt beschouwd, weigert de Minister de erkenning binnen dertig dagen na ontvangst van de in artikel 42, § 4, vijfde lid, vermelde mededeling dat de pleeggezinkandidaten de voorbereiding op de pleegzorg niet hebben voltooid.

De beslissing over de erkenning of weigering van de erkenning wordt onmiddellijk aan de pleeggezinkandidaten bezorgd.

Art. 32 – Procedure om de erkenning te wijzigen

Als de in de erkenning vermelde gegevens niet meer kloppen of als de in de erkenning vermelde gegevens om andere redenen moeten worden gewijzigd, dient het pleeggezin een aanvraag tot wijziging van de erkenning in bij het departement.

De aanvraag bevat de stukken en gegevens die de wijziging van de erkenning rechtvaardigen.

De aanvraag wordt per post of elektronisch ingediend. Het departement bevestigt de ontvangst van de aanvraag binnen dertig dagen. De datum van de poststempel of van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Het departement onderzoekt of een wijziging van de erkenning gerechtvaardigd is en bezorgt de Minister een advies binnen zestig dagen na ontvangst van de aanvraag. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een positief advies.

Binnen dertig dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in het vierde lid beslist de Minister of de wijziging wordt goedgekeurd of wordt geweigerd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, wordt de wijziging als goedgekeurd beschouwd.

De beslissing over de goedkeuring of weigering van de wijziging wordt onmiddellijk aan het pleeggezin bezorgd.

Het departement legt elke goedkeuring of weigering van de wijziging, alsook de motivering en de duur ervan, schriftelijk vast.

Art. 33 – Procedure om de erkenning te hernieuwen

Om de erkenning te hernieuwen, dient het pleeggezin een aanvraag tot hernieuwing van de erkenning in bij het departement en dit uiterlijk één maand voordat de erkenning afloopt.

De aanvraag wordt per post of elektronisch ingediend. De datum van de poststempel of van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

De aanvraag gaat vergezeld van stukken waaruit blijkt dat nog steeds wordt voldaan aan de voorwaarden vermeld in artikel 93 van het decreet en aan de verplichtingen vermeld in in artikel 95 van het decreet.

Het departement onderzoekt of de ingediende aanvraag tot hernieuwing van de erkenning volledig is en onderzoekt de bijgevoegde stukken. Indien de aanvraag volledig is, bezorgt het departement een bevestiging aan het pleeggezin. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt het departement het pleeggezin om de ontbrekende stukken of ontbrekende gegevens.

Binnen vijftien dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een positief advies.

Binnen vijftien dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in het vijfde lid beslist de Minister of de erkenning al dan niet wordt hernieuwd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, wordt de erkenning als hernieuwd beschouwd.

De beslissing over de hernieuwing of weigering van de hernieuwing van de erkenning wordt onmiddellijk aan het pleeggezin bezorgd.

Art. 34 – Mogelijkheid om beroep in te stellen

De pleeggezinkandidaten of pleeggezinnen kunnen beroep instellen bij de Regering in geval van weigering van de erkenning, weigering van de wijziging van de erkenning of weigering van de hernieuwing van de erkenning. Het beroep is niet opschortend.

De pleeggezinkandidaten of pleeggezinnen zenden het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, aangetekend of tegen ontvangstbewijs aan de Regering en dit binnen 21 dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de in artikel 31, vierde lid, vermelde beslissing waarbij de erkenning geweigerd wordt, de in artikel 32, zesde lid, vermelde beslissing waarbij de wijziging van de erkenning geweigerd wordt of de in artikel 33, zevende lid, vermelde beslissing waarbij de hernieuwing van de erkenning geweigerd wordt.

De Regering licht het departement over het beroep in. Het departement bezorgt de Regering, binnen een door haar gestelde termijn, een standpunt.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, beslist de Regering over de toekenning van de erkenning, de goedkeuring van de wijziging van de erkenning of de hernieuwing van de erkenning.

Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing wordt genomen, wordt de beslissing waartegen beroep is ingesteld, als bevestigd beschouwd.

Art. 35 – Verplichtingen voor het behoud van de erkenning

Voor het behoud van de erkenning vermeld in artikel 95, tweede lid, van het decreet verplichten de pleeggezinnen zich ertoe het departement in kennis te stellen van elke gebeurtenis die uitwerkingen zou kunnen hebben op de opvang of die de integriteit van de kinderen en jongeren zou kunnen schenden.

Onderafdeling 2 – Schorsing en intrekking van de erkenning

Art. 36 – Schorsing van de erkenning

§ 1 – Indien het pleeggezin de verplichtingen vervat in het decreet of in dit besluit niet nakomt, maant het departement het pleeggezin aan om die verplichtingen binnen dertig dagen na te komen.

Op gemotiveerd verzoek kan het pleeggezin, uiterlijk tien dagen voor het verstrijken van de in het eerste lid gestelde termijn, het departement vragen om de termijn eenmaal met hoogstens dertig dagen te verlengen.

De Minister wordt door het departement op de hoogte gesteld van de niet-naleving.

§ 2 – Indien het pleeggezin na de aanmaning vermeld in § 1, eerste lid, de verplichtingen nog altijd niet nakomt, schorst de Minister de erkenning op basis van een advies van het departement.

Vóór de schorsing deelt de Minister zijn voornemen aangetekend mee aan het betrokken pleeggezin. Dat kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na het verzenden van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt geschorst en voor hoelang.

De beslissing over de schorsing van de erkenning wordt onmiddellijk aan het pleeggezin bezorgd.

§ 3 – Tijdens de duur van de schorsing van de erkenning:
1° wordt geen pleegzorgvergoeding meer uitbetaald aan het pleeggezin voor zijn dienstverlening;
2° mag het pleeggezin geen nieuwe pleegkinderen opvangen.

§ 4 – Indien het pleeggezin de verplichtingen nakomt, maakt de Minister een einde aan de schorsing van de erkenning en kan de tussentijds niet uitbetaalde pleegzorgvergoeding terugwerkend uitbetaald worden.

§ 5 – Als de erkenning wordt geschorst, kan het pleeggezin beroep instellen bij de Regering. Het beroep is niet opschortend.

Het pleeggezin zendt het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, aangetekend of tegen ontvangstbewijs aan de Regering en dit binnen 21 dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de in § 2, vierde lid, vermelde beslissing waarbij de erkenning wordt geschorst.

De Regering licht het departement over het beroep in. Het departement bezorgt de Regering, binnen een door haar gestelde termijn, een standpunt.

De Regering beslist binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, over het behoud of de beëindiging de erkenning. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing wordt genomen, wordt de beslissing waartegen beroep is ingesteld, als bevestigd beschouwd.

Art. 37 – Intrekking van de erkenning

§ 1 – Indien het pleeggezin na het verstrijken van de schorsing van de erkenning vermeld in artikel 36, § 2, derde lid, zijn verplichtingen nog altijd niet nakomt, trekt de Minister zijn erkenning in op basis van een advies van het departement.

Vóór de intrekking van de erkenning deelt de Minister zijn voornemen aangetekend mee aan het betrokken pleeggezin. Dat kan binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na het verzenden van dat voornemen, bij de Minister een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving. De datum van de poststempel of van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Binnen dertig dagen nadat betrokkene is gehoord, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de erkenning wordt ingetrokken.

De beslissing tot intrekking van de erkenning wordt onmiddellijk aan het pleeggezin bezorgd.

§ 2 – Met de intrekking van de erkenning wordt de uitbetaling van de pleegzorgvergoeding door de Duitstalige Gemeenschap stopgezet.

§ 3 – Als de erkenning wordt ingetrokken, kan het pleeggezin beroep instellen bij de Regering. Het beroep is niet opschortend.

Het pleeggezin zendt het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, aangetekend of tegen ontvangstbewijs aan de Regering en dit binnen 21 dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de in § 1, vierde lid, vermelde beslissing waarbij de erkenning wordt ingetrokken.

De Regering licht het departement over het beroep in. Het departement bezorgt de Regering, binnen een door haar gestelde termijn, een standpunt.

De Regering beslist binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep, of de erkenning wordt ingetrokken.

Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing wordt genomen, wordt de beslissing waartegen beroep is ingesteld, als bevestigd beschouwd.

Art. 38 – Beëindiging van de pleegzorg

Het pleeggezin deelt elke vrijwillige tijdelijke of definitieve stopzetting van zijn dienstverlening die niet aan een intrekking van de erkenning overeenkomstig artikel 37 te wijten is, schriftelijk mee aan het departement.

Het voornemen van het pleeggezin wordt onmiddellijk meegedeeld aan de Minister.

De definitieve stopzetting heeft tot gevolg dat de erkenning van rechtswege wordt ingetrokken en dat de eventuele uitbetaling van de pleegzorgvergoeding door de Duitstalige Gemeenschap wordt beëindigd.

Het pleeggezin waarvan de erkenning ingetrokken werd of afgelopen is of het pleeggezin dat zijn dienstverlening tijdelijk stopzet, neemt in overleg met het departement alle passende maatregelen om de toekomstige opvang in het belang van de betrokken kinderen, jongeren of jongvolwassenen te waarborgen.

Onderafdeling 3 – Voorbereiding op de pleegzorg

Art. 39 – Vragenlijst

De Minister stelt de vragenlijst vermeld in artikel 101 van het decreet ter beschikking; via die vragenlijst worden de volgende gegevens en stukken opgevraagd met betrekking tot de pleeggezinkandidaten:

1° naam, voornaam, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, burgerlijke staat, gezinssamenstelling;
2° moedertaal en inlichtingen over kennis van andere talen;
3° inlichtingen over godsdienstige of levensbeschouwelijke overtuiging;
4° woonplaats en overzicht van vroegere woonplaatsen;
5° telefoonnummer en e-mailadres;
6° informatie over de gezinssituatie en over de sociale omgeving;
7° informatie over de woonsituatie;
8° einddiploma, opleiding en studiegetuigschriften;
9° informatie over de beroepssituatie en de financiële situatie;
10° interesses, hobby's, verenigingsleven;
11° informatie over de gezondheidstoestand en de psychologische en lichamelijke ontwikkeling;
12° informatie over het gezinsverleden;
13° motivatie en beweegredenen om aan pleegzorg te doen, alsook inzicht in de pleegzorg;
14° informatie over de pleegzorgvorm.

Art. 40 – Inschrijvingsdocumenten

Om zich te kunnen laten inschrijven voor de voorbereiding op de pleegzorg leggen de pleeggezinkandidaten de volgende documenten voor aan het departement:

1° de ingevulde vragenlijst vermeld in artikel 39;

2° een afschrift van de gezinssamenstelling dat niet ouder is dan drie maanden;

3° de in artikel 93, 1° en 4°, van het decreet bedoelde uittreksels uit het strafregister overeenkomstig artikel 596, tweede lid, van het Wetboek van Strafvordering die niet ouder zijn dan drie maanden;

4° een foto van de pleeggezinkandidaten;

5° met toepassing van artikel 93, 5°, van het decreet, een medisch attest dat niet ouder is dan drie maanden en waaruit blijkt dat de leden van het pleeggezin die tot het gezin behoren, vrij zijn van verslavingsproblemen of aandoeningen die de integriteit van het kind of de jongere ernstig in gevaar kunnen brengen.

Art. 41 – Standpunt van het departement

Als natuurlijke personen aan pleegzorg willen doen voor een verwant of vertrouwd kind of een verwante of vertrouwde jongere, maar niet voldoen aan de erkenningsvoorwaarden vermeld in artikel 93 van het decreet, stelt het departement, binnen dertig dagen na ontvangst van de documenten vermeld in artikel 40, een standpunt op over de deelname van de pleeggezinkandidaten aan de voorbereiding op de pleegzorg en bezorgt het dat standpunt aan de Minister. Indien binnen die termijn geen standpunt wordt verstrekt, wordt dit als een positief standpunt beschouwd.

Het departement onderzoekt op basis van zijn bevindingen of de niet-naleving van de erkenningsvoorwaarden de integriteit van het kind of de jongere in gevaar zou kunnen brengen.

Daartoe kan het departement een of meer bijeenkomsten met de pleeggezinkandidaten en het kind of de jongere organiseren.

Binnen vijftien dagen na ontvangst van het standpunt van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in het eerste lid beslist de Minister of de deelname aan de voorbereiding op de pleegzorg al dan niet wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, wordt de deelname als goedgekeurd beschouwd.

De beslissing over de goedkeuring of weigering van de deelname aan de voorbereiding op de pleegzorg wordt onmiddellijk aan de pleeggezinkandidaten bezorgd.

Art. 42 – Inhoud, nadere regels en duur van de voorbereiding op de pleegzorg

§ 1 – De voorbereiding op de pleegzorg vermeld in artikel 103 van het decreet omvat:

1° minstens een persoonlijk voorbereidingsgesprek met het departement;

2° een voorbereidingsseminar;

3° minstens een persoonlijk afsluitend gesprek met het departement.

§ 2 – Binnen vier maanden na ontvangst van de documenten vermeld in artikel 40 voert het departement minstens één persoonlijk voorbereidingsgesprek met de pleeggezinkandidaten dat bij hen thuis plaatsvindt. Als het departement dit noodzakelijk acht, kunnen aanvullende gesprekken gevoerd worden.

Bij die gesprekken onderzoekt het departement, samen met de pleeggezinkandidaten, hun pleegzorgproject.

§ 3 – Het voorbereidingsseminar vermeld in § 1, 2°, heeft het volgende tot doel:

1° de pleegzorgkandidaten inlichten over de juridische en contextuele aspecten van de pleegzorg;

2° de pleegzorgkandidaten bewustmaken van de psychologische, familiale en tussenmenselijke uitdagingen waarmee pleegzorg gepaard gaat;

3° nadenken over de beweegredenen waarom de pleegzorgkandidaten overwegen om aan pleegzorg te doen.

In het kader van het voorbereidingsseminar voert het departement minstens één persoonlijk gesprek om een sociaal-psychologische inschatting van de pleeggezinkandidaten te maken en in aansluiting daarop stelt het een schriftelijk sociaal-psychologisch standpunt op.

Het sociaal-psychologisch standpunt bevat de volgende gegevens over de pleeggezinkandidaten:

1° naam, voornaam, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, burgerlijke staat, gezinssamenstelling;

2° informatie over de gezinssituatie en over de sociale omgeving;

3° informatie over de psychologische ontwikkeling;

4° informatie over het gezinsverleden;

5° informatie over de sociaal-psychologische bekwaamheden en belangen;

6° motivatie en beweegredenen om aan pleegzorg te doen, alsook inzicht in de pleegzorg.

§ 4 – Binnen vier maanden na voltooiing van het voorbereidingsseminar voert het departement minstens één persoonlijk afsluitend gesprek met de pleeggezinkandidaten. Als het departement dit noodzakelijk acht, kunnen aanvullende gesprekken gevoerd worden.

Bij die gesprekken deelt het departement de pleeggezinkandidaten zijn bevindingen uit het voorbereidingsseminar mee, alsook de daaruit voortvloeiende positieve of negatieve inschatting van de geschiktheid om aan pleegzorg te doen.

Bij een positieve inschatting van de geschiktheid wordt de voorbereiding op de pleegzorg als voltooid beschouwd.

Bij een negatieve inschatting van de geschiktheid wordt de voorbereiding op de pleegzorg als niet-voltooid beschouwd.

Het departement deelt de Minister mee of de voorbereiding op de pleegzorg voltooid of niet-voltooid is.

§ 5 – De duur van de voorbereiding op de pleegzorg bedraagt minstens 20 uur.

Art. 43 – Gelijkstelling van een voorbereiding

Overeenkomstig artikel 104 van het decreet kan een andere voorbereiding op de pleegzorg of de voorbereiding op een andere vorm van opvang van kinderen geheel of gedeeltelijk gelijkgesteld worden met de voorbereiding op de pleegzorg die door het departement wordt aangeboden, voor zover ze leidt tot bewustwording van de psychologische, familiale en tussenmenselijke uitdagingen waarmee de opvang van een kind gepaard gaat.

Voor de gelijkstelling van een voorbereiding dienen de pleeggezinkandidaten een schriftelijke aanvraag in bij het departement. Die bevat de volgende stukken en gegevens:

1° de documenten vermeld in artikel 40;

2° gegevens over de organisator van de voorbereiding;

3° een afschrift van het deelnemingsattest;

4° informatie over de inhoud van de voorbereiding.

Het departement onderzoekt of de ingediende aanvraag tot gelijkstelling volledig is en de voorwaarde vermeld in het eerste lid vervuld is. Indien de aanvraag volledig is, bezorgt het departement een bevestiging aan de pleeggezinkandidaten. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt het departement de pleeggezinkandidaten om de ontbrekende gegevens of ontbrekende stukken.

Binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het departement op basis van zijn bevindingen een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een positief advies.

Binnen dertig dagen na ontvangst van het advies van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in het vierde lid beslist de Minister over de gelijkstelling van de voorbereiding. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, wordt de voorbereiding als volledig gelijkgesteld beschouwd.

De beslissing over de volledige of gedeeltelijke gelijkstelling van de voorbereiding of tot weigering van de gelijkstelling van de voorbereiding wordt onmiddellijk aan de aanvrager bezorgd.

In geval van een gedeeltelijke gelijkstelling van de voorbereiding deelt het departement aan de pleeggezinkandidaten mee welke onderdelen van de voorbereiding op de pleegzorg ze nog moeten doorlopen.

Afdeling 3 – Overeenkomst

Art. 44 – Kader en inhoud

Naast de gegevens vermeld in artikel 105, § 1, eerste lid, van het decreet bevat de overeenkomst tussen de Regering en de erkende aanbieders van jeugdbijstand of jeugdbescherming minstens de volgende verdere gegevens:

1° de gebruikers van de dienstverlening;
2° de personeelsformatie;
3° de begeleidingscapaciteit;
4° de kwalitatieve en kwantitatieve voorschriften voor de uitvoering van de dienstverlening;
5° de boekhoudkundige voorschriften;
6° de voorschriften voor de evaluatie van de uitvoering van de overeenkomst;
7° de voorschriften inzake gegevensbescherming;
8° de gevolgen van niet-naleving van de overeenkomst;
9° de duur van de overeenkomst.

Art. 45 – Kader en inhoud

Naast de gegevens vermeld in artikel 105, § 2, eerste lid, van het decreet bevat de overeenkomst tussen de Regering en de erkende aanbieders van jeugdbijstand of jeugdbescherming of dienstverrichters minstens de volgende verdere gegevens:

1° de taakomschrijving;
2° de gebruikers van de dienstverlening;
3° de personeelsformatie;
4° de kwalitatieve en kwantitatieve voorschriften voor de uitvoering van de dienstverlening;
5° het bedrag van de kostenovername;
6° de voorschriften voor de evaluatie van de uitvoering van de overeenkomst;
7° de voorschriften inzake gegevensbescherming;
8° de gevolgen van niet-naleving van de overeenkomst;
9° de duur van de overeenkomst.

HOOFDSTUK 6 – FINANCIËLE BEPALINGEN

Afdeling 1 – Subsidiëring, overname van kosten en pleegzorgvergoeding

Art. 46 – Subsidiëringsvoorwaarden en voorwaarden voor de overname van kosten

Voor het verkrijgen van de subsidie vermeld in artikel 107, eerste lid, van het decreet en voor de overname van de kosten vermeld in artikel 107, tweede lid, van het decreet moet de erkende aanbieder van jeugdbijstand of jeugdbescherming of de dienstverrichter ervoor zorgen dat zijn dienstverlening passend, toereikend, doeltreffend en doelmatig zijn. De subsidiëring en de overname van kosten moeten prestatiegerelateerd zijn.

Art. 47 – Pleegzorgvergoeding

§ 1 – Indien een pleeggezin een kind, jongere of jongvolwassene of gelijktijdig hoogstens twee kinderen, jongeren of jongvolwassenen opvangt, ontvangt het pleeggezin, afhankelijk van de vorm van pleegzorg en de leeftijd van de opgevangen kinderen, jongeren of jongvolwassenen, een pleegzorgvergoeding overeenkomstig de volgende tabel:

	Vorm van pleegzorg		
Leeftijd	**Langdurige pleegzorg**	**Crisispleegzorg**	**Ondersteunende pleegzorg**
0 tot 5 jaar	23,65 euro	35,65 euro	29,73 euro
6 tot 11 jaar	24,83 euro	35,65 euro	29,73 euro
Vanaf 12 jaar	26,01 euro	35,65 euro	29,73 euro

§ 2 – Indien een pleeggezin gelijktijdig drie of meer kinderen, jongeren of jongvolwassenen opvangt, ontvangt het pleeggezin, afhankelijk van de vorm van pleegzorg en de leeftijd van de opgevangen kinderen, jongeren of jongvolwassenen, een pleegzorgvergoeding overeenkomstig de volgende tabel:

	Vorm van pleegzorg		
Leeftijd	**Langdurige pleegzorg**	**Crisispleegzorg**	**Ondersteunende pleegzorg**
0 tot 5 jaar	26,27 euro	39,61 euro	29,73 euro
6 tot 11 jaar	27,58 euro	39,61 euro	29,73 euro
Vanaf 12 jaar	28,90 euro	39,61 euro	29,73 euro

§ 3 – Een pleeggezin dat in het kader van langdurige pleegzorg een of meer kinderen, jongeren of jongvolwassenen opvangt die geen recht hebben op de basiskinderbijslag vermeld in artikel 8 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen, ontvangt in afwijking van de §§ 1 en 2, ongeacht de leeftijd van het opgevangen kind, de opgevangen jongere of de opgevangen jongvolwassene, een pleegzorgvergoeding ten belope van 29,73 euro.

Het pleeggezin bezorgt het departement elk nuttig document dat informatie bevat over het ontbrekende recht op basiskinderbijslag vermeld in het eerste lid.

§ 4 – De pleegzorgvergoeding wordt maandelijks uitbetaald.

§ 5 – De bedragen vermeld in de §§ 1, 2 en 3 worden jaarlijks op 1 januari geïndexeerd op basis van de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen. De referentie voor die aanpassing is de consumptieprijsindex 129,45 op 1 december 2023 die overeenstemt met 100 in het basisjaar 2013.

Afdeling 2 – Kostenbijdrage

Art. 48 – Bijdrage van de onderhoudsplichtigen in de kosten

§ 1 – De bijdrage van de onderhoudsplichtigen in de kosten van de residentiële maatregelen inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming wordt betaald in de vorm van een maandelijks forfait overeenkomstig de tabel vermeld in de bijlage.

Voor de bijdrage in de kosten van de residentiële opvang van kinderen, jongeren en jongvolwassenen wordt alleen rekening gehouden met volledige maanden.

Het departement bepaalt het bedrag van de kostenbijdrage op basis van het maandelijkse netto-inkomen van de onderhoudsplichtigen.

Als de onderhoudsplichtigen een gemeenschappelijk gezin vormen, bepaalt het departement het bedrag van de kostenbijdrage op basis van het gecumuleerde maandelijkse netto-inkomen van de onderhoudsplichtigen en het aantal kinderen, jongeren of jongvolwassenen ten laste van de onderhoudsplichtigen. Iedere onderhoudsplichtige is hoofdelijk aansprakelijk voor de betaling van de kostenbijdrage.

Voor de toepassing van dit artikel wordt onder netto-inkomen verstaan: het netto-inkomen bedoeld in artikel 6 van het Wetboek van de inkomstenbelastingen 1992.

§ 2 – In afwijking van § 1, eerste lid, zijn de volgende bijdragepercentages van toepassing:

1° als meerdere te laste zijnde kinderen, jongeren of jongvolwassenen gelijktijdig residentieel behandeld of opgevangen worden, bedraagt de kostenbijdrage voor het/de eerste kind, jongere of jongvolwassene 100%, voor het/de tweede kind, jongere of jongvolwassene 70% en voor elk volgend/volgende kind, jongere of jongvolwassene 40% van het maandelijks forfait dat overeenkomstig § 1, eerste lid, is vastgelegd;

2° voor onderhoudsplichtigen die minstens twee kinderen, jongeren of jongvolwassenen ten laste hebben, wordt het overeenkomstig 1° vastgelegde maandelijks forfait verminderd met 30%. Kinderen, jongeren of jongvolwassenen die in het kader van het decreet residentieel behandeld of opgevangen worden, worden als 'niet ten laste' beschouwd voor de bepaling van het bedrag van de kostenbijdrage.

§ 3 – De referentiemaand voor de berekening van het bedrag van de kostenbijdrage is de maand die voorafgaat aan het begin van de jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel. Indien die maand op grond van de actuele situatie van de onderhoudsplichtige of van het gezin niet representatief is, geldt de eerstvolgende representatieve maand als referentiemaand.

Het departement zorgt ervoor dat de onderhoudsplichtigen bij het begin van de jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel de desbetreffende inkomensbewijzen en de bewijzen betreffende de gezinssamenstelling indienen. Als die bewijzen niet worden ingediend, wordt de hoogste kostenbijdrage aangerekend.

In plaats van die bewijzen kan het departement ook het laatste aanslagbiljet van de inkomstenbelasting aanvaarden. Jaarlijks uiterlijk op 1 juli worden de inkomens vermeld op het nieuwe aanslagbiljet in aanmerking genomen.

§ 4 – Het bedrag van de kostenbijdrage kan te allen tijde aangepast worden aan een wijziging van de maandelijkse netto-inkomens of van de gezinssamenstelling.

Het departement wijst de onderhoudsplichtigen erop dat elke wijziging van de maandelijkse netto-inkomens of van de gezinssamenstelling onmiddellijk moet worden meegedeeld aan het departement. Het departement past het bedrag van de kostenbijdrage dienovereenkomstig aan vanaf de maand nadat de wijziging zich heeft voorgedaan.

§ 5 – In afwijking van paragraaf 1 kan het departement een kostenbijdrage bepalen die overeenstemt met het laagste maandelijkse forfait van de in de bijlage vermelde tabel als de onderhoudsplichtige bewijst dat zijn financiële noodsituatie gerechtvaardigd wordt door bijzondere omstandigheden.

§ 6 – In afwijking van de §§ 1 en 2 kan het departement de kostenbijdrage volledig kwijtschelden als:

1° de onderhoudsplichtige kan bewijzen dat zijn maandelijks netto-inkomen of dat van het gezin onder het wettelijke leefloon ligt;

2° de onderhoudsplichtige kan bewijzen dat hij over een langere termijn regelmatig schulden afbetaalt die in verhouding tot zijn maandelijkse netto-inkomen aanzienlijk zijn;

3° het doel van de jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel anders in gevaar zou zijn;

4° ervan uitgegaan moet worden dat de daarmee gepaard gaande administratieve lasten niet in verhouding staan tot de kostenbijdrage.

§ 7 – De onderhoudsplichtige stort de kostenbijdrage maandelijks op de door het departement meegedeelde rekening.

De bedragen van de kostenbijdrage kunnen vanaf de datum vermeld in artikel 110, § 2, van het decreet met terugwerkende kracht worden ingevorderd.

§ 8 – Als de onderhoudsplichtige reeds voor het begin van de jeugdbijstandsmaatregel of jeugdbeschermingsmaatregel tot betaling van onderhoudsgeld voor een kind, jongere of jongvolwassene werd verplicht, stemt de kostenbijdrage in afwijking van de §§ 1 tot 4 overeen met het bedrag van het te betalen onderhoudsgeld.

§ 9 – Als het kind, de jongere of de jongvolwassene niet meer ten laste is, wordt het bedrag van de kostenbijdrage bepaald overeenkomstig de §§ 1 tot 8.

Afdeling 3 – Financiële tegemoetkomingen

Art. 49 – Kosten voor het levensonderhoud

De kostenvergoeding vermeld in artikel 111 van het decreet stemt overeen met een vast dagtarief. Het bedrag van het dagtarief stemt overeen met het bedrag van het op jaarbasis berekende leefloon voor de categorie van gerechtigden vermeld in artikel 14, § 1, eerste lid, 2°, van de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie, gedeeld door 365 dagen.

Om het dagtarief te ontvangen, richt de aanbieder van jeugdbijstand, aanbieder van jeugdbescherming of dienstverrichter die het kind of de jongere ambulant begeleidt, maandelijks een schriftelijke aanvraag aan het departement. Die aanvraag bevat de volgende gegevens:

1° naam, voornaam en woonplaats van het kind of de jongere;

2° aantal dagen waarvoor de kostenvergoeding wordt aangevraagd;

3° naam van de rekeninghouder en rekeningnummer waarop het dagtarief zou moeten worden uitbetaald.

Het dagtarief wordt maandelijks uitbetaald.

De verdere nadere regels voor de financiering van het dagtarief worden bepaald in de overeenkomsten vermeld in de artikelen 7, 12 of 17.

De aanbieder van jeugdbijstand, aanbieder van jeugdbescherming of dienstverrichter die het kind of de jongere begeleidt, beheert het dagtarief samen met het kind of de jongere.

Art. 50 – Bijzondere onkosten van de personen belast met de opvoeding bij ambulante en semi-residentiële maatregelen

§ 1 – Overeenkomstig artikel 112, § 1, van het decreet kunnen personen belast met de opvoeding van een kind dat in het kader van het decreet ambulant of semi-residentieel behandeld, opgevangen of begeleid wordt, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen een financiering ontvangen voor de bijzondere onkosten vermeld in paragraaf 5, voor zover aan de volgende voorwaarden wordt voldaan:

1° het gemiddelde gezinsinkomen van de aanvrager is niet hoger dan het bedrag van het maandelijkse leefloon voor de categorie van gerechtigden vermeld in artikel 14, § 1, eerste lid, 1°, van de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie;

2° de aanvrager dient de inkomensbewijzen in;

3° het kind is correct verzekerd bij een ziekenfonds, voor zover het gaat om een aanvraag voor de financiering van de bijzondere onkosten vermeld in § 5, 1° tot 6°;

4° er is een positief standpunt van het departement.

Het gemiddelde gezinsinkomen vermeld in het eerste lid, 1°, wordt als volgt berekend:

1° in geval van een terugbetaling: het gezinsinkomen van de laatste maand van de in § 2, eerste lid, 3°, vermelde periode, gedeeld door het aantal gezinsleden;

2° in geval van een voorschot: het gezinsinkomen van de maand waarin het aanbod werd aangevraagd, gedeeld door het aantal gezinsleden.

Het gezinsinkomen is de som van alle netto-inkomens van het gezin van de aanvrager.

Voor de toepassing van dit artikel wordt onder netto-inkomen verstaan: het netto-inkomen bedoeld in artikel 6 van het Wetboek van de inkomstenbelastingen 1992.

In afwijking van het eerste lid, 1°, kunnen de aanvragers een financiering ontvangen als het gemiddelde gezinsinkomen van de aanvrager hoger is dan het bedrag van het maandelijkse leefloon voor de categorie van gerechtigden vermeld in artikel 14, § 1, eerste lid, 1°, van de wet van 26 mei 2002 betreffende het recht op maatschappelijke integratie, voor zover de aanvrager bewijst dat zijn financiële noodsituatie gerechtvaardigd wordt door bijzondere omstandigheden die niet te wijten zijn aan opzettelijk wangedrag.

§ 2 – Voor de financiering van de bijzondere onkosten dienen de personen belast met de opvoeding een schriftelijke aanvraag tot terugbetaling of tot betaling van een voorschot in bij het departement. Die bevat de volgende stukken en gegevens:

1° naam en voornaam van de persoon belast met de opvoeding;

2° naam en voornaam van het kind;

3° de periode waarop de aanvraag betrekking heeft en die niet langer mag zijn dan zes maanden;

4° in geval van terugbetaling, de inkomensbewijzen van de laatste maand van de in 3° vermelde periode of, in geval van een voorschot, de inkomensbewijzen van de maand waarin het aanbod werd aangevraagd;

5° naam en voornaam van de gezinsleden;

6° naam van de rekeninghouder en rekeningnummer waarop de terugbetaling of het voorschot zou moeten worden uitbetaald;

7° bewijzen van de gedane uitgaven, aangemelde vorderingen, aangeboden diensten, facturen of andere bewijsstukken voor de in 3° vermelde periode.

Indien nodig kan het departement de aanvrager om aanvullende stukken vragen om de voorwaarden vermeld in § 1, eerste lid, 3°, en § 5, derde lid, 1° tot 4°, te controleren.

§ 3 – Het departement controleert of de ingediende aanvraag volledig is. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt het departement de aanvrager om de ontbrekende gegevens of ontbrekende stukken.

Binnen vijftien dagen na ontvangst van de volledige aanvraag stelt het departement een standpunt op waaruit blijkt of de financiering van die bijzondere onkosten bijdraagt tot het bereiken van het doel van de jeugdbijstand in de zin van artikel 7 van het decreet en bezorgt het departement dat standpunt aan de Minister.

Binnen dertig dagen na ontvangst van het standpunt van het departement of na het verstrijken van de termijn vermeld in het tweede lid beslist de Minister of de financiering van de bijzondere onkosten al dan niet wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, wordt de financiering als goedgekeurd beschouwd.

§ 4 – De financiering geschiedt met terugwerkende kracht vanaf de begindatum van de ambulante jeugdbijstandsmaatregel.

§ 5 – Volgende bijzondere onkosten kunnen worden gefinancierd:

1° kosten voor bezoeken of ingrepen bij een tandarts, inclusief de kosten voor prothesen. De financiering voor de prothesen bedraagt hoogstens 750 euro per kind per periode van twee jaar;

2° kosten voor orthodontie: de financiering bedraagt hoogstens 1.000 euro per kind per periode van twee jaar;

3° kosten voor consulten of ingrepen bij een oogarts en kosten voor voorgeschreven brillenglazen, brilmonturen en voorgeschreven contactlenzen. De financiering voor de brillenglazen bedraagt hoogstens 150 euro per kind per periode van twee jaar. De financiering voor de brilmonturen bedraagt 150 euro per kind per periode van twee jaar. De financiering van de kosten voor vervangende contactlenzen bedraagt hoogstens 50 euro per kind per kwartaal;

4° kosten voor consulten en behandelingen bij een HNO-arts en voor hoorapparaten. De financiering voor de hoorapparaten bedraagt per periode van vijf jaar hoogstens 500 euro per oor per kind;

5° kosten voor paramedische behandelingen en prestaties overeenkomstig het koninklijk besluit van 2 juli 2009 tot vaststelling van de lijst van de paramedische beroepen;

6° kosten voor behandelingen en prestaties in het kader van niet-conventionele praktijken overeenkomstig de wet van 29 april 1999 betreffende de niet-conventionele praktijken inzake de geneeskunde, de artsenijbereidkunde, de kinesitherapie, de verpleegkunde en de paramedische beroepen. De financiering voor prothesen, schoenen en steunzolen in het kader van orthopedische prestaties bedraagt hoogstens 150 euro per kind per periode van twee jaar;

7° uitgaven voor sportieve en culturele activiteiten, alsook vakantiekampen en vakantieopvang tot hoogstens 500 euro per kind per jaar;

8° kosten in het kader van de schoolopleiding, schoolactiviteiten en de leertijd;

9° kosten voor bijlessen voor school tot hoogstens 1.500 euro per kind per jaar;

10° kosten voor ritten met het openbaar vervoer van het kind. De kosten voor ritten met de Nationale Maatschappij der Belgische Spoorwegen worden terugbetaald op basis van de prijs van een rit in tweede klas.

Met behoud van de toepassing van de maximumbedragen vermeld in het eerste lid worden de bijzondere onkosten terugbetaald ten belope van de tarieven die zijn vastgelegd in de wettelijke bepalingen en regelingen inzake ziekte- en invaliditeitsverzekering op basis van de honoraria die toegestaan zijn bij een geconventioneerde zorgverlener.

In afwijking van het eerste en het tweede lid worden de kosten niet gefinancierd voor zover:
1° ze op grond van een wet, een overeenkomst of een gerechtelijke beslissing moeten worden terugbetaald door een andere natuurlijke persoon of rechtspersoon;
2° ze worden gedekt door andere overheidssubsidies;
3° ze al zijn gedekt door een verzekeringscontract;
4° ze te wijten zijn aan opzettelijk wangedrag van het kind.

§ 6 – Het departement kan een afwijking van de in paragraaf 5 vermelde maximumbedragen of perioden toestaan, als dat noodzakelijk is voor het bereiken van het doel van de jeugdbijstand in de zin van artikel 7 van het decreet.

§ 7 – De maximumbedragen vermeld in § 5, eerste lid, kunnen jaarlijks op 1 januari geïndexeerd worden op basis van de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen. De referentie voor die aanpassing is de consumptieprijsindex 129,45 op 1 december 2023 die overeenstemt met 100 in het basisjaar 2013.

Art. 51 – Uitgaven van personen belast met de opvoeding bij residentiële maatregelen

§ 1 – Overeenkomstig artikel 112, § 2, van het decreet kunnen personen belast met de opvoeding van een kind dat of jongere die zich in een residentiële maatregel inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming bevindt, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, een financiering aanvragen voor de volgende uitgaven:
1° kosten voor ritten in het kader van bezoekcontacten;
2° kosten voor ritten in opdracht van het departement.

Voor de terugbetaling dienen de personen belast met de opvoeding een schriftelijke aanvraag in bij het departement. Die bevat de volgende stukken en gegevens:
1° naam, voornaam en woonplaats van de persoon belast met de opvoeding;
2° naam en voornaam van het kind of de jongere;
3° naam van de rekeninghouder en rekeningnummer waarop de terugbetaling zou moeten worden uitbetaald;
4° bewijzen van de ritten.

De ontstane reiskosten van de personen belast met de opvoeding die voor de ritten vermeld in het eerste lid het openbaar vervoer gebruiken, worden op vertoon van een bewijs van een openbaarvervoersonderneming terugbetaald, ongeacht de afgelegde afstand. De kosten voor ritten met de Nationale Maatschappij der Belgische Spoorwegen worden terugbetaald op basis van de prijs van een rit in tweede klas.

De reiskostenvergoeding voor ritten met de eigen wagen wordt berekend op basis van de bedragen en nadere regels die gelden voor dienstverplaatsingen van ambtenaren van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

§ 2 – De uitgaven worden pas terugbetaald nadat het departement de ingediende bewijzen heeft onderzocht.

De terugbetaling van de uitgaven kan worden geweigerd als de personen belast met de opvoeding niet voldoen aan de kostenbijdrage vermeld in artikel 48.

Art. 52 – Uitgaven van residentiële aanbieders, dienstverrichters en pleeggezinnen

§ 1 – Overeenkomstig artikel 113 van het decreet kunnen aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, dienstverrichters en pleeggezinnen die kinderen, jongeren of jongvolwassenen residentieel behandelen, begeleiden of opvangen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen, een financiering van de in paragraaf 4 vermelde uitgaven aanvragen.

Daartoe dient de aanbieder van jeugdbijstand of jeugdbescherming, de dienstverrichter of het pleeggezin een schriftelijke aanvraag tot terugbetaling of tot betaling van een voorschot in bij het departement. Die bevat de volgende stukken en gegevens:

1° naam en voornaam van het kind, de jongere of de jongvolwassene;

2° de periode waarop de aanvraag betrekking heeft en die niet langer mag zijn dan zes maanden;

3° naam van de rekeninghouder en rekeningnummer waarop de terugbetaling of de kostenovername zou moeten worden uitbetaald;

4° bewijzen van de gedane uitgaven, aangemelde vorderingen, aangeboden diensten, facturen of andere bewijsstukken voor de in 2° vermelde periode.

Indien nodig kan het departement de aanvrager om aanvullende stukken vragen om de voorwaarden vermeld in § 4, derde lid, 1° tot 3°, te controleren.

§ 2 – Het departement controleert of de ingediende aanvraag volledig is. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt het departement de aanvrager om de ontbrekende stukken of ontbrekende gegevens.

Als de aanvraag betrekking heeft op de financiering van de uitgaven vermeld in § 4, 4°, 8° tot 12° of 17° tot 21°, stelt het departement binnen vijftien dagen na ontvangst van de volledige aanvraag een standpunt op waaruit blijkt of de financiering van die uitgaven bijdraagt tot het bereiken van het doel van de jeugdbijstand in de zin van artikel 7 van het decreet of van het doel van de jeugdbescherming in de zin van artikel 8 van het decreet.

Binnen dertig dagen na ontvangst van de aanvraag of binnen dertig dagen na ontvangst van het standpunt vermeld in het tweede lid of na het verstrijken van de termijn vermeld in het tweede lid beslist de Minister of de financiering van de uitgaven al dan niet wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, wordt de financiering als goedgekeurd beschouwd.

§ 3 – De financiering geschiedt met terugwerkende kracht vanaf de begindatum van de residentiële maatregel.

§ 4 – Volgende uitgaven kunnen worden gefinancierd:

1° kosten voor het ziekenhuisverblijf van het kind, de jongere of de jongvolwassene in een meerpersoonskamer, tenzij er bijzondere omstandigheden zijn die het verblijf in een eenpersoonskamer rechtvaardigen op basis van een medisch attest;

2° kosten voor een ziekenwagen of ziekenvervoer waarvan de medische noodzaak is aangetoond;

3° kosten voor bezoeken of ingrepen bij een tandarts, inclusief de kosten voor prothesen;

4° kosten voor orthodontie;

5° kosten voor consulten of ingrepen bij een oogarts en kosten voor voorgeschreven brillenglazen, brilmonturen en voorgeschreven contactlenzen. De financiering voor de brilmonturen bedraagt hoogstens 150 euro per kind, jongere of jongvolwassene per periode van twee jaar;

6° kosten voor consulten en behandelingen bij een HNO-arts en voor hoorapparaten;

7° kosten voor consulten en behandelingen bij een huisarts of een specialist;

8° kosten voor paramedische behandelingen en prestaties overeenkomstig het koninklijk besluit van 2 juli 2009 tot vaststelling van de lijst van de paramedische beroepen;

9° kosten voor behandelingen en prestaties in het kader van niet-conventionele praktijken overeenkomstig de wet van 29 april 1999 betreffende de niet-conventionele praktijken inzake de geneeskunde, de artsenijbereidkunde, de kinesitherapie, de verpleegkunde en de paramedische beroepen;

10° kosten voor psychologische consulten;

11° kosten voor psychotherapie en andere therapiekosten;

12° kosten voor psychomotoriek;

13° kosten voor vaccinaties die door de Belgische Hoge Gezondheidsraad worden aanbevolen;

14° kosten voor geneesmiddelen die door een arts werden voorgeschreven;

15° kosten voor jaarlijkse preventieve onderzoeken;

16° uitgaven voor sportieve en culturele activiteiten, alsook vakantiekampen en vakantieopvang tot hoogstens 500 euro per kind, jongere of jongvolwassene per jaar;

17° kosten in het kader van de schoolopleiding, schoolactiviteiten en de leertijd;

18° kosten voor bijlessen voor school tot hoogstens 1.500 euro per kind, jongere of jongvolwassene per jaar;

19° kosten voor ritten met het openbaar vervoer van het kind, de jongere of de jongvolwassene. De kosten voor ritten met de Nationale Maatschappij der Belgische Spoorwegen worden terugbetaald op basis van de prijs van een rit in tweede klas;

20° uitgaven voor de eerste uitrusting bij het opnemen van een pleegkind tot een eenmalig maximumbedrag van 700 euro per pleegkind;

21° uitgaven voor de uitrusting van het kind, de jongere of de jongvolwassene in geval van specifieke behoeften tot een jaarlijks maximumbedrag van 100 euro;

22° kosten voor een hospitalisatieverzekering;

23° kosten voor een tandzorgverzekering.

Met behoud van de toepassing van de maximumbedragen vermeld in het eerste lid worden de bijzondere onkosten terugbetaald ten belope van de tarieven die zijn vastgelegd in de wettelijke bepalingen en regelingen inzake ziekte- en invaliditeitsverzekering op basis van de honoraria die toegestaan zijn bij een geconventioneerde zorgverlener.

In afwijking van § 4, eerste lid, worden de kosten niet gefinancierd voor zover:

1° ze op grond van een wet, een overeenkomst of een gerechtelijke beslissing moeten worden terugbetaald door een andere natuurlijke persoon of rechtspersoon;

2° ze al worden gedekt door andere overheidssubsidies;

3° ze al zijn gedekt door een verzekeringscontract.

§ 5 – Het departement kan een afwijking van de in paragraaf 4 vermelde maximumbedragen of perioden toestaan, als dat noodzakelijk is voor het bereiken van het doel van de jeugdbijstand in de zin van artikel 7 van het decreet.

§ 6 – De maximumbedragen vermeld in § 4, eerste lid, worden jaarlijks op 1 januari geïndexeerd op basis van de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen. De referentie voor die aanpassing is de consumptieprijsindex 129,45 op 1 december 2023 die overeenstemt met 100 in het basisjaar 2013.

Art. 53 – Financiering van de reiskosten en voortgezette opleidingen van pleeggezinnen

§ 1 – Met toepassing van artikel 113 van het decreet kunnen pleeggezinnen die kinderen, jongeren of jongvolwassenen semi-residentieel of residentieel behandelen, begeleiden of opvangen, binnen de perken van de beschikbare begrotingsmiddelen een financiering van de volgende uitgaven aanvragen:

1° kosten voor ritten van meer dan 200 km per maand in het kader van de pleegzorg. Volgende ritten kunnen worden gefinancierd:

a) voor de gezondheidszorg van het pleegkind;

b) voor het naleven van bezoekcontacten;

c) voor de ritten in het kader van een ondersteunende pleegzorg om het pleegkind af te halen en terug te brengen;

d) voor ritten in het kader van rechtszittingen;

e) voor ritten in het kader van gesprekken met of in opdracht van het departement;

f) voor ritten van en naar school in het kader van een crisispleegzorg die het pleegkind al voor het begin van de crisispleegzorg heeft bezocht of voor ritten naar vrijetijdsactiviteiten in het kader van een crisispleegzorg die worden aangeboden door een vereniging en die het pleegkind al voor het begin van de crisispleegzorg heeft uitgeoefend;

2° kosten voor de deelname aan voortgezette opleidingen tot een jaarlijks maximumbedrag van 150 euro per pleegouder. Om gefinancierd te kunnen worden, moeten de voortgezette opleidingen nuttig zijn voor het samenleven in het pleeggezin en voor de ontwikkeling van het kind. Volgende uitgaven inzake voortgezette opleiding worden in aanmerking genomen:

a) inschrijvingsgeld;

b) examengeld;

c) documentatie/materiaal, voor zover die/dat rechtstreeks verband houdt met de voortgezette opleiding;

d) overnachtingskosten;

e) reiskosten die overeenkomstig § 2, tweede en derde lid, worden berekend.

Bij de financiering van de kosten vermeld in het eerste lid, 1°, gaat het om een terugbetaling.

Bij de financiering van de kosten vermeld in het eerste lid, 2°, gaat het om een voorschot.

§ 2 – Voor de terugbetaling vermeld in § 1, tweede lid, dient het pleeggezin een schriftelijke aanvraag in bij het departement. Die bevat de volgende stukken en gegevens:

1° naam van het pleeggezin;

2° naam en voornaam van het pleegkind;

3° naam van de rekeninghouder en rekeningnummer waarop de terugbetaling zou moeten worden uitbetaald;

4° bewijzen van de ritten.

De ontstane reiskosten van de pleeggezinnen die voor de ritten vermeld in § 1, eerste lid, 1°, het openbaar vervoer gebruiken, worden op vertoon van een bewijs van een openbaarvervoersonderneming terugbetaald, ongeacht de afgelegde afstand. De kosten voor ritten met de Nationale Maatschappij der Belgische Spoorwegen worden terugbetaald op basis van de prijs van een rit in tweede klas.

De reiskostenvergoeding voor ritten met de eigen wagen wordt berekend op basis van de bedragen en nadere regels die gelden voor dienstverplaatsingen van ambtenaren van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap.

De uitgaven worden pas terugbetaald nadat het departement de ingediende bewijzen heeft onderzocht.

Voor pleeggezinnen voor ondersteunende pleegzorg wordt de terugbetaling vermeld in § 1, tweede lid, berekend op basis van het aantal dagen dat het pleegkind aanwezig was in het pleeggezin voor ondersteunende pleegzorg.

§ 3 – Voor het voorschot vermeld in § 1, derde lid, dient het pleeggezin een schriftelijke aanvraag in bij het departement voordat de voortgezette opleiding begint. Die bevat de volgende stukken en gegevens:

1° naam van het pleeggezin;

2° programma, plaats, begin, einde, doelpubliek, prijs en aanbieder van de voortgezette opleiding;

3° de uitgaven inzake voortgezette opleiding die waarschijnlijk in aanmerking komen voor ondersteuning;

4° naam van de rekeninghouder en rekeningnummer waarop het voorschot zou moeten worden uitbetaald.

Het departement controleert of de ingediende aanvraag volledig is. Indien de aanvraag niet volledig is, vraagt het departement de aanvrager om de ontbrekende stukken of ontbrekende gegevens.

Binnen vijftien dagen na ontvangst van de volledige aanvraag stelt het departement een standpunt op over de goedkeuring en het bedrag van het voorschot of over de weigering van het voorschot en zendt het departement dat standpunt toe aan de Minister.

Binnen vijftien dagen na ontvangst van het standpunt vermeld in het tweede lid beslist de Minister of het voorschot al dan niet wordt goedgekeurd. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, wordt het voorschot als goedgekeurd beschouwd.

Voor de afrekening van de uitgaven dient de aanvrager, binnen dertig dagen na voltooiing van de voortgezette opleiding, de desbetreffende bewijzen en een deelnemingsattest in bij het departement.

Na mededeling van het departement wordt het totale bedrag waarvoor geen bewijs werd ingediend, teruggevorderd van de aanvrager.

Art. 54 – Financiële ondersteuning van kinderen in de residentiële opvang

§ 1 – Voor kinderen die zich minstens dertig opeenvolgende dagen in een residentiële jeugdbijstandsmaatregel bevinden, wordt vanaf de begindatum van de jeugdbijstandsmaatregel een financiële ondersteuning opgespaard in de vorm van een vast dagtarief van 1,95 euro per opvangdag.

De financiële ondersteuning wordt maandelijks geboekt.

Indien het kind overeenkomstig artikel 28, § 3, of artikel 116 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen bijslagtrekkende van de kinderbijslag is, vervalt het recht op de financiële ondersteuning vermeld in het eerste lid.

Het dagtarief wordt jaarlijks op 1 januari geïndexeerd op basis van de schommelingen van het indexcijfer van de consumptieprijzen. De referentie voor die aanpassing is de consumptieprijsindex 129,45 op 1 december 2023 die overeenstemt met 100 in het basisjaar 2013.

§ 2 – De opgespaarde financiële ondersteuning kan ten vroegste bij het bereiken van de meerderjarigheid worden uitbetaald.

Het departement licht de jongvolwassene in over het bedrag van de opgespaarde financiële ondersteuning, bepaalt met hem de nadere regels voor de uitbetaling en geeft hem advies over het doel van die financiële ondersteuning.

In afwijking van het eerste lid kan het departement een uitbetaling toestaan voordat het kind meerderjarig wordt, indien het kind een met redenen omklede aanvraag indient.

HOOFDSTUK 7 – KLACHTEN

Art. 55 – Procedure

§ 1 – De klachten vermeld in artikel 115, § 1, tweede en derde lid, van het decreet worden per post of elektronisch ingediend bij het departement. Het departement bevestigt de ontvangst van de klacht binnen vijftien dagen. De datum van de poststempel of van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

§ 2 – Het departement onderzoekt of de klacht ontvankelijk is. De klacht is ontvankelijk als hij:

1° gericht is tegen een concrete ambtsverrichting of werkwijze van een natuurlijke persoon of rechtspersoon die belast is met de uitvoering van maatregelen inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming of met adviesverlening, of tegen een ambtsverrichting of werkwijze van het departement;

2° een beschrijving bevat van de zaak die aanleiding geeft tot de klacht.

Binnen dertig dagen na ontvangst van de klacht deelt het departement aan de indiener van de klacht aangetekend mee of de klacht ontvankelijk of niet-ontvankelijk is.

Als de klacht ontvankelijk is, kan de indiener van de klacht binnen zeven dagen, te rekenen vanaf de derde dag na het verzenden van het aangetekend schrijven vermeld in het tweede lid, bij het departement een verzoek indienen om te worden gehoord. Betrokkene wordt gehoord binnen dertig dagen na toezending van de aangetekende kennisgeving.

Als de klacht niet-ontvankelijk is, deelt het departement de indiener van de klacht mee waarom de klacht niet-ontvankelijk is.

Het departement onderzoekt de ontvankelijke klacht binnen vijftien dagen na de hoorzitting of na het verstrijken van de termijn vermeld in het derde lid en licht de indiener van de klacht schriftelijk in over de uitslag van dat onderzoek, met inbegrip van de redenen, en over de maatregelen die naar aanleiding daarvan zijn genomen.

HOOFDSTUK 8 – BEROEPSGEHEIM EN INZAGE IN HET DOSSIER

Art. 56 – Instemming

Bij het verlenen van de instemming vermeld in artikel 116, § 2, eerste lid, 1°, van het decreet wordt de betrokken persoon ingelicht over de door te geven informatie, de ontvanger van die informatie en de reden van de doorgifte.

De instemming wordt verleend door middel van een schriftelijke verklaring, digitaal of op papier.

De betrokken persoon heeft het recht om zijn instemming te allen tijde in te trekken. Het intrekken van de instemming doet geen afbreuk aan de rechtmatigheid van de doorgifte die op grond van de instemming heeft plaatsgevonden voordat ze werd ingetrokken. De betrokken persoon wordt hiervan in kennis gesteld voordat hij zijn instemming verleent.

Art. 57 – Nadere regels voor de inzageprocedure

De aanvraag vermeld in artikel 4, § 1, van het decreet van 16 oktober 1995 wordt per post of elektronisch ingediend bij het departement. De datum van de poststempel of van de elektronische tijdstempel geldt als indieningsdatum.

Als die aanvraag wordt ingewilligd, deelt het departement de aanvrager – binnen veertien dagen na ontvangst van de aanvraag – de plaats en het tijdstip voor de inzage, voor de uitleg of voor de ontvangst van het afschrift mee.

In afwijking van het tweede lid kan het afschrift van een bestuursdocument, op verzoek van de aanvrager, binnen veertien dagen na ontvangst van de aanvraag per post of elektronisch worden toegezonden aan de aanvrager.

Als de aanvrager minderjarig is, kan hij zich bij de inzage of de uitleg laten begeleiden door een meerderjarige vertrouwenspersoon van zijn keuze.

Art. 58 – Beroepsprocedure

Als de aanvraag overeenkomstig artikel 5, § 5, eerste lid, van het decreet van 16 oktober 1995 door het departement wordt afgewezen, kan de aanvrager beroep instellen bij de Regering.

De aanvrager zendt het met redenen omklede beroep, samen met alle relevante stukken, aangetekend of tegen ontvangstbewijs aan de Regering en dit binnen 21 dagen, te rekenen vanaf de derde dag na toezending van de in artikel 5, § 5, eerste lid, van het decreet van 16 oktober 1995 vermelde mededeling van de afwijzing.

De Regering licht het departement over het beroep in. Het departement bezorgt de Regering, binnen een door haar gestelde termijn, een standpunt.

De Regering beslist over het beroep binnen zestig dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van het beroep.

Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing wordt genomen, wordt de beslissing waartegen beroep is ingesteld, als bevestigd beschouwd.

HOOFDSTUK 9 – GEGEVENSBESCHERMING

Art. 59 – Gegevenscategorieën

§ 1 – Overeenkomstig artikel 120, § 1, van het decreet kunnen de Regering, de procureur des Konings, de jeugdrechter, de jeugdrechtbank, de aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, de dienstverrichters en de pleeggezinnen voor de doelen vermeld in artikel 120, § 1, tweede lid, van het decreet en voor de duur vermeld in artikel 122, eerste lid, van het decreet, de volgende gegevens verwerken over de kinderen, jongeren, de personen belast met hun opvoeding, alsook over de jongvolwassenen:

1° naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, burgerlijke staat, gezinssamenstelling, woonplaats, adres, telefoonnummer, e-mailadres;

2° gezinssituatie;

3° gedrag, persoonlijke ontwikkeling;

4° gezondheidstoestand, psychologische en lichamelijke ontwikkeling;

5° einddiploma, opleiding, studiegetuigschriften;

6° talenkennis;
7° sociale omgeving, beroepssituatie, financiële situatie;
8° interesses, hobby's, verenigingsleven;
9° raciale of etnische afkomst, politieke opvattingen, religieuze of levensbeschouwelijke overtuigingen;
10° strafrechtelijke veroordelingen en strafbare feiten.

§ 2 – Overeenkomstig artikel 120, § 2, van het decreet kunnen de aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming voor de doelen vermeld in artikel 120, § 2, tweede lid, van het decreet en voor de duur vermeld in artikel 122, tweede lid, van het decreet de volgende gegevens verwerken over de personeelsleden:
1° naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, burgerlijke staat, gezinssamenstelling, woonplaats, adres, telefoonnummer, e-mailadres;
2° einddiploma, opleiding, studiegetuigschriften;
3° beroepssituatie, financiële situatie;
4° strafrechtelijke veroordelingen en strafbare feiten.

§ 3 – Overeenkomstig artikel 120, § 2, tweede lid, van het decreet kan de Regering voor de duur vermeld in artikel 122, tweede lid, van het decreet de volgende gegevens verwerken over de personeelsleden van de aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming:
1° naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, burgerlijke staat, gezinssamenstelling, woonplaats, adres, telefoonnummer, e-mailadres;
2° einddiploma, opleiding, studiegetuigschriften;
3° beroepssituatie, financiële situatie;
4° strafrechtelijke veroordelingen en strafbare feiten.

§ 4 – Overeenkomstig artikel 120, § 2, tweede lid, van het decreet kan de Regering voor de duur vermeld in artikel 122, tweede lid, van het decreet de volgende gegevens verwerken over de aanbieders van jeugdbijstand en jeugdbescherming, kandidaat-pleeggezinnen en pleeggezinnen:
1° naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, burgerlijke staat, gezinssamenstelling, woonplaats, adres, telefoonnummer, e-mailadres;
2° naam, ondernemingsnummer, adres, telefoonnummer, e-mailadres;
3° einddiploma, opleiding, studiegetuigschriften;
4° beroepssituatie, financiële situatie;
5° strafrechtelijke veroordelingen en strafbare feiten.

§ 5 – In opdracht van de Regering kan de bemiddelaar vermeld in artikel 34, tweede lid, artikel 57, § 2, vierde lid, en artikel 76, § 2, vierde lid, van het decreet voor de duur vermeld in artikel 122, eerste lid, van het decreet de volgende gegevens verwerken over de kinderen, jongeren en de personen belast met hun opvoeding:
1° naam, voornaam, geslacht, geboortedatum, geboorteplaats, nationaliteit, burgerlijke staat, gezinssamenstelling, woonplaats, adres, telefoonnummer, e-mailadres;
2° gezinssituatie;
3° gedrag, persoonlijke ontwikkeling;
4° gezondheidstoestand, psychologische en lichamelijke ontwikkeling;
5° einddiploma, opleiding, studiegetuigschriften;
6° talenkennis;
7° sociale omgeving, beroepssituatie, financiële situatie;
8° interesses, hobby's, verenigingsleven;
9° raciale of etnische afkomst, politieke opvattingen, religieuze of levensbeschouwelijke overtuigingen;
10° strafrechtelijke veroordelingen en strafbare feiten.

HOOFDSTUK 10 – SLOTBEPALINGEN

Art. 60 – Opheffingsbepaling

Het besluit van de Regering van 14 mei 2009 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming, gewijzigd bij de besluiten van de Regering van 12 oktober 2017, 29 november 2018, 6 februari 2020, 17 juni 2021 en 15 december 2022, wordt opgeheven.

Art. 61 – Opheffingsbepaling

Het ministerieel besluit van 1 september 2016 betreffende de terugbetaling van de reiskosten voor pleeggezinnen, gewijzigd bij het ministerieel besluit van 17 februari 2023, wordt opgeheven.

Art. 62 – Overgangsbepaling

In afwijking van artikel 48 blijven de artikelen 50 tot 53 van het besluit van de Regering van 14 mei 2009 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming tot het einde van de residentiële maatregel inzake jeugdbijstand of jeugdbescherming van toepassing op de kostenbijdragen die op het tijdstip van de inwerkingtreding van dit besluit al waren vastgelegd.

Art. 63 – Inwerkingtreding

Dit besluit treedt in werking op 1 september 2024.

Art. 64 – Uitvoeringsbepaling

De minister bevoegd voor Sociale Aangelegenheden is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

Bijlage bij het besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming

Netto-inkomen van de onderhoudsplichtige		
Inkomensgroep	Maandelijks netto-inkomen in euro	Maandelijkse kostenbijdrage in euro
1	tot 1.524,99	45
2	1.525,00 tot 1.800,99	75
3	1.801,00 tot 2.000,99	130
4	2.001,00 tot 2.200,99	215
5	2.201,00 tot 2.400,99	300
6	2.401,00 tot 2.700,99	375
7	2.701,00 tot 3.000,99	455
8	3.001,00 tot 3.300,99	540
9	3.301,00 tot 3.600,99	615
10	3.601,00 en meer	695

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 13 november 2023 inzake jeugdbijstand en jeugdbescherming.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[numéro du registre des actes législatifs]

Avant-projet d'arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse

LE GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE,

En vertu de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, article 20 ;

Vu la loi du 31 décembre 1983 portant des réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, article 7 ;

Vu le décret du 13. novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse, à l'article 13, alinéa 4, à l'article 28, alinéa 4, à l'article 30, §§ 1er, alinéa 4 et 2, alinéa 4, à l'article 32, alinéa 3, à l'article 34, alinéa 3, à l'article 40, § 2, alinéa 5, à l'article 50, § 3, à l'article 52, alinéa 2, à l'article 53, alinéa 2, à l'article 59, § 3, alinéa 4, à l'article 66, § 2, alinéa 5, à l'article 86, alinéa 1er, points 1 et 6, et alinéa 3, à l'article 87, § 1er, alinéas 2 et 4, à l'article 88, § 1er, alinéa 3, à l'article 89, alinéa 1er, point 4, et alinéa 2, à l'article 90, § 2, à l'article 91, alinéa 2, article 94, § 4, article 95, § 2, article 96, §§ 1er, alinéa 1 et 2, alinéa 1, article 97, § 2, article 101, § 3, article 102, § 3, article 103, § 4, article 104, article 105, §§ 1er, alinéa 2 et 2, alinéa 2, article 107, article 109, § 2, article 110, § 1er, alinéas 2 et 3, article 111, § 2, article 112, §§ 1er, alinéa 2 et 2, § 2, article 113, § 2, article 114, § 2, article 115, § 2, article 116, § 2, alinéa 2, article 117, § 2, article 120, § 4 et article 123 ;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 14 mai 2009 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse ;

Vu l'arrêté ministériel du 1er septembre 2016 relatif au remboursement des frais de déplacement des familles d'accueil ;

Vu l'avis de l'Inspecteur des finances du [date] ;

Vu l'accord du Ministre-Président, chargé du budget, en date du [date] ;

Vu l'avis de l'Autorité de protection des données du [date] ;

Vu l'avis n° [numéro] du Conseil d'État rendu le [date] en application de l'article 84, §1, alinéa 1er, 2°, des lois coordonnées sur le Conseil d'État du 12 janvier 1973 ;

Sur proposition du ministre des Affaires sociales ;

Après consultation,

Arrête:

CHAPITRE 1 - DISPOSITIONS GÉNÉRALES

Article 1er - Définitions

Outre les définitions mentionnées à l'article 3 du décret, on entend, pour l'application du présent arrêté, par :

1° décret : le décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse ;

2° ministre : le ministre du Gouvernement de la Communauté germanophone responsable de l'aide à la jeunesse et de la protection de la jeunesse.

CHAPITRE 2 - PRÉVENTION

Art. 2 - Coordination

Le service coordonne les mesures de prévention planifiées et en cours. À cette fin, il peut

1° organiser des réunions de coordination avec les acteurs concernés

2° collecter des informations sur les actions de prévention prévues ou en cours

3° accompagner la mise en œuvre des mesures de prévention ;

4° favoriser l'échange d'informations entre les acteurs concernés.

Art. 3 - Planification, réalisation et évaluation

Lors de la planification des mesures de prévention, le service veille aux critères de qualité suivants :

1° une description de la situation de départ et de l'action de prévention ;

2° une définition claire des objectifs

3° l'adéquation entre l'objectif et la méthode ;

4° l'impact durable de l'action de prévention ;

5° les critères d'évaluation.

Le service peut confier à une personne physique ou morale la planification et la réalisation d'actions de prévention dans le cadre d'initiatives particulières.

Art. 4 - Financement

§1 - Le Gouvernement peut financer, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, des actions de prévention lorsqu'elles répondent à un besoin identifié en matière d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse.

Pour obtenir un financement, la personne physique ou morale qui met en œuvre l'action de prévention introduit une demande écrite auprès du service. La demande est accompagnée des documents et informations suivants :

1° les données relatives à l'identité et aux coordonnées du demandeur

2° une preuve du besoin de l'action de prévention ;

3° les caractéristiques qualitatives mentionnées à l'article 3, alinéa 1er ;

4° la durée de l'action de prévention ;

5° une estimation des coûts et un plan de financement.

§2 - Le service vérifie que la demande de financement de l'action de prévention introduite est complète. Si la demande est complète, le service envoie une confirmation au demandeur. Si la demande n'est pas complète, le service demande les informations manquantes au demandeur.

Sur la base de ses conclusions, l'unité rédige un avis qu'elle transmet au ministre dans les 30 jours suivant la réception de la demande complète.

Le ministre prend une décision sur le financement de la mesure de prévention dans les 30 jours suivant la réception de l'avis du service spécialisé.

La décision de financement de l'action de prévention est transmise sans délai au demandeur.

Au plus tard 30 jours après la fin de l'action de prévention, le demandeur introduit un rapport final auprès du Gouvernement. Ce rapport contient une évaluation qualitative basée sur les critères de qualité visés à l'article 3, alinéa 1er, ainsi qu'un bilan financier.

CHAPITRE 3 - AIDE CONSENSUELLE À LA JEUNESSE ET AIDE JUDICIAIRE À LA JEUNESSE

Section 1 - L'aide consensuelle à la jeunesse

Art. 5 - Demandes

Les demandes de personnes physiques ou morales peuvent être faites en personne, par écrit ou par téléphone.

S'il ressort de la demande qu'elle peut être satisfaite par des offres d'aide à bas seuil existantes, le service oriente le demandeur vers les prestataires de services qui peuvent offrir une aide appropriée.

Si une information est suffisante et appropriée, elle prend la forme de trois contacts personnels, écrits ou téléphoniques.

Art. 6 - Conseil

Si une orientation ou une information est insuffisante ou inappropriée, le service peut proposer une orientation aux enfants, aux jeunes adultes ou à leurs personnes exerçant l'autorité parentale concernés par la demande. Celle-ci comprend

1° une identification des besoins des enfants, des jeunes adultes concernés ou de leurs personnes exerçant l'autorité parentale

2° la recherche et l'activation de ses propres solutions, objectifs et ressources

3° le cas échéant, l'orientation vers des prestataires de services susceptibles d'offrir une aide appropriée

La durée de la consultation est limitée à 90 jours maximum, renouvelable une fois.

Art. 7 - Contenu du contrat d'aide à la jeunesse

Outre les informations mentionnées à l'article 30 §1er du décret, le contrat d'aide à la jeunesse contient les informations suivantes :

1° le nom, le prénom, la date de naissance et le domicile des enfants concernés par le contrat d'aide à la jeunesse

2° nom, prénom, date de naissance et domicile des personnes exerçant l'autorité parentale des enfants concernés par le contrat d'aide à la jeunesse

3° les coordonnées des prestataires d'aide à la jeunesse et des prestataires de services chargés de la mise en œuvre de la mesure d'aide à la jeunesse ;

4° les modalités d'évaluation de la mise en œuvre du contrat d'aide à la jeunesse ;

5° Le cas échéant, les modalités de la coordination mentionnée à l'article 32 du décret ;

6° les informations relatives aux dépenses et frais spéciaux des personnes exerçant l'autorité parentale mentionnés à l'article 112 du décret et à l'aide financière mentionnée à l'article 114 du décret ;

7° le cas échéant, les modalités de financement du coût de la vie mentionnées à l'article 49.

Art. 8 - Signature du contrat d'aide à la jeunesse

Le désintérêt manifeste visé à l'article 30, §2, alinéa 2, point 2, du décret est constaté par un ou plusieurs des éléments suivants :

1° la personne qui exerce l'autorité parentale n'a pas eu de contact personnel avec l'enfant depuis un an, alors que cela aurait été possible d'après les connaissances du domaine ;

2° la personne qui exerce l'autorité parentale n'exerce pas d'influence sur la vie de l'enfant

3° la personne exerçant l'autorité parentale informe par écrit le département de son désintérêt.

Art. 9 - Modalités de mise en œuvre de la coordination

Pour la mise en œuvre de la coordination mentionnée à l'article 32 du décret, le département peut :

1° obtenir des informations sur le travail d'autres prestataires de services qui travaillent avec l'enfant concerné et ses personnes exerçant l'autorité parentale

2° développer un objectif commun pour l'enfant et ses personnes qui exercent l'autorité parentale

3° clarifier la répartition des tâches et des responsabilités de tous les prestataires d'aide à la jeunesse et de services impliqués ;

4° vérifier le respect des tâches convenues.

L'enfant qui a le discernement nécessaire et ses personnes exerçant l'autorité parentale sont informés des réunions de coordination et de leur contenu. Ils sont invités à participer aux réunions de coordination si nécessaire.

Art. 10 - Modalités de la demande d'entretien de clarification

La demande d'entretien de clarification mentionnée à l'alinéa 1er de l'article 34 du décret est introduite auprès du département dans un délai de cinq jours ouvrables à compter de la réception de la communication écrite mentionnée à l'alinéa 1er de l'article 34 du décret. Le cachet de la poste ou l'horodatage électronique fait foi.

Le service transmet directement au médiateur mentionné à l'alinéa 2 de l'article 34 du décret la demande d'entretien d'explicitation.

Art. 11 - Modalités de l'entretien d'explicitation

L'entretien de clarification a lieu dans un délai de dix jours ouvrables à compter de la réception par le médiateur de la demande mentionnée à l'article 10.

Le médiateur invite l'enfant concerné, ses personnes exerçant l'autorité parentale et le service à un entretien de clarification.

Le médiateur transmet aux parties un rapport sur les résultats de la réunion de clarification dans les cinq jours ouvrables suivant la fin de la réunion de clarification.

Section 2 - Aide à la jeunesse par voie judiciaire

Art. 12 - Contenu du contrat

Outre les informations mentionnées à l'article 40, §2, alinéa 3, du décret, le contrat contient les informations suivantes :

1° le nom, le prénom, la date de naissance et le domicile des enfants concernés par le contrat

2° les nom, prénom, date de naissance et domicile des personnes exerçant l'autorité parentale sur les enfants concernés par le contrat

3° les coordonnées des prestataires de services d'aide à la jeunesse et des prestataires de services chargés de la mise en œuvre de la mesure judiciaire d'aide à la jeunesse ;

4° l'objectif et la durée des mesures judiciaires d'aide à la jeunesse ;

5° les modalités d'évaluation de la mise en œuvre du contrat ;

6° le cas échéant, les modalités de la coordination mentionnée à l'article 40, §2, alinéa 1er, du décret ;

7° les informations relatives à la participation aux frais mentionnée à l'article 110 du décret ;

8° les informations relatives aux dépenses et frais spéciaux des personnes exerçant l'autorité parentale mentionnés à l'article 112 du décret et à l'aide financière mentionnée à l'article 114 du décret ;

9° le cas échéant, les modalités de financement du coût de la vie mentionnées à l'article 49.

Section 3 - Prolongation de l'accompagnement à la majorité

Art. 13 - Demande de prolongation

Le service examine la demande de renouvellement introduite conformément à l'article 50, §2, du décret, dans un délai de 15 jours à compter de la réception de la demande de renouvellement, au regard de l'objectif mentionné à l'article 50, §1er, alinéa 1er, du décret. A cette fin, il peut demander un avis aux prestataires de services d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse ou aux prestataires de services chargés de la mise en œuvre de la mesure d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse.

Sur la base de ses conclusions, le département rédige, dans le délai visé à l'alinéa 1er, un avis qu'il transmet au ministre.

Dans les quinze jours de la réception de l'avis du département ou de l'expiration du délai visé à l'alinéa 1er, le ministre décide d'autoriser la prolongation et sa durée ou de la refuser.

La décision d'autoriser la prolongation et sa durée ou de la refuser est transmise sans délai à l'enfant ou au jeune. En l'absence de décision à l'expiration du délai mentionné à l'alinéa 3, la prolongation est réputée autorisée.

Le ministre peut assortir l'autorisation de prolongation de conditions à respecter par le jeune adulte.

Art. 14 - Renouvellement de la prolongation

§1 - La demande écrite de renouvellement est déposée auprès du département au plus tard un mois avant l'expiration de la durée du renouvellement mentionnée à l'article 13 alinéa 1er.

Le département examine la demande soumise conformément à l'article 13, alinéa 1er.

Sur la base de ses conclusions, le département émet un avis dans un délai de 15 jours à compter de la réception de la demande de renouvellement, qu'il transmet au ministre. En l'absence d'avis à l'issue de ce délai, celui-ci est réputé favorable.

Dans les quinze jours de la réception de l'avis de la section ou de l'expiration du délai visé à l'alinéa 3, le ministre décide d'autoriser le renouvellement de la prolongation et sa durée ou de refuser le renouvellement de la prolongation.

La décision d'autoriser le renouvellement de la prolongation et sa durée ou de refuser le renouvellement de la prolongation est transmise sans délai au jeune adulte. En l'absence de décision à l'issue du délai mentionné à l'alinéa 4, le renouvellement de la prolongation est réputé autorisé.

§2 - Le ministre peut subordonner l'autorisation de renouvellement de la prolongation à des conditions à respecter par le jeune adulte.

Art. 15 - Fin de la prolongation

La fin anticipée de la prolongation par le département se fait par écrit sur la base d'une notification motivée.

Le département peut mettre fin à la prolongation si le jeune adulte ne respecte pas les obligations mentionnées à l'article 13, alinéa 5, ou à l'article 14, §2, ou si l'objectif mentionné à l'article 50, §1, alinéa 2, du décret, qui est à l'origine de la prolongation, a été atteint.

La fin de la prolongation entraîne la fin de toutes les mesures d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse pour le jeune adulte.

CHAPITRE 4 - PROTECTION DE LA JEUNESSE

Section 1 - Traitement de l'affaire par le ministère public

Art. 16 - Contrat de mise en œuvre de certaines obligations

Outre les informations mentionnées à l'article 59, §3, alinéa 3, du décret, le contrat contient les informations suivantes :

1° le nom, le prénom, la date de naissance et le domicile du mineur suspecté concerné par les obligations ;

2° le nom, le prénom, la date de naissance et le domicile de la personne exerçant l'autorité parentale du mineur suspecté d'avoir commis l'infraction et concerné par les obligations ;

3° les coordonnées du fournisseur de services de protection des mineurs ou du prestataire de services qui participe à l'organisation et à la vérification des obligations ;

4° l'objectif des obligations mentionnées à l'article 59, §1er, alinéa 1er, du décret, ainsi que le délai dans lequel elles doivent être exécutées ;

5° les modalités d'évaluation et de vérification du respect des obligations par le mineur suspecté ;

6° les informations relatives à la participation aux frais mentionnée à l'article 110 du décret ;

7° les informations relatives aux dépenses spéciales mentionnées à l'article 112 du décret.

Section 2 - Traitement de l'affaire par le juge des mineurs et le tribunal de la jeunesse

Art. 17 - Contrat de mise en œuvre et de coordination des mesures de protection des mineurs

Outre les informations mentionnées à l'article 66, §2, alinéa 3, du décret, le contrat contient les informations suivantes :

1° le nom, le prénom, la date de naissance et le domicile du jeune concerné par le contrat

2° les nom, prénom, date de naissance et domicile des personnes exerçant l'autorité parentale sur le jeune concerné par le contrat

3° les coordonnées des fournisseurs de services de protection des mineurs et des prestataires de services chargés de la mise en œuvre de la mesure de protection des mineurs ;

4° l'objectif et la durée des mesures de protection des mineurs ;

5° les modalités d'évaluation de la mise en œuvre du contrat ;

6° le cas échéant, les modalités de la coordination mentionnée à l'article 66, §2, alinéa 1er, du décret ;

7° les informations relatives à la participation aux frais mentionnée à l'article 110 du décret ;

8° les informations relatives aux dépenses spéciales et aux dépenses des personnes exerçant l'autorité parentale mentionnées à l'article 112 du décret ;

9° le cas échéant, les modalités de financement du coût de la vie mentionnées à l'article 49.

CHAPITRE 5 - RECONNAISSANCE ET SUBVENTIONS

Section 1 - Reconnaissance des prestataires d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse

Sous-section 1 - Reconnaissance

Art. 18 - Conditions de qualification

§1 - Pour obtenir l'agrément en tant que prestataire d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse, la personne morale qui, dans la région de langue allemande, exerce principalement son activité dans le domaine de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse, remplit les conditions de qualification suivantes :

1° le dirigeant de la personne morale est au moins titulaire d'un diplôme de bachelier à orientation sociale ou d'un titre d'études équivalent et dispose d'une expérience professionnelle d'au moins trois ans dans le domaine social ;

2° au moins 60 % du personnel de la personne morale chargé du traitement, de l'accompagnement ou de la prise en charge ambulatoires, semi-hospitaliers ou hospitaliers est au moins titulaire d'un diplôme de bachelier à orientation sociale ou d'un titre d'études équivalent ;

3° le personnel restant chargé du traitement, de l'accompagnement ou de la prise en charge ambulatoire, semi-hospitalière ou hospitalière dispose au moins du certificat de fin d'études secondaires générales ou techniques ou d'un certificat d'études équivalent.

Par dérogation à l'alinéa 1er , points 2 et 3, le ministre peut autoriser les titulaires d'autres qualifications, pour autant qu'il existe une expérience professionnelle exceptionnellement utile, une formation particulière pour la fonction concernée ou une pénurie de main-d'œuvre avérée pour la qualification requise. Le ministre prend sa décision après avis du service spécialisé dans les 60 jours suivant la réception de la demande écrite complète. En l'absence de décision dans le délai imparti, la demande est considérée comme acceptée.

§2 - Pour obtenir l'agrément en tant que prestataire d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse, la personne physique qui exerce principalement son activité dans le domaine de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse sur le territoire germanophone dispose au moins du diplôme de bachelier à orientation sociale ou d'un certificat d'études équivalent.

Par dérogation à l'alinéa 1er, le ministre peut admettre les titulaires d'autres qualifications, pour autant qu'il existe une expérience professionnelle exceptionnellement utile, une formation particulière pour la fonction concernée ou une pénurie de main-d'œuvre avérée pour la qualification requise. Le ministre prend sa décision après avis du service spécialisé dans les 60 jours suivant la réception de la demande écrite complète. En l'absence de décision dans le délai imparti, la demande est considérée comme acceptée.

Art. 19 - Conditions relatives à l'infrastructure

L'infrastructure de la personne morale est conçue de manière à garantir la mise en œuvre des formes d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse mentionnées aux articles 9, 10 ou 11 du décret. A cet effet, il est veillé à ce que les locaux :

1° assurer la protection de la vie privée des enfants, des adolescents, des jeunes adultes et de leurs personnes exerçant l'autorité parentale

2° sont équipés en fonction de leur âge et de leurs besoins

3° sont en bon état et propres ;

4° sont conçues de manière à garantir une sécurité maximale. cette fin, les personnes morales s'efforcent d'identifier tous les dangers et risques potentiels. Elles prennent toutes les mesures nécessaires pour créer un environnement sûr où le risque d'accident est réduit.

Art. 20 - Procédure de reconnaissance

§1 - Pour obtenir l'agrément en tant que prestataire d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse, les personnes physiques ou morales soumettent une demande écrite au service.

§2 - Outre les documents mentionnés à l'article 87, §1er, alinéa 2, du décret, la demande est accompagnée de la description du mode de fonctionnement comprenant au moins les informations suivantes :

1° s'il s'agit de personnes morales, la structure organisationnelle ;

2° les critères visant à garantir l'assurance et le développement de la qualité ;

3° la charte et les objectifs ;

4° s'il s'agit de personnes morales, la description des fonctions du personnel ;

5° le profil des bénéficiaires ;

6° la capacité d'accueil ;

7° les procédures et les méthodes utilisées dans le cadre du traitement, de l'accompagnement ou de la prise en charge ambulatoires, semi-hospitaliers ou hospitaliers ;

8° une politique de protection contre la violence, des procédures appropriées d'autoreprésentation et de participation des bénéficiaires, ainsi que le traitement des plaintes ;

9° les procédures de collaboration avec les pouvoirs adjudicateurs ainsi qu'avec d'autres prestataires de services et acteurs ;

10° un concept de mise en œuvre des prescriptions déontologiques ;

11° les modalités de financement.

§3 - La demande est introduite par voie postale ou électronique. Le cachet de la poste ou l'horodatage électronique fait foi.

§4 - Le département vérifie que la demande de reconnaissance déposée est complète, ainsi que les documents et informations qui l'accompagnent. Si la demande est complète, le département envoie une confirmation au demandeur dans un délai de 30 jours. Si la demande n'est pas complète, le domaine spécialisé demande au demandeur les informations ou documents manquants.

Sur la base de ses conclusions, le département émet un avis dans les 60 jours suivant la réception de la demande complète, qu'il transmet au ministre. En l'absence d'avis à l'issue de ce délai, celui-ci est réputé favorable.

Le ministre prend la décision d'accorder ou de refuser la reconnaissance dans les trente jours suivant la réception de l'avis du département ou l'expiration du délai visé à l'alinéa 2. En l'absence de décision dans le délai imparti, la reconnaissance est réputée accordée.

La décision d'octroi ou de refus de l'agrément est transmise sans délai au prestataire d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse.

Art. 21 - Procédure de modification de la reconnaissance

S'il est constaté, conformément à l'article 87, §3, point 2, du décret, que les données mentionnées dans l'agrément ne correspondent plus à la réalité ou qu'il est nécessaire, pour d'autres raisons, de modifier les données mentionnées dans l'agrément, le prestataire de services d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse introduit une nouvelle demande d'agrément auprès du service spécialisé pour la modification de l'agrément.

La demande contient les documents et informations mentionnés à l'article 87, §1er, alinéa 2, du décret et à l'article 20, §2, dans la mesure où ils diffèrent de la demande initiale.

La demande est envoyée par courrier ou sous forme électronique. Le département accuse réception de la demande dans un délai de 30 jours. La date du cachet de la poste ou de l'horodatage électronique fait foi.

Le département examine si une modification de la reconnaissance est justifiée et transmet un avis au ministre dans les 60 jours suivant la réception de la demande. En l'absence d'avis à l'issue de ce délai, celui-ci est réputé favorable.

Le ministre prend une décision d'approbation ou de refus de l'amendement dans les trente jours suivant la réception de l'avis de la section spécialisée ou l'expiration du délai visé à l'alinéa 4. En l'absence de décision dans le délai imparti, l'amendement est réputé approuvé.

La décision d'approuver ou de refuser la modification est immédiatement transmise au prestataire d'aide à la jeunesse ou de protection des mineurs.

Le service consigne par écrit toute approbation ou refus de modification, sa justification ainsi que sa durée.

Art. 22 - Procédure de renouvellement de la reconnaissance

Pour le renouvellement de la reconnaissance, le prestataire d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse dépose une nouvelle demande de reconnaissance auprès du service spécialisé au plus tard trois mois avant l'expiration de la reconnaissance.

La demande contient

1° les documents et informations mentionnés à l'article 87, § 1er, alinéa 2, du décret et à l'article 20, § 2, dans la mesure où ils diffèrent de la demande initiale ;

2° les documents attestant que les obligations mentionnées à l'article 89 du décret et à l'article 25 continuent d'être remplies.

L'article 20, §§3 et 4, est applicable par analogie.

Art. 23 - Procédure d'équivalence de la reconnaissance

Pour l'assimilation de la reconnaissance à l'établissement du service dans la région de langue allemande, les demandeurs visés à l'article 88, § 1er, alinéa 1er, du décret introduisent une demande écrite auprès du Gouvernement. Celle-ci contient les informations et documents suivants :

1° la reconnaissance délivrée par une autorité d'une autre Communauté, d'un autre État membre de l'Union européenne ou d'un pays candidat à un accord d'association conclu avec l'Union européenne ;

2° la reconnaissance traduite en allemand ;

3° les dispositions juridiques traduites en allemand sur lesquelles se fonde la reconnaissance ;

4° les coordonnées de l'autorité qui a accordé la reconnaissance ;
5° la description de la méthode de travail mentionnée à l'article 20, §2.

Le département vérifie que la demande d'équivalence de reconnaissance est complète. Si la demande est complète, le service envoie une confirmation au demandeur. Si la demande n'est pas complète, le service demande les documents ou informations manquants au demandeur.

Sur la base de ses conclusions, le département émet un avis dans les 60 jours suivant la réception de la demande complète, qu'il transmet au ministre. En l'absence d'avis à l'issue de ce délai, celui-ci est réputé favorable.

Le ministre prend une décision sur l'assimilation de la reconnaissance dans les trente jours suivant la réception de l'avis du département ou l'expiration du délai visé à l'alinéa 3. En l'absence de décision dans le délai imparti, la reconnaissance est réputée assimilée.

La décision d'assimilation de la reconnaissance ou de refus d'assimilation de la reconnaissance est notifiée sans délai au demandeur.

Si des traductions sont nécessaires, les frais qui en découlent sont à la charge du demandeur.

Art. 24 - Possibilités d'opposition

Le prestataire d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse peut introduire un recours auprès du Gouvernement en cas de refus de reconnaissance, de refus de modification de la reconnaissance ou de refus d'assimilation de la reconnaissance. Le recours n'a pas d'effet suspensif.

Le prestataire de services d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse transmet le recours motivé, accompagné de toutes les pièces pertinentes, au Gouvernement par lettre recommandée ou contre accusé de réception dans les vingt et un jours à dater du troisième jour suivant l'envoi de la décision de refus d'agrément visée à l'article 20, §4, alinéa 4, de la décision de refus de modification d'agrément visée à l'article 21, alinéa 6, ou de la décision de refus d'assimilation d'agrément visée à l'article 23, alinéa 5.

Le Gouvernement informe le département de l'opposition. Celui-ci transmet un avis au Gouvernement dans un délai fixé par celui-ci.

Le gouvernement décide, dans un délai de 60 jours à compter de la réception de l'opposition, d'octroyer la reconnaissance, d'autoriser la modification de la reconnaissance ou d'accorder l'équivalence de la reconnaissance.

En l'absence de décision dans le délai imparti, la décision contre laquelle l'opposition a été introduite est réputée confirmée.

Art. 25 - Obligations relatives au maintien de la reconnaissance

Pour le maintien de l'agrément mentionné à l'article 1er du décret, les prestataires agréés d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse respectent au moins les autres obligations suivantes :
1° ils accomplissent leurs tâches et fournissent leurs services dans le respect des personnes et de leur vie privée et familiale, sans discrimination
2° ils respectent les objectifs des mesures d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse mentionnées aux articles 9, 10 et 11 du décret pour lesquelles ils ont obtenu l'agrément ;
3° ils gèrent un dossier individuel pour chaque bénéficiaire ;

4° ils portent à la connaissance du secteur spécialisé tout événement susceptible d'avoir des répercussions sur l'exercice de leurs fonctions et de leurs services ou de porter atteinte à l'intégrité des enfants et des adolescents ;

5° ils font appel à des conseils externes lorsqu'une situation individuelle l'exige.

Art. 26 - Rapport d'activité

Le rapport sur la mise en œuvre des tâches relatives à l'année précédente, mentionné au point 4 de l'alinéa 1er de l'article 89 du décret, peut être transmis par écrit au département ou être présenté oralement dans le cadre d'un dialogue avec le département.

Le rapport contient au moins les informations suivantes :

1° le nombre de traitements, d'accompagnements ou de prises en charge ;

2° une description des projets et des thèmes traités par rapport à l'année précédente

3° une analyse globale sur l'efficacité des traitements, accompagnements ou prises en charge et les enjeux qui en découlent.

Art. 27 - Réunions d'inspection

Dans le cadre des réunions d'inspection mentionnées au 5° de l'article 89, alinéa 1er, du décret, la spécialité vérifie que les conditions à l'origine de la reconnaissance mentionnées à l'article 86 du décret, les autres obligations mentionnées à l'article 1er du décret, ainsi que les obligations mentionnées à l'article 25 sont toujours remplies.

Le prestataire agréé d'aide à la jeunesse ou de protection des mineurs fournit au service, sur demande, tous les renseignements et documents nécessaires à l'examen.

Les réunions d'inspection prennent la forme d'un dialogue sur la qualité entre le service spécialisé et le prestataire agréé d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse.

Si nécessaire, le service peut faire appel à des experts externes pour les réunions d'inspection.

Sous-section 2 - Suspension et retrait de la reconnaissance

Art. 28 - Suspension de la reconnaissance

§1 - Si le prestataire d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse ne respecte pas les obligations mentionnées dans le décret ou dans le présent arrêté, le pôle le met en demeure de s'y conformer dans un délai de 30 jours.

Sur demande motivée, le prestataire d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse peut, au plus tard dix jours avant l'expiration du délai mentionné à l'alinéa 1er, demander au service spécialisé une seule prolongation de ce délai, d'une durée maximale de trente jours.

Le ministre est informé du non-respect par le département.

§2 - Si, après la mise en demeure visée au §1 alinéa 1er, le prestataire de services d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse persiste à ne pas respecter ses obligations, le ministre suspend l'agrément sur la base d'un avis du secteur spécialisé.

Avant la suspension, le ministre notifie son intention par lettre recommandée au prestataire de services d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse concerné. Celui-ci peut, dans un délai de sept jours à compter du troisième jour suivant l'envoi de la lettre d'intention, introduire une demande

d'audition auprès du ministre. Cette audition a lieu dans les 30 jours suivant l'envoi de la lettre recommandée. La date du cachet de la poste ou de l'horodateur électronique fait foi.

Le ministre décide, dans les trente jours suivant cette consultation ou l'expiration du délai visé à l'alinéa 2, de la suspension de la reconnaissance et de la durée de cette suspension.

La décision de suspendre l'agrément est immédiatement transmise au prestataire d'aide à la jeunesse et de protection des mineurs.

§3 - Le prestataire de services d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse informe immédiatement par écrit les personnes qui ont déjà bénéficié du traitement, de l'accompagnement ou de la prise en charge avant la notification de la décision de suspension de l'agrément des motifs de la suspension et en apporte la preuve au secteur spécialisé.

§4 - Conformément à l'article 90 §3 du décret, le prestataire de services d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse ne propose plus de nouveaux services pendant la durée de la suspension de l'agrément.

Pendant la durée de la suspension de l'agrément, aucune subvention ne sera plus versée au prestataire d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse pour ses services.

§5 - Si le prestataire de services d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse respecte ses obligations, le ministre met fin à la suspension de l'agrément et peut verser rétroactivement les subventions qui n'ont pas été versées entre-temps.

§6 - Le prestataire de services d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse peut introduire un recours auprès du Gouvernement en cas de suspension de l'agrément. Le recours n'a pas d'effet suspensif.

Le prestataire de services d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse transmet l'opposition motivée, accompagnée de tous les documents pertinents, au Gouvernement par courrier recommandé ou contre accusé de réception dans les vingt et un jours à dater du troisième jour suivant l'envoi de la décision de suspension de l'agrément visée au §2, alinéa 4.

Le Gouvernement informe le département de l'opposition. Celui-ci transmet un avis au Gouvernement dans un délai fixé par celui-ci.

Le gouvernement décide, dans un délai de 60 jours à compter de la réception de l'opposition, de maintenir ou de mettre fin à la suspension de la reconnaissance.

En l'absence de décision dans le délai imparti, la décision contre laquelle l'opposition a été introduite est réputée confirmée.

Art. 29 - Retrait de la reconnaissance

§1 - Si le prestataire de services d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse persiste à ne pas respecter ses obligations à l'issue de la période de suspension de l'agrément visée à l'article 28, §2, alinéa 1er, le ministre lui retire l'agrément sur la base d'un avis du secteur professionnel.

Avant de retirer l'agrément, le ministre notifie son intention par lettre recommandée au prestataire d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse concerné. Celui-ci peut introduire une demande d'audition auprès du ministre dans un délai de sept jours à compter du troisième jour suivant l'envoi de la lettre d'intention. Cette audition a lieu dans les 30 jours suivant l'envoi de la lettre recommandée.

La date du cachet de la poste ou de l'horodateur électronique fait foi.

Le ministre décide du retrait de la reconnaissance dans les trente jours suivant cette consultation ou l'expiration du délai visé à l'alinéa 2.

La décision de retrait de l'agrément est transmise sans délai au prestataire d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse.

§2 - Le prestataire d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse informe immédiatement par écrit les personnes qui ont déjà bénéficié du traitement, de l'accompagnement ou de la prise en charge avant l'introduction de la procédure de retrait des motifs de la procédure de retrait et en apporte la preuve au service spécialisé.

§3 - Le retrait de la reconnaissance met fin au subventionnement par la Communauté germanophone.

§4 - Le prestataire de services d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse peut introduire un recours auprès du Gouvernement en cas de retrait de l'agrément. Le recours n'a pas d'effet suspensif.

Le prestataire de services d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse transmet le recours motivé, accompagné de toutes les pièces pertinentes, au Gouvernement par lettre recommandée ou contre accusé de réception dans les vingt et un jours à dater du troisième jour suivant l'envoi de la décision de retrait de l'agrément visée au § 1er, alinéa 1er.

Le Gouvernement informe le département de l'opposition. Celui-ci transmet un avis au Gouvernement dans un délai fixé par celui-ci.

Le gouvernement décide du retrait de la reconnaissance dans les 60 jours suivant la réception de l'opposition.

En l'absence de décision dans le délai imparti, la décision contre laquelle l'opposition a été introduite est réputée confirmée.

Art. 30 - Fin des services

Le prestataire de services d'aide à la jeunesse et de protection des mineurs informe par écrit le service de toute cessation volontaire, temporaire ou définitive, de ses services qui ne résulte pas d'un retrait d'agrément conformément à l'article 29. Les périodes de vacances et les jours fériés sont exclus de cette disposition.

Le projet du prestataire de services d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse est communiqué par écrit au ministre au moins trois mois avant l'engagement temporaire envisagé et six mois avant l'engagement définitif envisagé.

L'arrêt définitif entraîne le retrait de l'agrément de plein droit et la fin du subventionnement éventuel par la Communauté germanophone.

Le prestataire de services d'aide à la jeunesse dont l'agrément a été retiré ou est arrivé à échéance, ou qui cesse temporairement ses services, prend, en accord avec le secteur spécialisé, toute mesure appropriée pour assurer la continuité du traitement, de l'accompagnement ou de la prise en charge dans l'intérêt des personnes concernées et transmet sans délai au secteur spécialisé tout dossier en sa possession.

Section 2 - Reconnaissance des familles d'accueil

Sous-section 1 - Reconnaissance

Art. 31 - Procédure de reconnaissance

Pour obtenir l'agrément de famille d'accueil, les personnes physiques mentionnées à l'article 93 du décret achèvent la préparation à la prise en charge.

Si la préparation à la garde est considérée comme achevée conformément à l'article 42, §4, alinéa 3, le Ministre accorde l'agrément dans les 30 jours de la réception de la communication visée à l'article 42, §4, alinéa 5, relative à l'achèvement de la préparation à la garde par les candidats à la garde.

Si la préparation à la garde est considérée comme non achevée conformément à l'article 42, §4, alinéa 4, le Ministre refuse l'agrément dans les 30 jours de la réception de la notification visée à l'article 42, §4, alinéa 5, concernant la non-achèvement de la préparation à la garde par les candidats à la garde.

La décision d'agrément ou de refus d'agrément est transmise sans délai aux candidats à l'accueil familial.

Art. 32 - Procédure de modification de la reconnaissance

Si les données mentionnées dans l'agrément ne correspondent plus à la réalité ou si, pour d'autres raisons, il est nécessaire de modifier les données mentionnées dans l'agrément, la famille d'accueil introduit une demande de modification de l'agrément auprès du service spécialisé.

La demande contient les documents et informations justifiant la modification de la reconnaissance.

La demande est envoyée par courrier ou sous forme électronique. Le département accuse réception de la demande dans un délai de 30 jours. La date du cachet de la poste ou de l'horodatage électronique fait foi.

Le département examine si une modification de la reconnaissance est justifiée et transmet un avis au ministre dans les 60 jours suivant la réception de la demande. En l'absence d'avis à l'issue de ce délai, celui-ci est réputé favorable.

Le ministre prend une décision d'approbation ou de refus de l'amendement dans les trente jours suivant la réception de l'avis de la section spécialisée ou l'expiration du délai visé à l'alinéa 4. En l'absence de décision dans le délai imparti, l'amendement est réputé approuvé.

La décision d'approbation ou de refus de la modification est transmise sans délai à la famille d'accueil.

Le service consigne par écrit toute approbation ou refus de modification, sa justification ainsi que sa durée.

Art. 33 - Procédure de renouvellement de la reconnaissance

Pour le renouvellement de l'agrément, la famille d'accueil dépose une demande de renouvellement de l'agrément auprès du service spécialisé au plus tard un mois avant l'expiration de l'agrément.

La demande est soumise par voie postale ou électronique. Le cachet de la poste ou l'horodatage électronique fait foi.

La demande est accompagnée de documents attestant que les conditions mentionnées à l'article 93 du décret et les obligations mentionnées à l'article 95 du décret sont toujours remplies.

Le service vérifie que la demande de renouvellement de la reconnaissance est complète et qu'elle est accompagnée des documents requis. Si la demande est complète, le service transmet une confirmation à la famille d'accueil. Si la demande n'est pas complète, le service demande les documents manquants à la famille d'accueil.

Sur la base de ses conclusions, le département émet un avis dans les 15 jours suivant la réception de la demande complète, qu'il transmet au ministre. En l'absence d'avis à l'issue de ce délai, celui-ci est réputé favorable.

Le ministre prend une décision de renouvellement ou de refus de renouvellement de la reconnaissance dans les quinze jours suivant la réception de l'avis du secteur professionnel ou l'expiration du délai visé à l'alinéa 5. En l'absence de décision dans le délai imparti, la reconnaissance est réputée renouvelée.

La décision de renouvellement ou de refus de renouvellement de l'agrément est transmise sans délai à la famille d'accueil.

Art. 34 - Possibilités d'opposition

Les candidats à l'accueil ou les familles d'accueil peuvent introduire un recours auprès du Gouvernement en cas de refus d'agrément, de refus de modification d'agrément ou de refus de renouvellement d'agrément. Le recours n'a pas d'effet suspensif.

Les candidats à l'accueil familial ou les familles d'accueil adressent le recours motivé, accompagné de toutes les pièces pertinentes, au Gouvernement par lettre recommandée ou contre accusé de réception dans les vingt et un jours à dater du troisième jour suivant l'envoi de la décision de refus d'agrément visée à l'article 31, alinéa 4, de la décision de refus de modification d'agrément visée à l'article 32, alinéa 6, ou de la décision de refus de renouvellement d'agrément visée à l'article 33, alinéa 7.

Le Gouvernement informe le département de l'opposition. Celui-ci transmet un avis au Gouvernement dans un délai fixé par celui-ci.

Le gouvernement décide, dans un délai de 60 jours à compter de la réception de l'opposition, d'octroyer la reconnaissance, d'approuver la modification de la reconnaissance ou de renouveler la reconnaissance.

En l'absence de décision dans le délai imparti, la décision contre laquelle l'opposition a été introduite est réputée confirmée.

Art. 35 - Obligations relatives au maintien de la reconnaissance

Pour le maintien de l'agrément mentionné à l'alinéa 2 de l'article 95 du décret, les familles d'accueil s'engagent à porter à la connaissance du secteur spécialisé tout événement susceptible d'avoir des conséquences sur la prise en charge ou de porter atteinte à l'intégrité des enfants et adolescents.

Sous-section 2 - Suspension et retrait de la reconnaissance

Art. 36 - Suspension de la reconnaissance

§1 - Si la famille d'accueil ne respecte pas les obligations mentionnées dans le décret ou dans le présent arrêté, le secteur professionnel la met en demeure de s'y conformer dans un délai de 30 jours.

Sur demande motivée, la famille d'accueil peut, au plus tard dix jours avant l'expiration du délai mentionné à l'alinéa 1er, demander au service spécialisé une seule prolongation de ce délai, d'une durée maximale de trente jours.

Le ministre est informé du non-respect par le département.

§2 - Si, après la mise en demeure visée au § 1er alinéa 1er, la famille d'accueil persiste à ne pas respecter ses obligations, le ministre suspend l'agrément sur la base d'un avis du secteur spécialisé.

Avant la suspension, le ministre notifie son intention par lettre recommandée à la famille d'accueil concernée. Celle-ci peut introduire une demande d'audition auprès du ministre dans un délai de sept jours à compter du troisième jour suivant l'envoi de la lettre d'intention. Cette audition a lieu dans les trente jours suivant l'envoi de la lettre recommandée. La date du cachet de la poste ou de l'horodateur électronique fait foi.

Le ministre décide, dans les trente jours suivant cette consultation ou l'expiration du délai visé à l'alinéa 2, de la suspension de la reconnaissance et de la durée de cette suspension.

La décision de suspendre l'agrément est immédiatement transmise à la famille d'accueil.

§3 - Pendant la durée de la suspension de la reconnaissance :
1° la famille d'accueil n'est plus rémunérée pour les services qu'elle fournit ;
2° la famille d'accueil ne doit pas prendre en charge de nouveaux enfants placés.

§4 - Si la famille d'accueil respecte ses obligations, le ministre met fin à la suspension de l'agrément et peut verser rétroactivement l'allocation de soins qui n'a pas été versée entre-temps.

§5 - En cas de suspension de la reconnaissance, la famille d'accueil peut faire appel auprès du gouvernement. Le recours n'a pas d'effet suspensif.

La famille d'accueil transmet au Gouvernement l'opposition motivée, accompagnée de tous les documents pertinents, par lettre recommandée ou contre accusé de réception, dans un délai de 21 jours à compter du troisième jour suivant l'envoi de la décision de suspension de l'agrément visée au §2 alinéa 4.

Le Gouvernement informe le département de l'opposition. Celui-ci transmet un avis au Gouvernement dans un délai fixé par celui-ci.

Le Gouvernement décide, dans un délai de 60 jours à compter de la réception de l'opposition, de maintenir ou de mettre fin à la suspension de la reconnaissance. En l'absence de décision dans le délai imparti, la décision contre laquelle l'opposition a été introduite est réputée confirmée.

Art. 37 - Retrait de la reconnaissance

§1 - Si, à l'expiration de la suspension de l'agrément visée à l'article 36, §2, alinéa 3, la famille

d'accueil ne respecte toujours pas ses obligations, le ministre lui retire l'agrément sur la base d'un avis du secteur professionnel.

Avant le retrait de l'agrément, le ministre notifie son intention par lettre recommandée à la famille d'accueil concernée. Celle-ci peut introduire une demande d'audition auprès du ministre dans un délai de sept jours à compter du troisième jour suivant l'envoi de la lettre d'intention. Cette audition a lieu dans les trente jours suivant l'envoi de la lettre recommandée. La date du cachet de la poste ou de l'horodateur électronique fait foi.

Le ministre décide du retrait de la reconnaissance dans les trente jours suivant cette consultation ou l'expiration du délai visé à l'alinéa 2.

La décision de retrait de l'agrément est transmise sans délai à la famille d'accueil.

§2 - Le retrait de la reconnaissance met fin au versement de l'allocation de soins par la Communauté germanophone.

§3 - En cas de retrait de l'agrément, la famille d'accueil peut introduire un recours auprès du gouvernement. Le recours n'a pas d'effet suspensif.

La famille d'accueil transmet le recours motivé au Gouvernement, accompagné de toutes les pièces pertinentes, par lettre recommandée ou contre accusé de réception, dans les vingt et un jours à compter du troisième jour suivant l'envoi de la décision de retrait d'agrément visée au § 1er alinéa 1er.

Le Gouvernement informe le département de l'opposition. Celui-ci transmet un avis au Gouvernement dans un délai fixé par celui-ci.

Le gouvernement décide du retrait de la reconnaissance dans les 60 jours suivant la réception de l'opposition.

En l'absence de décision dans le délai imparti, la décision contre laquelle l'opposition a été introduite est réputée confirmée.

Art. 38 - Fin de la curatelle

La famille d'accueil informe le service de toute cessation volontaire, temporaire ou définitive, de ses services qui ne résulte pas d'un retrait d'agrément en vertu de l'article 37.

Le projet de la famille d'accueil est immédiatement communiqué au ministre.

La cessation définitive entraîne le retrait de plein droit de la reconnaissance et la fin du versement éventuel de l'allocation de soins par la Communauté germanophone.

La famille d'accueil dont l'agrément a été retiré ou est arrivé à échéance, ou qui cesse temporairement de fournir ses services, prend, en accord avec le service spécialisé, toute mesure appropriée pour assurer la prise en charge future dans l'intérêt des enfants, adolescents ou jeunes adultes concernés.

Sous-section 3 - Préparation de la tutelle

Art. 39 - Questionnaire

Le ministre met à disposition le questionnaire mentionné à l'article 101 du décret, dans lequel les informations et documents suivants sont demandés aux candidats à l'accueil familial :

1° nom, prénom, date et lieu de naissance, nationalité, état civil, composition du ménage

2° langue maternelle et informations sur les autres connaissances linguistiques ;

3° des informations sur l'appartenance religieuse ou les opinions philosophiques ;

4° le lieu de résidence et l'historique des changements de résidence ;

5° numéro de téléphone et adresse électronique ;

6° informations sur la situation familiale et l'environnement social ;

7° informations sur les conditions de logement ;

8° diplôme de fin d'études secondaires, formation et justificatifs d'études ;

9° informations sur la situation professionnelle et les ressources financières ;

10° intérêts, hobbies, vie associative ;

11° informations sur l'état de santé et le développement psychologique et physique

12° informations sur l'histoire de la famille

13° les motivations, les raisons et la compréhension de la tutelle ;

14° informations sur la forme de tutelle.

Art. 40 - Documents d'inscription

Pour pouvoir s'inscrire à la préparation à l'accueil familial, les candidats à l'accueil familial présentent les documents suivants au département :

1° le questionnaire rempli visé à l'article 39 ;

2° une copie de la composition du ménage datant de moins de trois mois ;

3° les extraits du casier judiciaire visés à l'article 93, points 1 et 4, du décret, conformément à l'article 596, alinéa 1er, du Code d'instruction criminelle, datant de moins de trois mois ;

4° une photo des candidats à la famille d'accueil ;

5° en application du 5° de l'article 93 du décret, un certificat médical datant de moins de trois mois attestant que les membres de la famille d'accueil faisant partie du ménage ne présentent pas de problèmes de toxicomanie ou de maladies susceptibles de compromettre gravement l'intégrité de l'enfant ou du jeune.

Art. 41 - Avis du domaine

Lorsque des personnes physiques souhaitent assumer la charge d'un enfant ou d'un adolescent apparenté ou familier, mais ne remplissent pas les conditions d'agrément mentionnées à l'article 93 du décret, le secteur spécialisé établit, dans un délai de trente jours à compter de la réception des documents mentionnés à l'article 40, un avis sur la participation des candidats à la famille d'accueil à la préparation de la charge, qu'il transmet au ministre. En l'absence d'avis à l'issue de ce délai, celui-ci est réputé favorable.

Le domaine spécialisé examine, sur la base de ses connaissances, si le non-respect des conditions de reconnaissance pourrait mettre en danger l'intégrité de l'enfant ou du jeune.

A cette fin, le service peut organiser une ou plusieurs rencontres avec les candidats à l'accueil familial et l'enfant ou l'adolescent.

Le Ministre prend une décision d'autorisation ou de refus de participation à la préparation de la curatelle dans les quinze jours suivant la réception de l'avis du département ou l'expiration du délai visé à l'alinéa 1er. En l'absence de décision dans le délai imparti, la participation est réputée autorisée.

La décision d'autoriser ou de refuser la participation à la préparation de la famille d'accueil est immédiatement transmise aux candidats à la famille d'accueil.

Art. 42 - Contenu, modalités et durée de la préparation de la curatelle

§1 - La préparation de la tutelle mentionnée à l'article 103 du décret comprend :
1° au moins un entretien personnel de préparation avec le département ;
2° un séminaire de préparation ;
3° au moins un entretien personnel final avec le département.

§Dans les quatre mois suivant la réception des documents mentionnés à l'article 40, le service organise au moins un entretien individuel de préparation avec les candidats à l'accueil familial à leur domicile. Si le service le juge nécessaire, des entretiens supplémentaires peuvent être organisés.

Lors de ces entretiens, le service examine avec les candidats à l'accueil familial leur projet d'accueil.

§3 - Le séminaire préparatoire mentionné au §1, point 2, vise à
1° informer les candidats à la famille d'accueil des aspects juridiques et contextuels de la prise en charge ;
2° sensibiliser les candidats à l'accueil familial aux enjeux psychologiques, familiaux et interpersonnels de la relation d'accueil ;
3° réfléchir aux motivations des candidats à la famille d'accueil à accepter une prise en charge.

Dans le cadre du séminaire de préparation, le domaine spécialisé mène au moins un entretien personnel pour l'évaluation socio-psychologique des candidats à l'accueil familial et rédige ensuite un avis socio-psychologique écrit.

L'avis socio-psychologique contient les informations suivantes sur les candidats à l'accueil familial :
1° nom, prénom, date et lieu de naissance, nationalité, état civil, composition du ménage
2° des informations sur la situation familiale et l'environnement social
3° informations sur le développement psychologique ;
4° informations sur l'histoire de la famille
5° informations sur les capacités et les intérêts socio-psychologiques
6° les motivations, les raisons et la compréhension de la prise en charge.

§4 - Dans les quatre mois suivant la fin du séminaire de préparation, le service organise au moins un entretien personnel final avec les candidats à l'accueil familial. Si le département le juge nécessaire, des entretiens supplémentaires peuvent être organisés.

Lors de ces entretiens, le service communique aux candidats à l'accueil familial ses conclusions du séminaire de préparation ainsi que l'évaluation positive ou négative qui en résulte quant à leur aptitude à assumer une charge d'accueil.

En cas d'évaluation positive de l'aptitude, la préparation de la curatelle est considérée comme terminée.

En cas d'évaluation négative de l'aptitude, la préparation de la curatelle est considérée comme non achevée.

Le service informe le ministre de l'achèvement ou de la non-achèvement de la préparation de la curatelle.

§5 - La durée de la préparation à la curatelle est d'au moins 20 heures.

Art. 43 - Assimilation d'une préparation

Conformément à l'article 104 du décret, une autre préparation à la tutelle ou à une autre forme d'accueil peut être assimilée en tout ou partie à la préparation à la tutelle de la spécialité, dans la mesure où elle sensibilise aux enjeux psychologiques, familiaux et relationnels de l'accueil d'un enfant.

Pour obtenir l'équivalence d'une préparation, les candidats à l'accueil familial soumettent une demande écrite au département. Celle-ci contient les informations et documents suivants :

1° les documents mentionnés à l'article 40 ;
2° informations sur l'organisateur de la préparation ;
3° une copie de l'attestation de participation ;
4° des informations sur le contenu de la préparation

Le département vérifie que la demande d'assimilation présentée est complète et que la condition mentionnée à l'alinéa 1er est remplie. Si la demande est complète, le service transmet une confirmation aux candidats à l'accueil familial. Si la demande n'est pas complète, le domaine spécialisé demande aux candidats à l'accueil familial de fournir les informations ou documents manquants.

Sur la base de ses conclusions, le département émet un avis dans les 60 jours suivant la réception de la demande complète, qu'il transmet au ministre. En l'absence d'avis à l'issue de ce délai, celui-ci est réputé favorable.

Le ministre prend une décision sur l'assimilation de la préparation dans les 30 jours suivant la réception de l'avis du département ou l'expiration du délai visé à l'alinéa 4. En l'absence de décision dans le délai imparti, la préparation est considérée comme totalement assimilée.

La décision d'assimiler totalement ou partiellement la préparation ou de refuser l'assimilation de la préparation est transmise sans délai au demandeur.

En cas d'assimilation partielle de la préparation, le département communique aux candidats à la famille d'accueil les parties de la préparation à la garde qu'ils doivent encore suivre.

Section 3 - Contrat

Art. 44 - Cadre et contenu

Outre les mentions visées à l'article 105 § 1er alinéa 1er du décret, le contrat conclu entre le Gouvernement et les prestataires agréés d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse comporte au moins les mentions complémentaires suivantes :

1° les bénéficiaires des services ;
2° les cadres du personnel ;
3° la capacité d'accueil ;
4° les spécifications qualitatives et quantitatives pour la mise en œuvre des services ;
5° les exigences en matière de comptabilité ;
6° les prescriptions relatives à l'évaluation de la mise en œuvre du traité ;
7° les exigences en matière de protection des données ;
8° les conséquences en cas de non-respect du contrat ;
9° la durée du contrat.

Art. 45 - Cadre et contenu

Outre les mentions visées à l'article 105, §2, alinéa 1er, du décret, le contrat conclu entre le Gouvernement et les prestataires de services agréés d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse ou les prestataires de services comporte au moins les mentions complémentaires suivantes :

1° la description des tâches ;
2° les bénéficiaires des services ;
3° les cadres du personnel ;
4° les spécifications qualitatives et quantitatives pour l'exécution des services ;
5° le montant de la prise en charge des coûts ;
6° les prescriptions relatives à l'évaluation de la mise en œuvre du traité ;
7° les exigences en matière de protection des données ;
8° les conséquences en cas de non-respect du contrat ;
9° la durée du contrat.

CHAPITRE 6 - DISPOSITIONS FINANCIÈRES

Section 1 - Subvention, prise en charge des coûts et allocation de soins

Art. 46 - Conditions de subvention et de prise en charge des coûts

Pour obtenir la subvention visée à l'article 107, alinéa 1er, du décret et pour la prise en charge des coûts visés à l'article 107, alinéa 2, du décret, le prestataire agréé d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse ou le prestataire de services doit garantir que ses services sont appropriés, suffisants, adéquats et économiques. La subvention et la prise en charge des coûts doivent être proportionnelles aux prestations.

Art. 47 - Allocation de soins

§1 - Lorsqu'une famille d'accueil s'occupe d'un enfant, d'un adolescent ou d'un jeune adulte ou, simultanément, de deux enfants, adolescents ou jeunes adultes au maximum, elle reçoit, selon le mode de prise en charge et l'âge des enfants, adolescents ou jeunes adultes pris en charge, des indemnités de prise en charge conformément au tableau ci-dessous :

	Forme de tutelle		
Age	**Soins de longue durée**	**accueil d'urgence**	**Soins à temps partiel**
De 0 à 5 ans	23,65 euros	35,65 euros	29,73 euros
de 6 à 11 ans	24,83 euros	35,65 euros	29,73 euros
à partir de 12 ans	26,01 Euro	35,65 euros	29,73 euros

§2 - Si une famille d'accueil s'occupe simultanément de trois enfants, adolescents ou jeunes adultes ou plus, elle reçoit, en fonction de la forme de prise en charge et de l'âge des enfants, adolescents ou jeunes adultes pris en charge, des allocations de prise en charge conformément au tableau ci-dessous :

	Forme de tutelle		
Age	**Soins de longue durée**	**accueil d'urgence**	**Soins à temps partiel**
De 0 à 5 ans	26,27 Euro	39,61 Euro	29,73 euros
de 6 à 11 ans	27,58 Euro	39,61 Euro	29,73 euros
à partir de 12 ans	28,90 euros	39,61 Euro	29,73 euros

§3 - Lorsqu'une famille d'accueil prend en charge, dans le cadre d'un accueil de longue durée, un ou plusieurs enfants, adolescents ou jeunes adultes n'ouvrant pas droit aux allocations familiales de base mentionnées à l'article 8 du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, elle perçoit,

par dérogation aux § 1er et 2, quel que soit l'âge de l'enfant, de l'adolescent ou du jeune adulte pris en charge, une allocation de placement familial d'un montant de 29,73 euros.

La famille d'accueil transmet au service tout document pertinent permettant de connaître l'absence de droit aux allocations familiales de base mentionnée à l'alinéa 1er.

§4 - L'allocation de soins est versée mensuellement.

§5 - Les montants mentionnés aux §§ 1er, 2 et 3 sont adaptés au 1er janvier de chaque année sur la base des fluctuations de l'indice des prix à la consommation. La référence pour cette adaptation est l'indice des prix à la consommation 129,45 au 1er décembre 2023, qui correspond à la base 100 en 2013.

Section 2 - Participation aux frais

Art. 48 - Participation aux frais des débiteurs d'aliments

§1 - La participation des débiteurs d'aliments aux frais des mesures d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse en établissement se fait sous la forme d'un forfait mensuel à payer, conformément au tableau figurant en annexe.

Seuls les mois complets de prise en charge hospitalière d'enfants, d'adolescents et de jeunes adultes sont pris en compte pour la participation aux frais.

Le montant de la participation aux frais est fixé par le service sur la base des revenus mensuels nets du débiteur d'aliments.

Si les débiteurs d'aliments forment un ménage commun, le montant de la participation aux frais est fixé par le secteur spécialisé sur la base des revenus nets mensuels cumulés des débiteurs d'aliments et du nombre d'enfants, d'adolescents ou de jeunes adultes à charge des débiteurs d'aliments. Chacun des débiteurs d'aliments est solidairement responsable du paiement de la participation aux frais.

Sont considérés comme revenus nets pour l'application du présent article les revenus nets visés à l'article 6 du Code des impôts sur les revenus 1992.

§2 - Par dérogation au § 1er alinéa 1er , les taux de participation suivants sont applicables :
1° si plusieurs enfants, adolescents ou jeunes adultes à charge sont hospitalisés ou soignés en même temps, la participation aux frais s'élève pour le premier à 100%, pour le deuxième à 70% et pour chaque enfant, adolescent ou jeune adulte supplémentaire à 40% du forfait mensuel fixé conformément au §1 alinéa 1er ;
2° pour les personnes à charge ayant au moins deux enfants, adolescents ou jeunes adultes à charge, le forfait mensuel fixé conformément au point 1 est réduit de 30%. Ne sont pas considérés comme étant à charge pour la détermination du montant de la participation financière les enfants, adolescents ou jeunes adultes hospitalisés ou pris en charge dans le cadre du décret.

§3 - Le mois de référence pour la détermination du montant de la participation aux frais est celui qui précède le début de la mesure d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse. Si celui-ci n'est pas représentatif en raison de la situation actuelle du débiteur ou du ménage, le mois représentatif le plus proche s'applique.

Le service veille à ce que les débiteurs d'aliments fournissent, au début de la mesure d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse, les justificatifs de revenus correspondants et les justificatifs

relatifs à la composition du ménage. Si ces justificatifs ne sont pas fournis, la participation aux frais la plus élevée est fixée.

A la place de ces justificatifs, le service peut également accepter le dernier avis d'imposition. Au plus tard le 1er juillet de chaque année, les revenus du nouvel avis d'imposition sont pris en compte.

§4 - Le montant de la participation aux frais peut être adapté à tout moment en fonction d'une modification des revenus nets mensuels ou de la composition du ménage.

Le service attire l'attention des débiteurs d'aliments sur le fait que toute modification des revenus nets mensuels ou de la composition du ménage doit être immédiatement communiquée au service. Le service modifie en conséquence le montant de la participation aux frais à partir du mois suivant la survenance du changement.

§5 - Par dérogation au § 1er, le service peut fixer une participation aux frais correspondant au forfait mensuel le plus bas du barème figurant en annexe, si le débiteur justifie de circonstances particulières justifiant sa situation financière particulière.

§6 - En dérogation aux §§ 1er et 2, le département peut arrêter totalement la participation aux frais si :

1° le débiteur peut prouver que les revenus mensuels nets du débiteur ou du ménage sont inférieurs au revenu d'intégration fixé par la loi ;

2° le débiteur peut prouver qu'il rembourse régulièrement, sur une longue période, des dettes qui sont importantes par rapport à ses revenus nets mensuels ;

3° dans le cas contraire, l'objectif de la mesure d'aide à la jeunesse ou de protection des mineurs serait compromis ;

4° il est probable que la charge administrative qui en résultera sera disproportionnée par rapport à la participation aux frais.

§7 - Le débiteur d'aliments verse mensuellement la participation aux frais sur le compte communiqué par le service.

Les montants de la participation aux frais peuvent être réclamés rétroactivement à partir de la date mentionnée à l'article 110 §2 du décret.

§8 - Si le débiteur d'aliments était déjà tenu de verser une pension alimentaire pour un enfant, un adolescent ou un jeune adulte avant le début de la mesure d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse, la participation aux frais correspond, par dérogation aux §§1 à 4, au montant de cette pension alimentaire.

§9 - Si l'enfant, l'adolescent ou le jeune adulte n'est plus à charge, le montant de sa participation aux frais est fixé conformément à la réglementation définie aux §§ 1 à 8.

Section 3 - Aides financières

Art. 49 - Coût de la vie

L'indemnité de frais mentionnée à l'article 111 du décret correspond à un taux journalier forfaitaire. Le montant de l'indemnité journalière est égal au montant du revenu d'intégration pour la catégorie de bénéficiaires visée à l'article 14, § 1er, alinéa 1er, 2°, de la loi du 26 mai 2002 relative au droit à l'intégration sociale, sur une base annuelle, divisé par 365 jours.

Pour obtenir le prix de journée, le prestataire d'aide à la jeunesse, le prestataire de protection de la jeunesse ou le prestataire de services qui accompagne l'enfant ou le jeune de manière ambulatoire adresse une demande écrite mensuelle au service spécialisé. Celle-ci contient les informations suivantes :

1° nom, prénom et domicile de l'enfant ou de l'adolescent ;

2° le nombre de jours pour lesquels l'indemnisation des frais est demandée

3° le nom du titulaire du compte et le numéro de compte sur lequel l'indemnité journalière doit être versée.

L'indemnité journalière est versée mensuellement.

Les autres modalités de financement du prix de journée sont fixées dans les contrats mentionnés aux articles 7, 12 ou 17.

Le prestataire d'aide à la jeunesse, le prestataire de protection de la jeunesse ou le prestataire de services qui accompagne l'enfant ou le jeune gère le prix de journée conjointement avec l'enfant ou le jeune.

Art. 50 - Dépenses spéciales des personnes exerçant l'autorité parentale en cas de mesures ambulatoires et semi-hospitalières

§1 - Conformément à l'article 112, § 1er, du décret, les personnes exerçant l'autorité parentale dont l'enfant bénéficie d'un traitement, d'une prise en charge ou d'un accompagnement en ambulatoire ou en semi-hospitalisation dans le cadre du décret peuvent bénéficier, dans la limite des crédits budgétaires disponibles, d'un financement des frais spéciaux visés au § 5, pour autant que les conditions suivantes soient remplies :

1° le revenu moyen du ménage du demandeur ne dépasse pas le montant du revenu d'intégration pour la catégorie de bénéficiaires visée à l'article 14, § 1er, alinéa 1er, de la loi du 26 mai 2002 relative au droit à l'intégration sociale, sur une base mensuelle ;

2° le demandeur soumet les justificatifs de revenus

3° l'enfant est régulièrement assuré auprès d'une caisse de maladie, pour autant qu'il s'agisse d'une demande de financement des dépenses spéciales mentionnées au §5, points 1 à 6 ;

4° un avis positif du département est disponible

Le revenu moyen du ménage mentionné à l'alinéa 1er , point 1, est calculé comme suit :

1° en cas de remboursement : le revenu du ménage du dernier mois de la période visée au §2 alinéa 1er , point 3, divisé par le nombre de membres du ménage ;

2° en cas d'avance : le revenu du ménage du mois au cours duquel l'offre a été demandée, divisé par le nombre de membres du ménage.

Le revenu du ménage est la somme de tous les revenus nets dont dispose le ménage du demandeur.

Sont considérés comme revenus nets pour l'application du présent article les revenus nets visés à l'article 6 du Code des impôts sur les revenus 1992.

Par dérogation à l'alinéa 1er, 1°, les demandeurs peuvent bénéficier d'un financement lorsque le revenu moyen du ménage du demandeur est supérieur au montant du revenu d'intégration pour la catégorie de bénéficiaires visée à l'article 14, § 1er, alinéa 1er, de la loi du 26 mai 2002 relative au droit à l'intégration sociale, sur une base mensuelle, pour autant que le demandeur démontre que des circonstances particulières, autres qu'une faute intentionnelle, justifient sa situation financière spécifique.

§2 - Pour le financement des dépenses spéciales, les personnes exerçant l'autorité parentale soumettent une demande écrite de remboursement ou d'avance au département. Celle-ci contient les documents et informations suivants :

1° le nom et le prénom de la personne qui exerce l'autorité parentale

2° le nom et le prénom de l'enfant

3° la période concernée par la demande, qui ne peut excéder six mois ;

4° en cas de remboursement, les justificatifs de revenus du dernier mois de la période visée au point 3 ou, en cas d'avance, les justificatifs de revenus du mois au cours duquel l'offre a été demandée ;

5° le nom et le prénom des membres du ménage ;

6° le nom du titulaire du compte et le numéro de compte sur lequel le remboursement ou l'avance doit être versé ;

7° les pièces justificatives des dépenses effectuées, les déclarations de créances, les devis, les factures ou tout autre document probant concernant la période visée au point 3.

Si nécessaire, le département peut demander des documents supplémentaires au demandeur afin de vérifier les conditions mentionnées au §1 alinéa 1er point 3 et au §5 alinéa 3 points 1 à 4.

§3 - Le service vérifie que la demande déposée est complète. Si la demande n'est pas complète, le service demande au demandeur les informations ou documents manquants.

Dans les quinze jours de la réception de la demande complète, le service établit un avis indiquant si le financement de ces dépenses spéciales contribue à la réalisation de l'objectif de l'aide à la jeunesse tel que défini à l'article 7 du décret et le transmet au ministre.

Dans les trente jours de la réception de l'avis ou de l'expiration du délai visé à l'alinéa 2, le ministre décide d'approuver ou de refuser le financement des dépenses spéciales. En l'absence de décision dans le délai imparti, le financement est réputé approuvé.

§4 - Le financement est rétroactif à partir de la date de début de la mesure d'aide à la jeunesse ambulatoire.

§5 - Les dépenses spéciales suivantes peuvent être financées :

1° les frais de visites ou d'interventions dentaires, y compris les frais de prothèses. Le financement des prothèses est plafonné à 750 euros par enfant pour une période de deux ans ;

2° frais d'orthodontie : le financement est plafonné à 1 000 euros par enfant pour une période de deux ans ;

3° les frais de consultation ou d'intervention chez un ophtalmologue ainsi que les frais de verres de lunettes prescrits, de montures de lunettes et de lentilles de contact prescrites. Le financement des verres de lunettes s'élève à 150 euros maximum par enfant pour une période de deux ans. Le financement des montures de lunettes s'élève à 150 euros maximum par enfant pour une période de deux ans. Le financement des lentilles de contact de remplacement s'élève au maximum à 50 euros par enfant et par trimestre.

4° les frais de consultation et de traitement chez un médecin ORL ainsi que les appareils auditifs. Le financement des appareils auditifs est plafonné à 500 euros par oreille et par enfant pour une période de cinq ans.

5° les frais de traitements et de prestations paramédicales, conformément à l'arrêté royal du 2 juillet 2009 fixant la liste des professions paramédicales ;

6° les frais de traitements et de prestations dans le cadre de pratiques non conventionnelles, conformément à la loi du 29 avril 1999 relative aux pratiques non conventionnelles dans les domaines de la médecine, de la pharmacopée, de la kinésithérapie, des soins infirmiers et dans le domaine des professions paramédicales. Le financement des prothèses, chaussures et semelles orthopédiques dans le cadre des prestations orthopédiques est plafonné à 150 euros par enfant pour une période de deux ans.

7° les dépenses liées aux activités sportives et culturelles ainsi qu'aux camps et à la garde d'enfants pendant les vacances, à concurrence de 500 euros par enfant et par an ;

8° frais dans le cadre de la formation scolaire, des activités scolaires et de l'apprentissage ;

9° frais de cours de rattrapage scolaire jusqu'à un maximum de 1 500 euros par enfant et par an ;

10° les frais de déplacement de l'enfant avec un moyen de transport public. Les frais de transport de la Société nationale des chemins de fer belges sont remboursés sur la base du prix d'un trajet en 2e classe.

Sans préjudice des plafonds visés à l'alinéa 1er, les frais spéciaux sont remboursés à concurrence des montants fixés par les dispositions légales et réglementaires relatives à l'assurance maladie-invalidité sur la base des tarifs d'honoraires admissibles chez un prestataire de soins conventionné.

Par dérogation aux alinéas 1er et 2, les coûts ne sont pas financés dans la mesure où

1° une autre personne physique ou morale est tenue de les rembourser en vertu de la loi, d'un contrat ou d'une décision de justice ;

2° elles sont couvertes par d'autres subventions des pouvoirs publics ;

3° s'ils sont déjà couverts par un contrat d'assurance ;

4° elles sont dues à une faute intentionnelle de l'enfant.

§6 - Le département peut autoriser une dérogation aux montants maximaux ou aux périodes mentionnés au §5 si cela est nécessaire pour atteindre l'objectif de l'aide à la jeunesse au sens de l'article 7 du décret.

§7 - Les montants maximaux visés au §5 alinéa 1er peuvent être adaptés le 1er janvier de chaque année sur la base des fluctuations de l'indice des prix à la consommation. L'indice des prix à la consommation de 129,45 au 1er décembre 2023, correspondant à la base 100 en 2013, sert de référence pour cette adaptation.

Art. 51 - Dépenses des personnes exerçant l'autorité parentale en cas d'hospitalisation

§1 - Conformément à l'article 112 §2 du décret, les personnes exerçant l'autorité parentale dont l'enfant ou l'adolescent fait l'objet d'une mesure d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse en établissement peuvent demander le financement des dépenses suivantes, dans la limite des crédits budgétaires disponibles :

1° les frais de déplacement dans le cadre de contacts de visite ;

2° frais de déplacement pour le compte du service.

Pour obtenir le remboursement, les personnes qui exercent l'autorité parentale soumettent une demande écrite au département. Celle-ci contient les documents et informations suivants

1° nom, prénom et domicile de la personne qui exerce l'autorité parentale

2° le nom et le prénom de l'enfant ou du jeune

3° le nom du titulaire du compte et le numéro de compte sur lequel la restitution doit être versée ;

4° les justificatifs des trajets.

Les frais de déplacement exposés par les personnes exerçant l'autorité parentale qui utilisent un moyen de transport public pour les trajets visés à l'alinéa 1er sont remboursés, quelle que soit la distance parcourue, sur présentation d'un justificatif d'une entreprise de transport public. Les frais de transport de la Société nationale des chemins de fer belges sont remboursés sur la base du prix d'un voyage en deuxième classe.

L'indemnité de déplacement pour les déplacements en voiture privée est calculée au même niveau et selon les mêmes modalités que celles prévues pour les déplacements professionnels des fonctionnaires du Ministère de la Communauté germanophone.

§2 - Le remboursement des dépenses n'intervient qu'après vérification par le service des pièces justificatives présentées.

Le remboursement des dépenses peut être refusé si les personnes exerçant l'autorité parentale ne s'acquittent pas de la participation aux frais mentionnée à l'article 48.

Art. 52 - Dépenses des prestataires de services résidentiels, des prestataires de services et des familles d'accueil

§1 - Conformément à l'article 113 du décret, les prestataires de services d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse, les prestataires de services ainsi que les familles d'accueil qui traitent, accompagnent ou prennent en charge des enfants, des adolescents ou des jeunes adultes en milieu hospitalier peuvent solliciter un financement des dépenses mentionnées au §4, dans la limite des crédits budgétaires disponibles.

A cet effet, le prestataire de services d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse, le prestataire de services ou la famille d'accueil introduit une demande écrite de remboursement ou d'avance auprès du service spécialisé. Celle-ci contient les documents et informations suivants :

1° le nom et le prénom de l'enfant, de l'adolescent ou du jeune adulte

2° la période concernée par la demande, qui ne peut excéder six mois ;

3° le nom du titulaire du compte et le numéro de compte sur lequel le remboursement ou la prise en charge des coûts doit être versé ;

4° les pièces justificatives des dépenses effectuées, les déclarations de créances, les devis, les factures ou tout autre document probant concernant la période visée au point 2.

Si nécessaire, le département peut demander des documents supplémentaires au demandeur afin de vérifier les conditions mentionnées au §4 alinéa 1er à 3.

§2 - Le domaine vérifie que la demande déposée est complète. Si la demande n'est pas complète, le service demande au demandeur les documents ou informations manquants.

Lorsque la demande porte sur le financement des dépenses mentionnées au §4, points 4, 8 à 12 ou 17 à 21, le service établit, dans un délai de quinze jours à compter de la réception de la demande complète, un avis indiquant si le financement de ces dépenses contribue à la réalisation de l'objectif de l'aide à la jeunesse ou de la protection de la jeunesse au sens de l'article 7 du décret.

Dans les trente jours de la réception de la demande ou dans les trente jours de la réception de l'avis visé à l'alinéa 2 ou à l'expiration du délai visé à l'alinéa 2, le ministre prend une décision d'approbation ou de refus de financement des dépenses. En l'absence de décision dans le délai imparti, le financement est réputé approuvé.

§3 - Le financement est rétroactif à partir de la date de début de la mesure résidentielle.

§4 - Les dépenses suivantes peuvent être financées :

1° les frais d'hospitalisation de l'enfant, de l'adolescent ou du jeune adulte dans une chambre à plusieurs lits, sauf circonstances particulières qui, sur la base d'un certificat médical, justifient le séjour dans une chambre à un lit

2° les frais d'ambulance ou de transport de malades dont la nécessité médicale est prouvée ;

3° les frais de visites ou d'interventions dentaires, y compris les frais de prothèses ;

4° frais d'orthodontie ;

5° les frais de consultation ou d'intervention chez un ophtalmologue ainsi que les frais de verres de lunettes prescrits, de montures de lunettes et de lentilles de contact prescrites. Le financement des

montures de lunettes s'élève, pour une période de deux ans, à 150 euros maximum par enfant, adolescent ou jeune adulte ;

6° les frais de consultation et de traitement chez un médecin ORL ainsi que les appareils auditifs

7° les frais de consultation et de traitement chez un médecin généraliste ou spécialiste

8° frais de traitements et de prestations paramédicales, conformément à l'arrêté royal du 2 juillet 2009 fixant la liste des professions paramédicales ;

9° frais de traitements et de prestations dans le cadre de pratiques non conventionnelles, conformément à la loi du 29 avril 1999 relative aux pratiques non conventionnelles dans les domaines de la médecine, de la pharmacopée, de la kinésithérapie, des soins infirmiers et dans le domaine des professions paramédicales ;

10° frais de consultations psychologiques ;

11° les frais de psychothérapie et autres frais thérapeutiques

12° frais de psychomotricité ;

13° frais de vaccinations recommandées par le Haut Conseil de la santé publique belge ;

14° les frais de médicaments prescrits par un médecin

15° frais de dépistage annuel ;

16° les dépenses liées aux activités sportives et culturelles ainsi qu'aux colonies de vacances et à l'encadrement pendant les vacances, à concurrence d'un montant annuel maximal de 500 euros par enfant, adolescent ou jeune adulte ;

17° frais dans le cadre de la formation scolaire, des activités scolaires et de l'apprentissage ;

18° les frais de cours de rattrapage scolaire, à concurrence d'un montant annuel maximal de 1 500 euros par enfant, adolescent ou jeune adulte ;

19° les frais de déplacement de l'enfant, de l'adolescent ou du jeune adulte avec un moyen de transport public. Les frais de transport de la Société nationale des chemins de fer belges sont remboursés sur la base du prix d'un trajet en 2e classe ;

20° dépenses de premier équipement lors de l'accueil d'un enfant placé, jusqu'à un montant maximal unique de 700 euros par enfant placé ;

21° dépenses d'équipement de l'enfant, de l'adolescent ou du jeune adulte en cas de besoins particuliers, à concurrence d'un montant annuel maximal de 100 euros ;

22° frais d'assurance hospitalisation ;

23° frais d'assurance soins dentaires.

Sans préjudice des plafonds visés à l'alinéa 1er, les frais spéciaux sont remboursés à concurrence des montants fixés par les dispositions légales et réglementaires relatives à l'assurance maladie-invalidité sur la base des tarifs d'honoraires admissibles chez un prestataire de soins conventionné.

Par dérogation à l'alinéa 1er du §4, les coûts ne sont pas financés dans la mesure où

1° une autre personne physique ou morale est tenue de les rembourser en vertu de la loi, d'un contrat ou d'une décision de justice ;

2° elles sont déjà couvertes par des subventions des pouvoirs publics ;

3° s'ils sont déjà couverts par un contrat d'assurance.

§5 - Le département peut autoriser une dérogation aux montants maximaux ou aux périodes mentionnés au §4 si cela est nécessaire pour atteindre l'objectif de l'aide à la jeunesse au sens de l'article 7 du décret.

§6 - Les montants maximaux visés au §4 alinéa 1er peuvent être adaptés le 1er janvier de chaque année sur la base des fluctuations de l'indice des prix à la consommation. L'indice des prix à la consommation de 129,45 au 1er décembre 2023, correspondant à la base 100 en 2013, sert de référence pour cette adaptation.

Art. 53 - Financement des frais de déplacement et de formation continue des familles d'accueil

§1 - En application de l'article 113 du décret, les familles d'accueil qui traitent, accompagnent ou prennent en charge des enfants, des adolescents ou des jeunes adultes en semi-hospitalisation ou en hospitalisation peuvent demander un financement des dépenses suivantes, dans la limite des crédits budgétaires disponibles :

1° les frais de déplacement dans le cadre de la prise en charge, qui dépassent 200 km par mois. Les trajets suivants peuvent être financés :

a) pour les soins de santé de l'enfant pris en charge ;

b) pour le respect des contacts de visite ;

c) pour les trajets effectués dans le cadre d'un placement à temps partiel pour aller chercher l'enfant placé et le ramener ;

d) pour les déplacements en vue de se rendre à des réunions judiciaires ;

e) pour les déplacements en vue d'entretiens avec le service ou pour le compte de celui-ci ;

f) pour les trajets vers l'école dans le cadre d'un accueil d'urgence que l'enfant placé fréquentait déjà avant le début de l'accueil d'urgence ou pour les trajets vers des activités de loisirs dans le cadre d'un accueil d'urgence proposé par une association et que l'enfant placé pratiquait déjà avant le début de l'accueil d'urgence.

2° les frais de participation à des formations continues, jusqu'à concurrence de 150 euros par an et par parent d'accueil. Pour être financées, les formations continues doivent être utiles à la cohabitation dans la famille d'accueil et au développement de l'enfant placé. Les dépenses de formation continue suivantes sont prises en compte :

a) les frais d'inscription ;

b) les frais d'examen ;

c) documentation/matériel, dans la mesure où il est en rapport direct avec la formation continue ;

d) les frais d'hébergement ;

e) les frais de déplacement, calculés conformément au §2, alinéas 2 et 3.

Le financement des coûts mentionnés à l'alinéa 1er , point 1, constitue un remboursement.

Le financement des coûts mentionnés à l'alinéa 1er , point 2, constitue une avance.

§2 - Pour obtenir le remboursement mentionné au § 1er alinéa 2, la famille d'accueil introduit une demande écrite auprès du service. Celle-ci contient les documents et informations suivants

1° nom de la famille d'accueil ;

2° le nom et le prénom de l'enfant recueilli

3° le nom du titulaire du compte et le numéro de compte sur lequel la restitution doit être versée ;

4° les justificatifs des trajets.

Les frais de déplacement exposés par les familles d'accueil qui utilisent un moyen de transport public pour les trajets visés au §1er, alinéa 1er, point 1, sont remboursés, quelle que soit la distance parcourue, sur présentation d'un justificatif d'une entreprise de transport public. Les frais de transport de la Société nationale des chemins de fer belges sont remboursés sur la base du prix d'un voyage en deuxième classe.

L'indemnité de déplacement pour les déplacements en voiture privée est calculée au même niveau et selon les mêmes modalités que celles prévues pour les déplacements professionnels des fonctionnaires du Ministère de la Communauté germanophone.

Les dépenses ne sont remboursées qu'après vérification par le service des pièces justificatives présentées.

Pour les familles d'accueil à temps partiel, le remboursement mentionné au § 1er alinéa 2 est calculé au prorata des jours de présence de l'enfant placé dans la famille d'accueil à temps partiel.

§3 - Pour obtenir l'avance mentionnée au §1er alinéa 3, la famille d'accueil adresse une demande écrite au service avant le début de la formation. Celle-ci contient les documents et informations suivants :

1° nom de la famille d'accueil ;

2° le programme, le lieu, le début, la fin, le public cible, le prix et le prestataire de la formation continue

3° les dépenses prévisionnelles de formation continue éligibles ;

4° le nom du titulaire du compte et le numéro de compte sur lequel l'avance doit être versée

Le service vérifie que la demande déposée est complète. Si la demande n'est pas complète, le service demande au demandeur les documents ou informations manquants.

Dans les quinze jours suivant la réception de la demande complète, le service établit un avis sur l'approbation et le montant de l'avance ou sur le refus d'accorder une avance et le transmet au ministre.

Le ministre prend une décision d'approbation ou de refus de l'avance dans les quinze jours de la réception de l'avis visé à l'alinéa 2. En l'absence de décision dans le délai imparti, l'avance est réputée approuvée.

Pour le décompte des dépenses, le demandeur remet au service spécialisé, dans les 30 jours suivant la fin de la formation, les justificatifs correspondants ainsi qu'une attestation de participation.

Le montant total non utilisé sera réclamé au demandeur après notification par le service.

Art. 54 - Soutien financier des enfants placés en institution

§1 - Pour les enfants qui font l'objet d'une mesure d'aide à la jeunesse en établissement pendant au moins 30 jours consécutifs, une aide financière est épargnée à partir de la date de début de la mesure d'aide à la jeunesse sous la forme d'un forfait journalier par jour d'accueil d'un montant de 1,95 euros.

Le soutien financier est comptabilisé mensuellement.

Si l'enfant est bénéficiaire des allocations familiales en vertu de l'article 28 §3 ou de l'article 116 du décret du 23 avril 2018 relatif aux prestations familiales, le droit à l'aide financière mentionnée à l'alinéa 1er est supprimé.

Le taux journalier est adapté le 1er janvier de chaque année sur la base des fluctuations de l'indice des prix à la consommation. L'indice des prix à la consommation de 129,45 au 1er décembre 2023, qui correspond à la base 100 en 2013, sert de référence pour cette adaptation.

§2 - L'aide financière épargnée peut être versée au plus tôt à l'âge de la majorité.

Le service informe le jeune adulte du montant de l'aide financière épargnée, définit avec lui les modalités de versement et le conseille sur la destination de cette aide financière.

Par dérogation à l'alinéa 1er , le Domaine peut, sur demande motivée de l'enfant, accorder un versement avant que celui-ci n'atteigne sa majorité.

CHAPITRE 7 - PLAINTES

Art. 55 - Procédure

§1 - Les plaintes mentionnées à l'article 115, §1, alinéas 2 et 3, du décret sont introduites auprès du département par voie postale ou électronique. Le département accuse réception de la plainte dans les 15 jours. La date du cachet de la poste ou de l'horodatage électronique fait foi.

§2 - Le département examine la recevabilité du recours. Le recours est recevable si
1. concerne un acte officiel ou un mode de fonctionnement concret d'une personne physique ou morale chargée de la mise en œuvre de mesures d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse ou d'un conseil, ou un acte officiel ou un mode de fonctionnement du domaine spécialisé ;
2. contient une description de l'affaire qui donne lieu à la plainte.

Dans les 30 jours suivant la réception de la plainte, le département informe le plaignant par lettre recommandée de la recevabilité ou de l'irrecevabilité de la plainte.

Si la plainte est recevable, le plaignant peut, dans un délai de sept jours à compter du troisième jour suivant l'envoi de la lettre recommandée visée à l'alinéa 2, demander à être entendu par la section spécialisée. Cette audition a lieu dans les trente jours suivant l'envoi de la lettre recommandée.

Si le recours est irrecevable, le service informe le plaignant des motifs de l'irrecevabilité.

Le service instruit la plainte recevable dans les quinze jours suivant l'audition ou l'expiration du délai mentionné à l'alinéa 3 et informe par écrit le plaignant du résultat, y compris des motifs, et des mesures qui en découlent éventuellement.

CHAPITRE 8 - SECRET PROFESSIONNEL ET ACCÈS AUX DOSSIERS

Art. 56 - Consentement

Lors du recueil du consentement mentionné à l'article 116, §2, alinéa 1er, point 1, du décret, la personne concernée est informée des faits à divulguer, du destinataire de ces faits et du motif de la divulgation.

Le consentement est donné par une déclaration écrite, soit sous forme numérique, soit sous forme papier.

La personne concernée a le droit de révoquer son consentement à tout moment. La révocation du consentement n'affecte pas la légalité de la communication effectuée sur la base du consentement jusqu'à la révocation. La personne concernée en est informée avant de donner son consentement.

Art. 57 - Modalités de la procédure de consultation

La demande visée à l'article 4 §1er du décret du 16 octobre 1995 est introduite auprès du département par voie postale ou électronique. Le cachet de la poste ou l'horodatage électronique fait foi.

Si cette demande est acceptée, le service informe le demandeur, dans un délai de 14 jours à compter de la réception de la demande, du lieu et de la date où la copie pourra être consultée, expliquée ou reçue.

Par dérogation à l'alinéa 2, la copie d'un document administratif peut être envoyée au demandeur, à sa demande, par voie postale ou électronique dans un délai de quatorze jours à compter de la réception de la demande.

Si le demandeur est mineur, il peut se faire accompagner d'une personne de confiance majeure de son choix lors de la consultation ou de la déclaration.

Art. 58 - Procédure d'opposition

Si, conformément à l'article 5, §5, alinéa 1er, du décret du 16 octobre 1995, la demande est rejetée par le département, le demandeur peut introduire un recours auprès du Gouvernement.

Le demandeur transmet au Gouvernement l'opposition motivée, accompagnée de toutes les pièces pertinentes, par lettre recommandée ou contre accusé de réception, dans les vingt et un jours à dater du troisième jour suivant l'envoi de la notification de refus visée à l'article 5, §5, alinéa 1er, du décret du 16 octobre 1995.

Le Gouvernement informe le département de l'opposition. Celui-ci transmet un avis au Gouvernement dans un délai fixé par celui-ci.

Le gouvernement statue sur l'opposition dans un délai de 60 jours à compter de la réception de l'opposition.

En l'absence de décision dans le délai imparti, la décision contre laquelle l'opposition a été introduite est réputée confirmée.

CHAPITRE 9 - PROTECTION DES DONNÉES

Art. 59 - Catégories de données

§1 - Conformément à l'article 120, §1 du décret, le Gouvernement, le Procureur du Roi, le juge de la jeunesse, le tribunal de la jeunesse, les prestataires de services d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse, les prestataires de services et les familles d'accueil peuvent, pour les finalités visées à l'article 120, §1, alinéa 2 du décret et pour la durée visée à l'article 122, alinéa 1er du décret, traiter les données suivantes concernant les enfants, les adolescents et leurs personnes exerçant l'autorité parentale ainsi que les jeunes adultes :

1° nom, prénom, sexe, date et lieu de naissance, nationalité, état civil, composition du ménage, lieu de résidence, adresse, numéro de téléphone, adresse électronique

2° situation familiale ;

3° comportement, développement personnel ;

4° état de santé, développement psychologique et physique ;

5° diplôme de fin d'études, formation, justificatifs d'études ;

6° connaissances linguistiques ;

7° environnement social, situation professionnelle, ressources financières ;

8° intérêts, hobbies, vie associative ;

9° l'origine raciale ou ethnique, les opinions politiques, les convictions religieuses ou philosophiques ;

10° les condamnations pénales et les infractions.

§2 - Conformément à l'article 120, §2, du décret, les prestataires d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse peuvent traiter les données suivantes concernant les membres du personnel, pour les finalités mentionnées à l'article 120, §2, alinéa 2, du décret et pour la durée mentionnée à l'article 122, alinéa 2, du décret :

1° nom, prénom, sexe, date et lieu de naissance, nationalité, état civil, composition du ménage, lieu de résidence, adresse, numéro de téléphone, adresse électronique

2° diplôme de fin d'études, formation, justificatifs d'études ;
3° situation professionnelle, ressources financières ;
4° les condamnations pénales et les infractions.

§3 - Conformément à l'article 120, §2, alinéa 2, du décret, le Gouvernement peut traiter, pour la durée mentionnée à l'article 122, alinéa 2, du décret, les données suivantes concernant les membres du personnel des prestataires de services d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse :
1° nom, prénom, sexe, date et lieu de naissance, nationalité, état civil, composition du ménage, lieu de résidence, adresse, numéro de téléphone, adresse électronique
2° diplôme de fin d'études, formation, justificatifs d'études ;
3° situation professionnelle, ressources financières ;
4° les condamnations pénales et les infractions.

§4 - Conformément à l'article 120, §2, alinéa 2, du décret, le Gouvernement peut traiter, pour la durée mentionnée à l'article 122, alinéa 2, du décret, les données suivantes concernant les prestataires d'aide à la jeunesse et de protection de la jeunesse, les candidats à l'accueil familial et les familles d'accueil :
1° nom, prénom, sexe, date et lieu de naissance, nationalité, état civil, composition du ménage, lieu de résidence, adresse, numéro de téléphone, adresse électronique
2° nom, numéro d'entreprise, adresse, numéro de téléphone, adresse électronique
3° diplôme de fin d'études, formation, justificatifs d'études ;
4° situation professionnelle, ressources financières ;
5° les condamnations pénales et les infractions.

§5 - Par délégation du Gouvernement, le médiateur visé aux articles 34, alinéa 2, 57, §2, alinéa 4, et 76, §2, alinéa 4, du décret peut traiter, pour la durée visée à l'article 122, alinéa 1er, du décret, les données suivantes concernant les enfants, les adolescents et leurs personnes exerçant l'autorité parentale :
1° nom, prénom, sexe, date et lieu de naissance, nationalité, état civil, composition du ménage, lieu de résidence, adresse, numéro de téléphone, adresse électronique
2° situation familiale ;
3° comportement, développement personnel ;
4° état de santé, développement psychologique et physique ;
5° diplôme de fin d'études, formation, justificatifs d'études ;
6° connaissances linguistiques ;
7° environnement social, situation professionnelle, ressources financières ;
8° intérêts, hobbies, vie associative ;
9° l'origine raciale ou ethnique, les opinions politiques, les convictions religieuses ou philosophiques ;
10° les condamnations pénales et les infractions.

CHAPITRE 10 - DISPOSITIONS FINALES

Art. 60 - Disposition abrogatoire

L'arrêté du Gouvernement du 14 mai 2009 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse, tel que modifié par les arrêtés du Gouvernement des 12 octobre 2017, 29 novembre 2018, 6 février 2020, 17 juin 2021 et 15 décembre 2022, est abrogé.

Art. 61 - Disposition abrogatoire

L'arrêté ministériel du 1er septembre 2016 relatif au remboursement des frais de déplacement des familles d'accueil, modifié par l'arrêté ministériel du 17 février 2023, est abrogé.

Art. 62 - Disposition transitoire

Par dérogation à l'article 48, les articles 50 à 53 de l'arrêté du Gouvernement du 14 mai 2009 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse restent applicables aux participations aux frais déjà fixées au moment de l'entrée en vigueur du présent arrêté, jusqu'à la fin de la mesure d'aide à la jeunesse ou de protection de la jeunesse en institution.

Art. 63 - Entrée en vigueur

Le présent arrêté entre en vigueur le 1er septembre 2024.

Art. 64 - Disposition d'application

Le ministre des affaires sociales est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le ...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des pouvoirs locaux et des finances
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la santé et des affaires sociales, de l'aménagement du territoire et du logement
A. ANTONIADIS

Annexe à l'arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse

Revenus nets du débiteur		
Groupe de revenus	Revenu mensuel net en euros	Participation aux frais mensuels en euros
1	jusqu'à 1 524,99	45
2	1 525,00 à 1 800,99	75
3	1 801,00 à 2 000,99	130
4	2 001,00 à 2 200,99	215
5	2 201,00 à 2 400,99	300
6	2 401,00 à 2 700,99	375
7	2 701,00 à 3 000,99	455
8	3 001,00 à 3 300,99	540
9	3 301,00 à 3 600,99	615
10	3 601,00 et plus	695

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 13 novembre 2023 relatif à l'aide à la jeunesse et à la protection de la jeunesse.

Eupen, le ...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,
Ministre des pouvoirs locaux et des finances
O. PAASCH

Le Vice-Ministre-Président,
Ministre de la santé et des affaires sociales, de l'aménagement du territoire et du logement
A. ANTONIADIS